

Laura Weisbarth

Dorfentwicklung unter Berücksichtigung der Integration von Migranten

Bachelorarbeit

Zur Erlangung des akademischen Grades Bachelor of Science im
Studiengang Geoinformatik und Vermessung

Hochschule Mainz

Fachbereich Technik

Lehrereinheit Geoinformatik und Vermessung

Betreuer: Professor Axel Lorig

Bearbeitungszeitraum: 20.06.2016 bis 29.08.2016

Standnummer: B0201

Mainz

August 2016

Vermerk

Vermerk über die fristgerechte und vollständige Abgabe der Abschlussarbeit

Abgegeben bei:

.....

(Name)

Schriftlicher Teil	<input type="checkbox"/> analog	<input type="checkbox"/> digital
Poster	<input type="checkbox"/> analog	<input type="checkbox"/> digital
Internet-Präsentation		<input type="checkbox"/> digital
Erfassungsbogen	<input type="checkbox"/> analog	<input type="checkbox"/> digital
Datenträger (CD/DVD)		<input type="checkbox"/> digital

Dateiname: Bachelor-Laura Weisbarth-20160824

Anzahl Zeichen (keine Leerzeichen): 118.212

Anzahl Wörter: 16626

Anzahl Seiten: 70

Arbeit angenommen:

Mainz, den

.....

(Datum)

.....

(Unterschrift)

© 2016 Weisbarth

Dieses Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtgesetzes ist ohne Zustimmung des Autors unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Hochschule Mainz
Fachbereich Technik
Lehreinheit Geoinformatik und Vermessung
Lehrbeauftragter: Ministerialrat Prof. Axel Lorig

**Aufgabe für die Bachelorarbeit
für Frau Laura Weisbarth
(Matrikel-Nr.: 910 149)**

Thema: Dorfentwicklung unter Berücksichtigung der Integration von Migranten

Sachverhalt:

Schrumpfungprozesse in ländlichen Räumen mit leerstehenden Häusern und für immer geschlossenen Nahversorgungs- und Infrastruktureinrichtungen sind immer öfter Realitäten in ländlichen Räumen Deutschlands, auf die es zu reagieren gilt. Die Politik tut einiges, um innovative Lösungen zu erproben. Nun kommt – zumindest punktuell – die nachhaltige Integration von Migranten aufgrund der großen Flüchtlingswelle hinzu. Eine richtige Strategie gibt es weder zum demografischen Wandel und zur Reaktion auf Schrumpfungprozesse noch für die nachhaltige Integration von Migranten in ländlichen Räumen.

Die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft „Landentwicklung“ – Arbeitskreis Grundsatzangelegenheiten – hat das in Anlage beigefügte Positionspapier erarbeitet, nach dessen Ergebnis die Landentwicklung mit ihren vorhandenen Instrumenten und mit neu zu entwickelnden Instrumenten nachhaltige Beiträge für die Integration von Migranten in ländlichen Räumen liefern könnte. Die vorliegende Bachelorarbeit soll die vorgeschlagenen neuen Vorgehensweisen analysieren, anhand von drei ausgewählten Dörfern diskutieren und eigene Überlegungen zum Umgang mit der nachhaltigen Integration von Migranten in ländlichen Räumen anstellen.

Aufgabe:

1. Die Herausforderungen für die nachhaltige Integration von Migranten in ländlichen Räumen sind am Beispiel der Orte Steineberg, Stahlhofen und Nentershausen zu untersuchen.
2. Die Möglichkeiten, die in dem Positionspapier vorgeschlagenen Instrumente einzusetzen, sind mit Vertretern der drei Gemeinden und geeigneten weiteren Gesprächspartnern zu diskutieren.
3. Es ist in Gesprächen mit ehrenamtlichen und amtlichen Vertretern aller drei Orte zu untersuchen, ob und in welcher Form mittelfristig bis langfristig die Instrumente eingesetzt werden sollten. Das Für und Wider ist jeweils synoptisch gegenüber zu stellen. Erfolgversprechende Beispiele sind ausführlich zu erläutern.
4. Es sind Prioritäten für die Anwendung dieser Instrumente zu entscheiden. Die Entscheidung ist ausgiebig zu begründen. Soweit sich aus den Diskussionen mit Vertretern der drei Gemeinden und geeigneten weiteren Gesprächspartnern Verbesserungsvorschläge für die Anwendung ergeben sind diese aufzuzeigen und zu erläutern.

Prof. Axel Lorig

Zeitpunkt der Ausgabe der Arbeit:	20. Juni 2016
Zeitpunkt der Abgabe der Arbeit:	29. August 2016

Kurzfassung

Themenbereiche wie demografischer Wandel und Schrumpfungsprozesse werden in den ländlichen Regionen schon seit längerem behandelt. Nun kommt, aufgrund der großen Flüchtlingswelle, noch die nachhaltige Integration von Migranten hinzu. Da sich die bisher genutzten Landentwicklungsinstrumente wie Dorfentwicklung, LEADER oder ILE für dieses neue Handlungsgebiet nur als teilweise geeignet herausgestellt haben, mussten neue Vorgehensweisen erarbeitet werden. Die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft „Landentwicklung“ entwickelte und erweiterte infolgedessen Instrumente, die sich mit der nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten in den ländlichen Räumen beschäftigen. Die vorliegende Arbeit erläutert und analysiert die neuen Vorgehensweisen am Beispiel der Dörfer Nentershausen, Steineberg und Stahlhofen, diskutiert diese mit ausgewählten Gesprächspartnern und stellt eigene Überlegungen zum Umgang mit der nachhaltigen Integration von Migranten im ländlichen Raum vor.

Schlagwörter: Nachhaltige Integration, Migranten, ländlicher Raum, ARGE Landentwicklung, Lokale Veränderungsprozesse, soziale Dorfentwicklung, VG Montabaur, VG Daun

Abstract

Topics like demographic change and contraction processes are dealt with in rural areas for quite some time now. The current wave of refugees adds a new aspect to these issues: the sustainable integration of migrants. The rural development tools LEADER or ILE, which were used so far, appear just partly fitting to this new field of operation. Therefore, new strategies had to be developed. The association of the federal government and states “State Development” redeveloped and extended the tools, which concentrate on the sustainable integration of migrants in rural areas. This bachelor thesis analyses and explains these new procedures, using the examples of the villages Nentershausen, Steineberg and Stahlhofen, discusses them with selected conversational partners and delineates own considerations concerning the dealings with sustainable integration of migrants in rural areas.

Keywords: sustainable integration, migrants, rural area, State Development, local change management, social village development, association of municipalities Montabaur, association of municipalities Daun

Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit
„Dorfentwicklung unter Berücksichtigung der Integration von Migranten“
selbständig ohne fremde Hilfe angefertigt habe. Ich habe nur die in der Arbeit ausdrücklich
benannten Quellen und Hilfsmittel benutzt. Wörtlich oder sinngemäß übernommenes
Gedankengut habe ich als solches kenntlich gemacht.

Ort, Datum

Unterschrift

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	5
Abstract.....	6
Erklärung.....	7
Inhaltsverzeichnis	8
Abbildungsverzeichnis	10
Abkürzungsverzeichnis	11
1. Einleitung.....	12
2. Herausforderungen für eine nachhaltige Integration von Migranten in ländlichen Räumen.....	13
2.1 Die Dörfer	14
2.1.1 Nentershausen	14
2.1.2 Stahlhofen.....	16
2.1.3 Steineberg.....	17
2.2 Herausforderungen für eine nachhaltige Integration in den Gemeinden	19
2.2.1 Soziale Herausforderungen	19
2.2.2 Infrastrukturelle Herausforderungen	20
3. Instrumente der ARGE-Landentwicklung und ihre potentiellen Möglichkeiten	24
3.1 Arbeitsplätze in grünen Berufen, Handwerk und Dienstleistungen.....	25
3.2 Anpassungen in der Daseinsversorgung	26
3.3 Gestaltung von Mobilitätsnetzen	30
3.4 Umnutzung von vorhandenen Gebäudesubstanzen	31
3.5 Soziale Dorfentwicklung	34
3.6 Gestaltete Lokale Veränderungsprozesse (LVP).....	36
3.7 Akademien und Foren für den ländlichen Raum.....	41
3.8 Modellvorhaben	42
3.9 Instrumente der Landsiedlung.....	42

4. Fristformen und Meinungen	45
4.1 Die Instrumente und ihr reeller Bezug zu den exemplarischen Gemeinden.....	45
4.2 Erfolgsversprechendes Beispiel- Hofheimer Allianz	51
4.2.1 Bekannte Entwicklungsinstrumente umnutzen.....	53
4.2.2 Organisation / Asylkoordinator	53
4.2.3 Dezentrale, gesplitterte Verteilung.....	53
4.2.4 Helferkreise vor Ort schaffen	54
4.2.5 Leerstandsrevitalisierung	54
4.2.6 Eigene Mobilität schaffen.....	55
4.2.7 Technische Basis schaffen	56
4.2.8 Wirtschaftskontakte knüpfen	56
5. Prioritäten für die Anwendung der Instrumente	57
5.1 Prioritäten für die Gemeinde.....	57
5.1.1 Aufgabenverteilung zwischen Gemeinde und Kreis.....	57
5.1.2 Willkommenskultur und Bürgergesellschaft stärken	58
5.2 Prioritäten für die Migranten	58
5.2.1 Spracherwerb.....	58
5.2.2 Arbeitsschaffung	59
5.2.3 Wohnraum.....	60
5.3 Fazit	60
6. Verbesserungsvorschläge	61
6.1 Schaffung von Arbeitsplätzen im Pflegebereich	61
6.2 Mobilitätsangebote verbessern	62
6.3 Akteure der Lokalen Veränderungsprozesse	63
7. Allgemeines Fazit	65
Literaturverzeichnis	67
Anlage 1: Positionspapier der ARGE-Landentwicklung	71

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Bevölkerungsstruktur	12
Abbildung 2-1: Verbandsgemeinde Montabaur	14
Abbildung 2-2: Verbandsgemeinde Montabaur	16
Abbildung 2-3: Verbandsgemeinde Daun	17
Abbildung 3-1: Leerstand in den Landkreisen	33
Abbildung 3-2: Landsiedlungsgesellschaften Deutschland	43
Abbildung 4-1: Hofheimer-Allianz Mitglieder	52

Abkürzungsverzeichnis

VG	Verbandsgemeinde
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
LVP	Gestaltete Lokale Veränderungsprozesse
ARGE	Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft
GAK	Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes
BLG	Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften
AST	Anruf-Sammel-Taxi

1. Einleitung



Abbildung 1-1: Bevölkerungsstruktur (Quelle: www.vgv-daun.de und eigene Bearbeitung)

Prof. Dr. Winfried Kösters fasste unsere derzeitige Bevölkerungsstruktur am deutlichsten in drei einfache Eckpunkte zusammen: Weniger – Älter – Bunter!

Instrumente der Landentwicklung haben, gerade in den letzten Jahren, insbesondere die Themen „Weniger“ und „Älter“ behandelt. Seit der Flüchtlingskrise 2015 stehen viele urbane Zentren, aber auch ländliche Regionen, vor der Herausforderung der nachhaltigen Integration von Menschen mit Bleibeperspektive und bringen damit das Thema „Bunter“ in viele ländliche Gemeinden. Besonders ländliche Räume bieten gute Chancen für die nachhaltige Integration von Migranten. Aufgrund dessen hat die Bund-Länder Arbeitsgemeinschaft mit ihrem neuen Positionspapier zur nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten in ländlichen Räumen erweiterte und neue Landentwicklungsinstrumente, die im Licht der Flüchtlingssituation stehen, entwickelt. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der nachhaltigen Integration von Migranten am Beispiel der Gemeinden Nentershausen (VG Montabaur), Stahlhofen (VG Montabaur) und Steineberg (VG Daun), der möglichen Umsetzung der neuen Integrationsinstrumente des Positionspapiers der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung und eigenen Überlegungen zum Umgang mit der nachhaltigen Integration.

Das folgende Kapitel befasst sich mit den Herausforderungen einer nachhaltigen Integration in den drei zu untersuchenden Gemeinden und im ländlichen Raum allgemein. Mit einer Befragung der ehrenamtlichen und amtlichen Vertreter der untersuchten Gemeinden überprüfte ich die Möglichkeiten der einzelnen Instrumente, die ich in Kapitel drei zusammenfasste. Im Abschnitt vier erläutere ich, ob und in welcher Form die Instrumente mittel- bis langfristig eingesetzt werden sollten und welche Argumente für und gegen die Instrumente sprechen. Zudem wird in diesem Abschnitt ein erfolgsversprechendes Integrationsbeispiel vorgestellt. Welche Instrumente die höheren Prioritäten haben und warum genau dies so ist, wird im Abschnitt fünf diskutiert. Im Laufe der Recherche entwickelten sich zudem mögliche Verbesserungsvorschläge, die im sechsten Abschnitt zu finden sind.

2. Herausforderungen für eine nachhaltige Integration von Migranten in ländlichen Räumen

Um die Herausforderungen für die nachhaltige Integration von Migranten in den Dörfern Nentershausen, Stahlhofen und Steineberg zu erkennen, führte ich eine Potentialanalyse mit dem Schwerpunkt nachhaltige Integration von Migranten für jedes Dorf durch. Untersucht wurden dabei die Kategorien: Vereinsleben, angesiedelte Unternehmen, Grundversorgung, Ärztliche Einrichtungen, Bildung, Soziale Einrichtungen und Anbindungen an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Daten dokumentierte ich in Excel-Tabellen, die sich auf der CD im Anhang befinden. Da ich nicht alle notwendigen Resultate aus der Potentialanalyse ziehen konnte, nutzte ich zudem die Interviewergebnisse aus dem Abschnitt 3 „Instrumente der ARGE-Landentwicklung und ihre Möglichkeiten“ und Daten aus dem Statistischen Landesamt RLP.

2.1 Die Dörfer

2.1.1 Nentershausen

Die Ortsgemeinde Nentershausen liegt in Rheinland-Pfalz, im südöstlichen Bereich des Westerwaldkreises, nahe an der Grenze zum Rhein-Lahn-Kreis. Sie gehört der Verbandsgemeinde Montabaur an und ist dort ein Teil der östlich gelegenen Eisenbachgemeinden.



Abbildung 2-1: Verbandsgemeinde Montabaur
(Quelle: Vgl. Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur)

Nentershausen verfügt über einen Bevölkerungsstand von 2.062, wovon 177 ausländischer Abstammung sind. (Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur, Stand: 31.12.2015). Derzeit sind 16 allein reisende Flüchtlinge aus Pakistan, sowie zwei Familien bestehend aus jeweils zwei Erwachsenen und zwei Kindern aus Syrien in der Gemeinde untergebracht. (Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur, Stand: 31.06.2016)

Die Gemeinde nimmt, laut Statistischem Landesamt eine Bodenfläche von 7,54 km² ein, davon sind 31,5% Landwirtschaftsfläche und 20,5% Siedlungs- und Verkehrsfläche. Damit besitzt Nentershausen im Vergleich zu anderen Siedlungen gleicher Größenklasse eine über 10% geringere Landwirtschaftsfläche, dafür allerdings eine fast 10% größere Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Nentershausen liegt auf halber Strecke zwischen den Kreisstädten Montabaur, Diez und Limburg an der Lahn. Die Landesstraße L318 zwischen Diez (ca. 10 km entfernt) und Montabaur (ca. 11 km entfernt) führt direkt durch Nentershausen hindurch. In südlicher Richtung besteht eine etwa einen Kilometer entfernte Autobahnanschlussstelle an die A3 Köln - Frankfurt am Main. Nentershausen ist durch die Busse der Linie 530 (Montabaur-Nentershausen-Diez-Limburg) des Rhein-Mosel-Busverbandes an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angebunden. Zusätzlich fahren während den Schulzeiten weitere Busse zu den umliegenden Gemeinden, die aber grundsätzlich eine Funktion als Schulbusse haben.

In Nentershausen sind um die 40 Betriebe der unterschiedlichsten Branchen angesiedelt und schaffen somit 427 Arbeitsplätze. Knapp 72 Einwohner arbeiten in Nentershausen. 719 von 791 Berufstätigen pendeln für ihre Arbeit über die Gemeindegrenze nach Limburg, Montabaur und sogar nach Frankfurt und Koblenz. Zudem verfügt die Gemeinde über alle notwendigen Einrichtungen eines Grundzentrums.

2.1.2 Stahlhofen

Die Ortsgemeinde Stahlhofen liegt in Rheinland-Pfalz, im nördlichen Westerwaldkreis. Sie gehört der Verbandsgemeinde Montabaur an und ist dort ein Teil der mittig gelegenen Gelbachhöhen.



Abbildung 2-2: Verbandsgemeinde Montabaur
(Quelle: Vgl. Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur)

Insgesamt sind 732 Personen in Stahlhofen wohnhaft, wovon nur ca. 18 ausländischer Herkunft sind. (Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur, Stand: 31.12.2015). Derzeit ist eine Familie (bestehend aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern) und zwei weitere Erwachsene aus Syrien in der Gemeinde untergebracht.

Das Dorf nimmt, laut Statistischem Landesamt, eine Bodenfläche von 2,98 km² ein, wovon allein 42,7% landwirtschaftliche Fläche und 39,3% Waldfläche ist.

Stahlhofen ist durch die durchs Dorf laufende Kreisstraße 18 erreichbar. An der westlichen Seite der Gemeinde verläuft die Landesstraße L326 Richtung Montabaur (ca. 6 km entfernt). Stahlhofen ist durch die Busse der Linie 458 (Laurenburg-Montabaur) des Rhein-Mosel-Busverbandes an den ÖPNV angeschlossen. Zusätzlich fahren Schulbusse während der Schulzeit die umliegenden Bildungsanstalten an. Der nächste Autobahnanschluss an die Autobahn 3 (Köln-Frankfurt) befindet sich in knapp 7 km Entfernung. Der nächste Bahnhof befindet sich in der Verbandsgemeindestadt Montabaur.

Die örtlichen Betriebe in Stahlhofen schaffen insgesamt um die 36 Arbeitsplätze wovon aber circa 27 Einpendler sind. 288 der knapp 298 Berufstätigen pendeln für ihre Berufsbeschäftigung über die Gemeindegrenze in Richtung Montabaur, Limburg, aber auch in die näheren Großstädte (Statistisches Landesamt, Stahlhofen, 2015). Die kleine Gemeinde besitzt, im Gegensatz zu anderen Gemeinden gleicher Größenklasse, eine eigene Kindertagesstätte inklusive Vollversorgung. Die nächste Grundschule, genauso wie die weiterführenden Schulen, befinden sich im 6 km entfernten Montabaur und sind über Schulbusse erreichbar. Weitere Infrastruktureinrichtungen befinden sich in den größeren umliegenden Gemeinden.

2.1.3 Steineberg

Die Ortsgemeinde Steineberg liegt in Rheinland-Pfalz, im nordwestlichen Landkreis der Vulkaneifel und gehört der Verbandsgemeinde Daun an.



Abbildung 2-3: Verbandsgemeinde Daun

(Quelle: Vgl. Verbandsgemeindeverwaltung Daun)

Steineberg hat einen Bevölkerungsstand von 242 Einwohnern, wovon knapp 44 ausländischer Abstammung sind. (Statistisches Landesamt RLP, Stand: 31.12.2015).

In der Gemeinde sind im Erstaufnahmelager Jugendzentrum Steineberg e.V. 15 Asylbewerber mit Bleibeperspektive temporär untergebracht. Des Weiteren ist eine afghanische Familie bestehend aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern derzeit in Steineberg dauerhaft untergebracht. (Aussage Ortsbürgermeister Steineberg, Stand: 19.07.2016)

Steineberg erstreckt sich über eine Fläche von 2,93 km² und besteht aus 53,5% landwirtschaftlicher Fläche. Der nächste Autobahnanschluss befindet sich in knapp 5 km Entfernung und schließt direkt an das Autobahnkreuz Vulkaneifel an. Dort eröffnet sich neben der Eifelautobahn A1 auch die Autobahn A48 Richtung Koblenz. An der südlichen Gemeindegrenze führt die Bundesstraße 421 Richtung Daun entlang. Der nächste Bahnhof liegt im knapp 20 km entfernten Gerolstein. Steineberg ist durch die Busse der Linie 503 (Daun ZOB) des Verkehrsverbundes Region Trier an den ÖPNV angebunden. Zusätzlich fahren noch weitere Busse der Linie 503 mit Schulbusfunktionen in Richtung Mehren Grundschule/Kindergarten und Daun Schulzentrum – Strotzbüsch Gemeindehaus.

Steineberg verfügt über keine feste und gesicherte Grundversorgung. Alle Versorgungseinrichtungen befinden sich in den 7 bis 12 km entfernten Städten Ulmen und Daun. In der Gemeinde sind sieben Kleinbetriebe – darunter ein Landwirt – angesiedelt und schaffen insgesamt zehn sozialpflichtige Arbeitsplätze, da fast alle Betriebe von Einzelpersonen geleitet werden. 76 der 79 Berufstätigen pendeln täglich zu den Dienstleistungsbetrieben und Industriegebieten in Daun und Ulmen. Einige nehmen sogar die rund 70 km lange Strecke nach Koblenz für ihren Arbeitsplatz in Kauf (Ortsbürgermeister Steineberg, 2016).

2.2 Herausforderungen für eine nachhaltige Integration in den Gemeinden

Merkmale des ländlichen Raums sind große räumliche Distanzen, die geringe Bevölkerungsdichte sowie eine minimale Anzahl an Mitbürgern mit Migrationshintergrund (Schader Stiftung, 2011). Die Herausforderungen der nachhaltigen Integration von Migranten in den drei untersuchten Dörfern lassen sich daher in zwei Kategorien unterteilen.

2.2.1 Soziale Herausforderungen

Zum einen steht der ländliche Raum vor sozialen Herausforderungen. Die dörflichen Gemeinden, seien sie noch so unterschiedlich, haben meist eines immer gemeinsam: Sie bilden eine von Traditionen und Einzelpersonen geprägte Gemeinschaft, die über ein hohes Maß an Öffentlichkeit verfügt. Migrantinnen und Migranten müssen erst diese Mauer des sozialen Zusammenhaltes überwinden, um ein Teil der Gemeinde zu werden. Viele Schutzsuchende prägen allerdings andere Werte-, Mentalitäts- und Sozialvorstellungen, was zu Spannungen unter den Bewohnern führen könne (Ortsbürgermeister Steineberg, 2016). Eine ehrenamtliche Helferin aus Stahlhofen erklärte dies damit, dass viele Dorfbewohner über ein sehr ländliches, einfaches Denken verfügen. Innerhalb des geschützten, kleinörtlichen Lebens hätten die Wenigsten bisher Erfahrungen mit Migranten sammeln können, weshalb ihnen das Verständnis für andere Kulturen und deren Besonderheiten fehle (Ehrenamtliche Helferin Stahlhofen, 2016).

Hinzukommt, dass viele Migranten mit dem deutschen Arbeitswesen und der Wertigkeit ihrer Aussagen gegenüber anderen und wie man sie in der deutschen Gesellschaft wahrnimmt, nicht vertraut sind. In dem Gespräch mit der ehrenamtlichen Helferin aus Stahlhofen, die täglich direkten Kontakt zu den Migranten hat, hat sich herauskristallisiert, dass viele neben einem Unpünktlichkeitsproblem auch eine Schwierigkeit mit der Verbindlichkeit haben (Ehrenamtliche Helferin Stahlhofen, 2016). In unseren Kulturkreisen bedeutet ein „Ja“ eine Zusage zu einer Tätigkeit oder Aussage. Meist sei diese Zusage allerdings als Beendigung eines Gespräches gedacht, oder als nicht direkte Zusage, was oft zu Verständnisschwierigkeiten zwischen den einzelnen Kulturkreisen (Bevölkerung und Migranten) führe.

Viele rheinlandpfälzische Regionen, insbesondere der Westerwald- und Vulkaneifelkreis, bewahren auch heutzutage noch einen ausgeprägten fränkischen Dialekt, was für viele Migranten trotz Sprachkurs eine kommunikative Barriere darstellt. Ein weiteres Problem

ist, dass vielerorts eine gewisse nachbarschaftliche Offenheit und religionstraditionalistische Mentalität gepflegt wird, wie etwa ein geselliger Nachmittagskaffee oder Weihnachtsfeierlichkeiten. Diese sind für Migranten Neuland und widersprechen nicht selten gegen ihre kulturellen und/oder religiösen Vorstellungen und Traditionen. Viele der Migranten fühlen sich, trotz der tatkräftigen Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer und der Bewohner, alleine. *„Ihnen fehlen die eigenen Landsleute, mit denen Sie sich wie zu Hause fühlen können“*, erklärte die ehrenamtliche Helferin aus Stahlhofen. Nur ein geringer Teil der dörflichen Bevölkerung in den untersuchten Gemeinden ist ausländischer Herkunft, was bei den gemeinschaftsliebenden Migranten ein Gefühl der Einsamkeit auslöst.

Um diese kulturelle Hürde zu überwinden, benötigen Migranten eine intensive Sprach- und Kulturförderung. Oft haben rurale Gemeinden ein zu kleines Sprachförderungsnetzwerk für die Massen an Migranten. Vielerorts, wie auch in Steineberg, werden Sprachkurse in den Gemeinden gar nicht erst angeboten, weswegen Migranten die Sprachschulen der Verbandsgemeinden oder der nächstgelegenen Städte besuchen müssen. Die Gemeinden müssen deshalb dauerhaft ehrenamtliche Helfer mobilisieren, um fachliche Beratungen und Betreuungen sowie Langzeitsprachkurse zu gewährleisten. Des Weiteren muss ein sozialpädagogisches und therapeutisches Angebot in näherer Umgebung aufgebaut werden. Zurzeit wird ein Großteil dieser Maßnahmen von der Bevölkerung und den ehrenamtlichen Helfern getragen, weswegen die Beteiligung der Bewohner und die positive Begegnung gegenüber den Migranten aktuell die wichtigsten Stützpfeiler der sozialen Integration sind. Dörfliche Beteiligte wie Ortsbürgermeister, Dorf- und Vereinsgemeinschaften, Kirchengemeinden, Kindergärten und Schulen müssen zusammen mit Fachdiensten und Verwaltungen wie Migrationsberatung, Hauptamt der Kirche, Verbandsgemeinde und Kreisverwaltung lernen, sich auszutauschen und als großes Gefüge zu arbeiten, um gemeinsam nachhaltige Integrationsarbeiten zu entwickeln (Schader Stiftung, 2011).

2.2.2 Infrastrukturelle Herausforderungen

Der zweite Herausforderungsaspekt ist die derzeitige existentielle und infrastrukturelle Situation der Dörfer. Um eine nachhaltige Integration durchführen zu können, müssen neben dem sozialen Zweig auch die unterschiedlichen Versorgungseinrichtungen für eine Langzeitunterbringung in den Dörfern gewährleistet sein. Aufgrund der verteilten Siedlungsstrukturen und den größeren Entfernungen zu Infrastruktur- und Integrationsangeboten, sind diese oft nur schwer erreichbar.

Viele ländliche Betriebe, wie der früher bekannte Familienbäcker oder diverse Dienstleistungsanbieter, sind in den letzten Jahren aufgrund der wachsenden Großhandelsmentalität und der geringen Kundennachfrage wirtschaftlich zu Grunde gegangen. Weitere Ladenketten haben sich zudem aus den ruralen Regionen in die wirtschaftlich stabilen Gemeinden in die urbanen Gebiete zurückgezogen und hinterlassen große Versorgungslücken in den ländlichen Ortschaften. Gemeinden wie Steineberg oder Stahlhofen verfügen deswegen schon seit längerer Zeit über keine feste Versorgungseinrichtung.

Zudem haben sich viele der Hauptarbeitsgeber der ländlichen Regionen in den umliegenden Ballungsgebieten niedergelassen. Nur Klein- und Einzelunternehmen sind vereinzelt noch in den meist heimischen Gemeinden angesiedelt. In Steineberg beispielsweise existiert nur noch eine geringe Anzahl von Einzelbetrieben in der Gemeinde. Mit dem Hintergrund dieser Tatsache und der Auskunft des Ortsbürgermeisters, dass die meisten Anwohner Arbeitgeber in den entfernteren Städten haben, lässt sich der Schluss ziehen, dass die Migranten im Dorf selbst aller Wahrscheinlichkeit nach keine beruflichen Chancen haben werden. Zudem können Arbeitgeber in den weit entfernten Großstädten (Koblenz zum Beispiel ist 70 km entfernt) für die mobil stark eingeschränkten Migranten unmöglich eine Wahl sein. Mittelständige Betriebe aus den näheren Städten wie Daun und Ulmen wären die einzige Alternative, wobei selbst dann tägliche Strecken von 7 bis 12 km zurückgelegt werden müssen. Diese eingeschränkten beruflichen Aussichten werden eines der Hauptprobleme für eine nachhaltige Integration im Dorf Steineberg darstellen.

Auch größere Gemeinden wie Nentershausen haben diese Problematik. Obwohl die Gemeinde eine hohe Anzahl an Betriebe aufweist, pendeln trotzdem noch 719 von 791 Berufstätigen über die Gemeindegrenze nach Limburg, Montabaur und sogar nach Frankfurt oder Koblenz. Nur knapp 72 Einwohner arbeiten auch in Nentershausen. (Statistisches Landesamt RLP, Stand: 30.06.2015). Einen lokalen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu finden, stellt in Nentershausen trotz der Vielzahl von Unternehmen ein Problem dar. Die Chance, Anstellung in landwirtschaftlichen Betrieben zu finden, ist nach Aussage des Ortsbürgermeister sogar vollkommen unrealistisch, da nur noch ein einziger Landwirt in der Umgebung um Nentershausen existiert, welcher ein reiner Familienbetrieb ist. In der Region um Limburg und Montabaur sind hingegen viele mittelständige Unternehmen und Großbetriebe angesiedelt, die in größerem Umfang über Arbeits- und Ausbildungsstellen verfügen und somit Migranten eine facettenreichere Arbeitsplatzwahl bieten können. Voraussetzung für einen Beruf in den ländlichen Regionen ist somit Mobilität. Leider

schrumpfen derzeit die öffentlichen Personennahverkehrsangebote stetig. Diese Problematik trifft vor allem die mobil eingeschränkten Personengruppen, zu denen Migrantinnen und Migranten meist dazugehören. Besonders betroffen sind hier aber vor allem die Frauen, da diese in der Regel, laut Schader Stiftung, individuell weniger mobil sind. Das Ausmaß dieses Problems wird ersichtlicher, wenn man einen Blick auf die jeweiligen Fahrpläne des ÖPNV wirft. In Nentershausen beispielsweise fahren die Busse – Schulbusse eingeschlossen – zwölf Mal am Tag in Richtung Montabaur, ohne Schulbusverkehr sogar nur zwei Mal. Am erschreckendsten ist es beim infrastrukturell schwächsten Dorf Steineberg: Die Stadt Daun wird von Bussen gerade zwei Mal am Tag angefahren. Alle Busse fahren zudem nur unter der Woche. Am Wochenende besteht keine Möglichkeit, die Dörfer mittels ÖPNV zu verlassen. Ein Beispiel für bestehende, aber lückenhafte ÖPNV-Angebote bietet Stahlhofen. Die Busse der Linie 458 fahren sieben Mal die Gemeindestadt Montabaur an (Rückfahrten bestehen zu gleicher Anzahl). Davon drei im Zeitraum zwischen 6:15 bis 8 Uhr und drei weitere im Zeitraum von 15 bis 17:25 Uhr. Die meisten Busse fahren zu den Stoßzeiten der Schul- und Arbeitszeit, nach 17:30 Uhr besteht keine Chance mehr, mittels ÖPNV das Dorf zu verlassen. Viele Dinge, die wir als selbstverständlich erachten – beispielsweise Besorgungen in der nächsten Gemeinde erledigen, Besuche tätigen – sind damit nur erschwert möglich, insbesondere während der Mittagzeit und nach 17:30 Uhr. Das schränkt die Migranten, aber auch die nicht mobilen Bürger, stark in ihrem Tagesablauf ein. (Rhein-Mosel-Bus, 2016)

All diese Faktoren führen somit zu einem Hauptproblem: Versorgungseinrichtungen, Integrationsangebote und mögliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze sind, wenn überhaupt, nur gering und meist nur in den weiter entfernten städtischen Zentren vorhanden. Sie lassen sich mit den derzeitig vorhandenen Mobilitätsangeboten nur schlecht erreichen und beanspruchen dadurch lange Fahrtzeiten. Dies lässt sich auch anhand eines Rechenbeispiels der Flüchtlingssituation in Stahlhofen erkennen: Die meisten Integrationsmaßnahmen finden nachmittags um 15 Uhr statt. Da es sich bei dieser Uhrzeit aber um keine Stoßzeit handelt, ist keine passende Busverbindung vorhanden. Dies führt dazu, dass die Migranten 1 ½ Stunden vor Terminbeginn aufbrechen, um eine viel zu frühe Verbindung zu nutzen. Die Maßnahme selbst nimmt immer nur ungefähr 1 ½ Stunden Zeit in Anspruch. Nach dem Termin besteht wieder keine unmittelbare Verbindung nach Hause, was erneut einen Zeitaufwand von 1 ½ Stunden bedeutet. Kurzum: Die Migranten sind das Dreifache der Zeit unterwegs, die die eigentliche Veranstaltung in Anspruch nimmt. Viele Migranten verlören dadurch die Lust an den meist freiwilligen Maßnahmen, so die Aussage der ehrenamtlichen

Helferin aus Stahlhofen. Die Hauptfrage bei dieser Problematik lautet: Was bringt es, Migranten in Berufe und sozialen Umgang einzuführen, wenn sie diese, ohne fremde Hilfe, überhaupt nicht erreichen können?

Eine weitere Herausforderung ist der familiengerechte Wohnraum. Das Potential an leerstehenden Gebäuden ist in den ländlichen Regionen vorhanden, wird in den nächsten Jahren stetig zunehmen und ist anhand des ausgewählten Dorfs Steineberg, gut zu erkennen. Viele dieser Leerstände herrschen aber schon seit mehreren Jahren und benötigen meist Renovierungsarbeiten, die einiges an Investitionen erfordern. Ein weiterer Aspekt der nachhaltigen Unterbringung ist der teils nicht vorhandene Wohnraum. Gemeinden wie Nentershausen, die nicht stark vom Leerstand betroffen sind, werden im späteren Verlauf der nachhaltigen Integration Probleme bei der Langzeitunterbringung bekommen. Viele der Flüchtlinge sind alleinstehende, junge Männer die derzeit noch in Wohngemeinschaften leben, welche teils auch erzwungen sind. Im Laufe der Integration werden diese Männer sich voraussichtlich dazu entscheiden, alleine zu leben. Dies wird – besonders in Gemeinden wie Nentershausen, in welchen nur ein geringer Wohnungsleerstand herrscht – zu einer Unterbringungsknappheit führen.

All diese Faktoren wirken abschreckend und lassen urbane Gebiete im Gegensatz zu ruralen Regionen für Migranten ansprechender aussehen.

3. Instrumente der ARGE-Landentwicklung und ihre potentiellen Möglichkeiten

Anhand der Beispieldörfer Nentershausen, Steineberg und Stahlhofen

Um die in Abschnitt zwei erläuterten Herausforderungen zu bewältigen, erfordert es innovative Denkweisen und Methoden. Die neuen Instrumente zur nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten in ländlichen Räumen der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft „Landentwicklung“, welche im Positionspapier aufgelistet sind, werden im Folgenden untersucht und mit Bezug auf den vorangegangenen Teil der Ausarbeitung diskutiert, um sie auf ihre Umsetzbarkeit und ihre Möglichkeiten zu überprüfen.

Die Untersuchungen stützen sich auf Befragungen von Personen, die aufgrund verschiedener Positionen im Umgang mit Migranten eine große Diversität von Sichtweisen auf die Instrumente und ihre Möglichkeiten aufweisen.

- Bürgermeister der drei Ortsgemeinden und/oder Bürgerratsmitglieder
- Ehrenamtliche Helfer der Gemeinden
- Vertreter der zuständigen Verbandsgemeinden
 - Vertreterin des WEGE-Büro, VG Daun
 - Sozialamtsmitarbeiterin, VG Daun
 - Abteilungsleiter Bauverwaltung, VG Daun
 - Generationenbeauftragte, VG Montabaur
 - Leiterin der ehrenamtlichen Helfer, VG Montabaur

Mitarbeiter der örtlichen Dauner Caritas und der Kreisverwaltung Vulkaneifel gaben leider keine Rückmeldung auf die Anfrage eines Gesprächs und konnten somit nicht berücksichtigt werden.

Um die unterschiedlichen Sichtweisen und Standpunkte besser hervorzuheben war es nötig, den allgemeinen Fragenkatalog den jeweiligen Personengruppen anzupassen. Der Fragenkatalog diente bei den Interviews als grobe Richtlinie und ließ den einzelnen Gesprächen ausreichend Freiraum für eine differenzierte Entwicklung. Die Befragungen wurden persönlich durchgeführt und handschriftlich dokumentiert. Alle Befragungsunterlagen befinden sich auf der CD im Anhang. Zusätzlich wurden die resultierenden Ergebnisse der Potentialanalyse aus Abschnitt 2 „Herausforderungen für eine nachhaltige Integration von Migranten“ zur Gegenüberstellung verwendet.

Im nachfolgenden Text wird auf jedes Instrument unter Berücksichtigung der aus den Gesprächen und der Analyse resultierenden Möglichkeiten eingegangen.

3.1 Arbeitsplätze in grünen Berufen, Handwerk und Dienstleistungen

Eine der langzeitlichen Integrationsaufgaben ist die Beschaffung von lokalen Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Hauptarbeitsträger in den ländlichen Regionen sind heutzutage immer noch die Landwirtschaft, das Handwerk, sowie die mittelständischen Unternehmen. Dies erkennt man sehr gut an den drei Beispieldörfern. In Nentershausen, der größten der drei Gemeinden, befinden sich 40 Betriebe aus den Bereichen Handwerk, IT-Technik, Tankstellenbau, Behälter- und Apparatebau, Verkehrstechnik, Baustoffe, Kunststoffbearbeitung, Fördertechnik und Vermögensberatung. Sie sind wertvolle Arbeitgeber für die Bewohner der Umgebung und schaffen insgesamt 427 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. In Stahlhofen hat sich ein größerer Handwerksbetrieb des Erwerbszweigs Dreherei neben den Kleinbetrieben der Branchen Elektrofachgeschäft, Veranstaltungsplaner, Klavierbau und Garten- und Landschaftsbau angesiedelt. Sogar die kleinste der Gemeinden, Steineberg, zeichnet sich heutzutage hauptsächlich durch Einzelgewerbe der Handwerksbranchen Maler- und Lackiererei, Tiefbau, Schädlingsbekämpfung und Reitsportfachhandel aus. Der Ort ist stark von der Landwirtschaft geprägt, auch wenn heute nur noch ein Großbauernhof mit überwiegend milchwirtschaftlicher Nutzung, Schlachtviehhaltung und Getreideanbau übrig ist.

Ziel der ARGE- Landentwicklung ist es, mittels der Instrumente der Landentwicklung Netzwerke zu Unternehmerverbänden, Dienstleistern und grünen Berufen aufzubauen. Zudem sollen Verbindungen zwischen Schulen und Wirtschaft aufgebaut werden und Partnerschaften gegründet werden. Paradebeispiel für Netzwerkaufbauten ist die Gemeinde Nentershausen. Ein engagiertes Bürgerratsmitglied, das hauptberuflich bei der Agentur für Arbeit arbeitet, führt gemeinsam mit dem Gemeinderat regelmäßig Netzwerkgespräche mit dem Jobcenter und den Firmen der Umgebung. Einige Firmen wurden dadurch schon auf die arbeitswilligen Migranten aufmerksam. Er wies zudem darauf hin, dass eine örtliche Industrietechnikfirma (EMDE Industrie- Technik- GmbH) drei pakistanische Männer für ein sechswöchiges Praktikum einstellte. Im Laufe des Praktikums erklärte die Firma, einen Arbeitsplatz für den besten der Praktikanten bereitzustellen und solange freizuhalten, bis dieser eine Arbeitserlaubnis besitzt. Zwei weitere Männer sind als Hausmeister in der örtlichen Grund- und Realschule eingestellt. Weitere lokale Betriebe wie eine

Trockenbaufirma, ein Gartenbaubetrieb und ein Dachdecker bieten zusätzlich Praktika für die Migranten an. Derzeit laufen sogar Gespräche mit dem Jobcenter und der Gemeinde darüber, einem interessierten und tatkräftigen jungen Pakistaner eine Arbeitsstelle in der Gemeinde zu verschaffen. Im Dorf Stahlhofen befindet sich ein landwirtschaftlicher Kleinbetrieb und ein Reiterhof der, laut Aussage des Ortsbürgermeisters, sogar als späterer Aushilfsjobarbeitsgeber in Betracht käme. Netzwerke zu Firmen wurden bis jetzt noch nicht direkt aufgebaut, aber man kenne sich natürlich untereinander.

In den Verbandsgemeinden Daun und Montabaur, dürfen sich Migranten einen Zusatzverdienst in Form von gemeinnütziger Arbeit (Ein-Euro-Jobs) wie Zäune streichen, Rasen mähen, Hecken schneiden, Laub kehren oder Müll aufsammeln erarbeiten. Voraussetzungen für Migranten sind dafür neben dem Spracherwerb die Qualifizierung in dem Berufsfeld. Geplant ist, die Migranten nicht nur in lokale Betriebe unterzubringen. Eine weitere Idee der ARGE-Landentwicklung ist es, Migranten ihre eigene Klein- und Kleinstunternehmen gründen und weiterentwickeln zu lassen und sie dabei mit schon bestehenden länderspezifischen Programmen zu unterstützen. Das Landentwicklungsinstrument LEADER-Methode (frz.: „Liaison entre actions de développement de l'économie rurale“ – dt.: „Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung des ländlichen Raums“), dessen Hauptaufgabe es ist, Gründungs- und Entwicklungsvorhaben mit regionalen Entwicklungszielen zu unterstützen, kann zusätzlich den Austausch und die Vernetzung von Unternehmern mit anderen regionalen Akteuren fördern. Migranten, welche unternehmerisch tätig sind, wird auf diese Weise die Integration in die Gesellschaft erleichtert (ARGE-Landentwicklung, 2016). Im Laufe der Gespräche mit den ehrenamtlichen Helfern, die viele private Konversationen mit ihren Migranten führen, stellte sich heraus, dass viele Migranten über Erfahrung im Bereich Landwirtschaft und Geschäftsführung verfügen. Eine Unternehmungsgründung im späteren Verlauf wäre somit vorstellbar.

3.2 Anpassungen in der Daseinsversorgung

Eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass Migranten in die ländlichen Regionen ziehen und insbesondere dort wohnen bleiben, ist eine gesicherte Grundversorgung von Daseinsversorgungsmöglichkeiten. Zudem besteht die Aussicht nach ARGE-Landentwicklung, dass sich eine bedarfsgerechte Daseinsversorgung und Infrastruktur in den Gemeinden mit dem Zuzug der Migranten wieder erholt und besser trägt.

In einem Umkreis von maximal 12 km ist eine funktionierende Vollversorgung für Nentershausen gewährleistet. Nentershausen selbst weist in vielen Dingen die Funktionen eines Grundzentrums auf. So herrscht im Dorf eine gute dörfliche Einzelhandels-, Wirtschafts- und Bildungsstruktur. Neben einem kleinen Lebensmitteleinzelhandel sind noch zwei Bäcker, ein Metzger, eine Apotheke, eine Poststelle, eine Bank, sowie ein Friseur und ein Optiker angesiedelt. Für die ärztliche Grundversorgung ist auch im Dorf gesorgt. Im Dorf befinden sich ein Kindergarten, eine Grund- und eine Realschule. Drei Allgemeinmediziner und eine Zahnärztin gibt es in der Gemeinde. Andere Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser und Fachärzte – beispielsweise Gynäkologen oder Psychotherapeuten – lassen sich in den umliegenden Städten wie Montabaur oder Limburg in rauen Mengen finden. Für das Allgemeinwohl der Migranten ist somit direkt vor Ort gesorgt. Alle täglich oder wöchentlich anfallenden Erledigungen, wie Einkäufe oder Bankgeschäfte, können in näherer Umgebung erledigt werden.

In den anderen beiden kleinen Dörfern sieht dies jedoch anders aus. Stahlhofen verfügt eine durchwachsene Grundversorgung. Es gibt eine Kindertagesstätte mit Vollversorgung. Zudem sind im Dorf zwei Friseure, ein privater Pflegedienst und ein Fußpfleger angesiedelt. In einem Elektrofachhandel können während der Öffnungszeiten Postgeschäfte erledigt werden. Des Weiteren berichtet der hiesige Ortsbürgermeister, dass ein ehemaliger Mitarbeiter der Kreissparkasse als privater Anbieter eine kleine Sparkassenzweigfiliale betreibt. Der nächstliegende Lebensmitteleinzelhandel, genau wie die nächste Apotheke, finden sich allerdings erst im knapp 6 km entfernten Montabaur. In der Gemeinde selbst ist kein Arzt angesiedelt. Im Nachbardorf befindet sich jedoch ein Allgemeinmediziner, der als Landarzt fungiert und in den umliegenden Gemeinden Hausbesuche macht.

In Steineberg sieht die Daseinsversorgungssituation sogar noch schlechter aus. Das Dorf besitzt, wie viele kleine abgeschiedene Gemeinden, keine gesicherte Grundversorgung. Um Einkäufe zu erledigen, stehen Strecken von 7 bis 12 km an der Tagesordnung. Der nächstliegende Lebensmitteleinzelhandel befindet sich, ebenso wie eine Apotheke, Post und Bank, im knapp 8 km entfernten Ulmen. In der Gemeinde selbst ist keine ärztliche Versorgung vorhanden. Alle Gesundheitseinrichtungen, das Dauner Krankenhaus eingeschlossen, befinden sich in den 8 bis 12 km entfernenden Städten um Steineberg.

Ziel der ARGE-Landentwicklung ist es daher, alternative Grundversorgungseinrichtungen zu entwickeln, die mobil oder auch ambulant funktionieren und daher eine innovative Maßnahme darstellen, die vor allem in abgeschiedenen Gemeinden von großem Vorteil

wären. Solche Einrichtungen sind großflächig in den betroffenen Gebieten einsetzbar und sollten sich vor allem im ländlichen Raum gut etablieren können.

Erfolgsversprechende Beispiele gibt es dazu schon in den Gemeinden Stahlhofen und Steineberg. Um den Bürgern ein Teil der verlorenen Versorgung zurückzugeben, wurden mobile Versorgungseinrichtungen für alle Dörfer der Verbandsgemeinde Daun und für vereinzelte Dörfer in der Verbandsgemeinde Montabaur eröffnet. Einmal in der Woche durchfährt ein mobiler Supermarkt das Dorf Stahlhofen. Dieser basiert auf dem Vorbestellungssystem: Im Voraus kann ein Einkaufszettel bei dem Betreiber abgegeben werden und dieser bringt die gewünschten Lebensmittel im mobilen Supermarkt mit. Leider wird dieses System bis jetzt noch nicht so gut von den Bewohnern angenommen, was den Betreiber vor Schwierigkeiten stellt. Im Gegensatz dazu wird das mobile Bäckereiauto, das mehrmals in der Woche kommt, gut angenommen (Ortsbürgermeister Stahlhofen, 2016). In Steineberg fahren, neben einem mobilen Einkaufsladen, der nicht auf das Vorbestellungssystem basiert, noch mobile Bäcker, Metzger und sogar ein Bankautomatenauto ein bis zwei Mal in der Woche vorbei.

Ein weiterer wichtiger Punkt des Positionspapiers der ARGE-Landentwicklung ist es, örtliche Dienstleistungen und Infrastrukturangebote, die zur Grundversorgung zählen, bereitzustellen, zu sichern und vor allem dem individuellen Bedarf entsprechend weiterzuentwickeln. Dies soll dadurch geschehen, dass dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen gefördert und optimiert werden. Darunter fallen vor allem soziale Institutionen (z.B. Kinderbetreuung oder Begegnungsstätten in Form von Kinder-, Jugend- und Seniorentreffs), Kultur- und Freizeiteinrichtungen (Dorfgemeinschaftshäuser, Versammlungsräume, Bibliotheken) Einrichtungen für Gesundheits- und Pflegedienstleistungen, Nahversorgungseinrichtungen (Dorfladen, Bankfiliale, Post, Gastronomie, Friseur) und Sportinfrastrukturen.

Alle drei Dörfer verfügen über eine Vielzahl von gesicherten Sozial-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Stahlhofen besitzt eine große Vielfalt an dorfgemäßen Gemeinschaftseinrichtungen. Teil dieser sozialen und kulturellen Infrastruktur sind unter anderem der Jugendraum, die Seniorennachmittage der örtlichen Kirche, zwei Spielplätze, der Begegnungsplatz vor der Kirche, das Dorfgemeinschaftshaus als Zentrum für Kultur-, Vereins- und Versammlungsveranstaltungen und der Fußballplatz. Nentershausen verfügt über ein Jugendheim, eine freiwillige Feuerwehr, einen katholischen Kindergarten, ein DRK Vereinsheim, das Bürgerhaus, einen Spielplatz, ein Stadion, eine Grillhütte, die katholische öffentliche Bücherei und einen Dorfbrunnen mit Sitzmöglichkeiten. Diese Einrichtungen

sind exemplarische Bausteine der attraktiven, sozialen und kulturellen Infrastruktur des Dorfes.

Im Jugendzentrum Steineberg spielt sich der Großteil der Steinebergischen Freizeitaktivitäten ab. Das Zentrum verfügt über eine Kegelbahn, ein Hallenbad, einen Sportplatz, einen Spielplatz und Versammlungsräume. Auch wurde in Steineberg schon einmal eine Gemeinschaftseinrichtung gesichert und bedarfsgerecht weiterentwickelt. Die alte Dorfkneipe stand vor der Schließung. Um sie zu retten beschloss die Bevölkerung, diese aufzukaufen und zum Bürgerhaus mit Kneipenfunktion umzubauen. Geleitet wird die Kneipe von einer 27-köpfigen Jugendgruppe. Der Ortsbürgermeister besorgte sich zudem eigens für die Gemeinde eine legale Konzession. Aus der alten, abgenutzten Kneipe wurde somit eine Begegnungsstätte für Jung und Alt (Ortsbürgermeister Steineberg, 2016).

Des Weiteren sollen dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen für die Integrationsaufgaben weiterentwickelt und für Integrationsangebote (wie Welcome-Cafés, Deutschkurse, Fahrradwerkstätten) genutzt werden (ARGE-Landentwicklung, 2016).

Nentershausen bietet ihren pakistanischen Migranten einen Sprachkurs an, welcher zwei Mal in der Woche stattfindet und von der Volkshochschule Montabaur geleitet wird (Ortsbürgermeister Nentershausen, 2016). Stahlhofen unterstützt ihre syrische Familie, indem private Sprachlehrer diese regelmäßig besuchen. Zudem wurde für die Region um Stahlhofen herum ein „Café International“ gegründet. Treffpunkt ist das Dorfgemeindehaus. Dieses Treffen soll die Kontakte zwischen den Flüchtlingen, aber auch zwischen der Bevölkerung und den Neuankömmlingen stärken. Das Café wurde sofort gut aufgefasst. Bereits beim ersten Treffen waren 15 Teilnehmer vor Ort und es wurden Kontakte zu Karnevalsgruppen und Kirmesburschen geknüpft (Ortsbürgermeister Stahlhofen, 2016). In der Verbandsgemeinde Daun läuft eine Kooperation mit dem Lions-Club Vulkaneifel. Einmal in der Woche treffen sich engagierte Clubmitglieder und Flüchtlinge im Jugendzentrum Steineberg, um gemeinsam eine eigene Fahrradwerkstatt zu leiten (Ortsbürgermeister Steineberg, 2016).

Um eine bessere zielgerechte Nutzung von dorfgemäßen Gemeinschaftseinrichtungen zu erhalten, sollte eine Erweiterung bzw. Flexibilisierung bei den förderrechtlichen Bestimmungen durchgeführt werden. Neben der Erweiterung des Kreises der Zuwendungsempfänger – sprich Investitionen in Gemeinschaftseinrichtungen – sollten künftig auch für natürliche Personen und Personengesellschaften, sowie juristische Personen des privaten Rechts (z.B. Vereine und Stiftungen) über die Verwendung von Zuwendungen entscheiden können, die sich auf Gemeinschaftseinrichtungen beziehen. Des

Weiteren sollte auch eine Erhöhung des Fördersatzes für integrationspezifische Projekte vorgenommen werden (ARGE-Landentwicklung, 2016).

In Stahlhofen wird diese Erweiterung der Zuwendungsempfänger bereits durchgeführt. In der Gemeindeordnung ist geregelt, dass die Dorfbewohner von geplanten Projekten in Informationsveranstaltungen informiert werden und gegebenenfalls Einspruch erheben dürfen (Ortsbürgermeister Stahlhofen, 2016).

3.3 Gestaltung von Mobilitätsnetzen

Mobilitätsangebote existieren in den ländlichen Gemeinden schon seit längerer Zeit nur noch als Schulbusverkehr, erweitert mit ein paar vereinzelt Zug- und Busverbindungen. Allerdings ist Mobilität eine Voraussetzung für das soziale Leben in der ländlichen Bevölkerung. Migranten sind, insbesondere in den Anfangsmonaten der Integration, auf das öffentliche Mobilitätsangebot angewiesen. Aufgrund der fehlenden Mobilitätsangebote wird diese Integration jedoch vor extreme Herausforderungen gestellt. Um diese Situation zu lösen darf man sie nicht isoliert betrachten. Vielmehr müssen, dem Positionspapier der ARGE-Landentwicklung nach, Mobilitätsdienstleistungen für verschiedene andere Gruppen wie Senioren, sozial Schwache, Auszubildende und Mobilitätseingeschränkte gewährleistet sein.

Weiterhin sieht die Arbeitsgemeinschaft vor, den bisherigen öffentlichen Personennahverkehr durch neuartige Bedienungsformen in der Fläche oder neuartige Finanzierungsformen zukunftsfähig zu erweitern. Dafür sollen innovative Kopplungen von privatem und öffentlichem Verkehr erprobt und eingeführt werden, wie beispielsweise elektronische Fahruntersätze wie Fahrräder als Unterstützung für den öffentlichen Personennahverkehr oder über das Smartphone regulierbare Mitfahrgelegenheiten. Um diese innovativen Mobilitätslösungen umzusetzen, benötigt es insbesondere einen Ausbau der Breitbandinfrastruktur in den ländlichen Regionen. Solche technischen Lösungen sind besonders für die Migranten von besonderem Interesse, die versiert im Umgang mit dem Smartphone sind.

Die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft hat sich für das Thema Mobilitätsnetz drei Ziele gesteckt. Zunächst sollen Plattformen und Netzwerke der Mobilität in den ländlichen Räumen aufgebaut werden. Außerdem sollen moderne Bedienungsformen eingerichtet und gesteuert werden und zu guter Letzt sollen neue Mobilitätsansätze beworben, erprobt und verbreitet werden. Um diese ganzen Ziele zu verwirklichen, benötigt es aber zuallererst eine Bund-Länder-Förderung.

Alle drei Gemeinden sind am öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen. Außerhalb der Schulzeiten fahren jedoch nur sehr wenige Busse und diese auch nur zu den Stoßzeiten in die größeren Städte. Am Wochenende existiert sogar teilweise, wie in Nentershausen, keine einzige direkte Busverbindung nach Montabaur. Obwohl derzeit kaum regelmäßige Busverbindungen existieren, empfanden die Ortsbürgermeister und die ehrenamtlichen Helfer dies – für ihre eigene Situation und die der Mitbürger – als nicht sonderlich schlimm. Die Generationenbeauftragte von Montabaur hat diese Problematik sehr treffend zusammengefasst. Sie sagte, dass derzeit noch eine hohe Nachbarschaftshilfe vorhanden sei. Jeder helfe jedem, auch wenn es um Einkäufe oder Fahrten ginge. Zudem besäßen viele der älteren Personen, für die das erweiterte Mobilitätsangebot laut ARGE auch von Nutzen sein soll, keine Erfahrungen mit Bus und Bahn. Die derzeitigen Mobilitätspreise sind zudem recht hoch und dadurch abschreckend. Eine Fahrt von Nentershausen nach Montabaur (11 km Entfernt) kostet beispielsweise 4,50€. Für viele sozial Schwache sind diese Preise schlichtweg zu teuer, um sie regelmäßig zu nutzen.

Nachbarschaftshilfe ist dennoch keine dauerhafte Lösung. Irgendwann wird die derzeitige hilfsbereite Nachbarschaft in Mobilitätsprobleme kommen und ob sich dann neue Nachbarschaftshilfen bilden, ist ungewiss. Darum wäre es wichtig, heute schon neue Mobilitätsangebote und Mobilitätsverbesserungen einzuführen. Da sich in vielen Gemeinden nun mobil eingeschränkte Migranten befinden, existieren dadurch neue Träger bzw. Kunden des öffentlichen Personennahverkehrs.

Die ehrenamtliche Helferin aus Stahlhofen erklärte zudem, dass Migranten sehr vom Smartphone abhängig seien und dass es sinnvoll wäre, eine Mobilitätssteuerung einzuführen, die über das Smartphone funktioniert.

3.4 Umnutzung von vorhandenen Gebäudesubstanzen

Das Ortsbild vieler abgeschiedener, ländlicher Gemeinden prägt der Leerstand. Ein neuer Verwendungszweck für diese Gebäudesubstanz wäre es, sie für die Langzeitunterbringung der Migranten um zu nutzen. Viele der Gebäude müssen aber renoviert oder umgebaut werden, um eine nachhaltige Nutzung zu gewährleisten. Für die Finanzierungen von solchen Investitionen gibt es unter anderem länderspezifische Programme. Es existiert bereits ein bundeseinheitliches Instrument für die Förderung der Dorfentwicklung. Die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ kurz GAK bietet einen Grundsatz für die Förderung, allerdings gibt es hier hinsichtlich der Umnutzung von Bausubstanz eine Begrenzung, die eine Förderfähigkeit auf Maßnahmen land- und

forstwirtschaftlicher Betriebe an ihren Gebäuden limitiert. Da es sich bei der Herkunft der Bausubstanzen aber oft um ländliche Bauten handelt, ist diese Förderbegrenzung unbrauchbar. Um die nun neu anfallenden Herausforderungen besser zu bewältigen wäre es sinnvoll, den Kreis der Zuwendungsempfänger zu erweitern (ARGE-Landentwicklung, 2016).

Das Unterbringungsprinzip der VG Montabaur besteht darin, die Migranten direkt in derzeit leerstehenden, von der Gemeinde angemieteten Wohnungen oder Gebäude unterzubringen, um eine mögliche Langzeitunterbringung zu gewährleisten. Bedeutet: Die Migranten sollen sich direkt heimisch fühlen und nicht das Gefühl der Rastlosigkeit erhalten. Vorgesehen ist, dass im Laufe der Integration die Mietverträge auf die Flüchtlinge umgeschrieben werden (Generationenbeauftragte Montabaur, 2016).

Das Ortsbild der Gemeinde Nentershausen prägen überwiegend Ein- bis Zweifamilienwohnungen. Insgesamt gibt es 660 Wohngebäude mit über 948 Wohnungen (Statistisches Landesamt, Nentershausen, 2015). Gerade mal zwei Wohngebäude, die sehr baufällig sind und eine Mietwohnung stehen zurzeit leer. Aktuell sind die 16 pakistanischen Männer in einer geschlossenen, umgebauten Gaststätte mit Pensionsfunktionen untergebracht. Dies ist nur eine vorübergehende Unterbringungslösung. Falls sich die Migranten entscheiden sollten, in Nentershausen zu bleiben, bestünde derzeit keine Möglichkeit, diese in leerstehenden Wohnungen unterzubringen. Sogar die syrische Familie ist in einem Mietshaus langzeituntergebracht worden (Ortsbürgermeister Nentershausen, 2016).

Stahlhofen ist eine kleine Gemeinde mit ca. 251 Wohngebäuden und 312 Wohnungen (Statistisches Landesamt, Stahlhofen, 2015). Derzeit sind eine syrische Familie und zwei syrische Erwachsene in jeweils einer privaten Wohnung untergebracht. Im Laufe der nächsten Zeit soll eine dritte Wohnung für die Flüchtlinge bereitgestellt werden. Im späteren Verlauf der Integration sollen die Beteiligten in den Mietwohnungen wohnen bleiben dürfen. Im Falle von Stahlhofen ist dies auch möglich, da der Vermieter selbst ein ehrenamtlicher Helfer ist. Bei den Wohnungen handelte es sich nicht um Leerstände, sondern um Mietwohnungen, die zum Einzugszeitpunkt unbewohnt waren. Im Dorf selbst herrscht, gegen die Erwartungen, eine geringe Leerstandslage: Nur drei Gebäude stehen zurzeit leer, eins davon stark verfallen und abrisswürdig. Grund für diese geringe Leerstandszahl ist nach Aussage des Ortsbürgermeisters, dass ein Investor alle leerstehenden Gebäude aufgekauft, saniert und neu vermietet hat (Ortsbürgermeister Stahlhofen, 2016).

Etwas anders sieht die Leerstands- und Umnutzungssituation in Steineberg aus. Das Ortsbild der Gemeinde Steineberg wird heute noch sehr stark von der Landwirtschaft geprägt, allerdings fungieren heutzutage die alten Ställe und Höfe eher als Garagen oder marode Unterstellplätze. Die meisten Kleinbauernhöfe wurden zu Ein- bis Zweifamilienwohngebäude umfunktioniert. Insgesamt gibt es 91 Gebäude mit 104 Wohnungen. (Statistisches Landesamt, Steineberg, 2015). Die afghanische Familie wurde in einem früher leerstehenden Wohnhaus untergebracht und soll dort auch vorerst wohnen bleiben. Derzeit existieren vier leerstehende Gebäude in der Gemeinde, Tendenz steigend. Diese leerstehenden Wohnungen wären auch, nach Aussage des Ortsbürgermeisters, potentielle Unterbringungsmöglichkeiten für weitere Migranten.

Um die Möglichkeiten und die unterschiedlichen Situationen dieses Instruments zu erklären, muss zuerst die Leerstandsquote der einzelnen Kreise betrachtet werden.

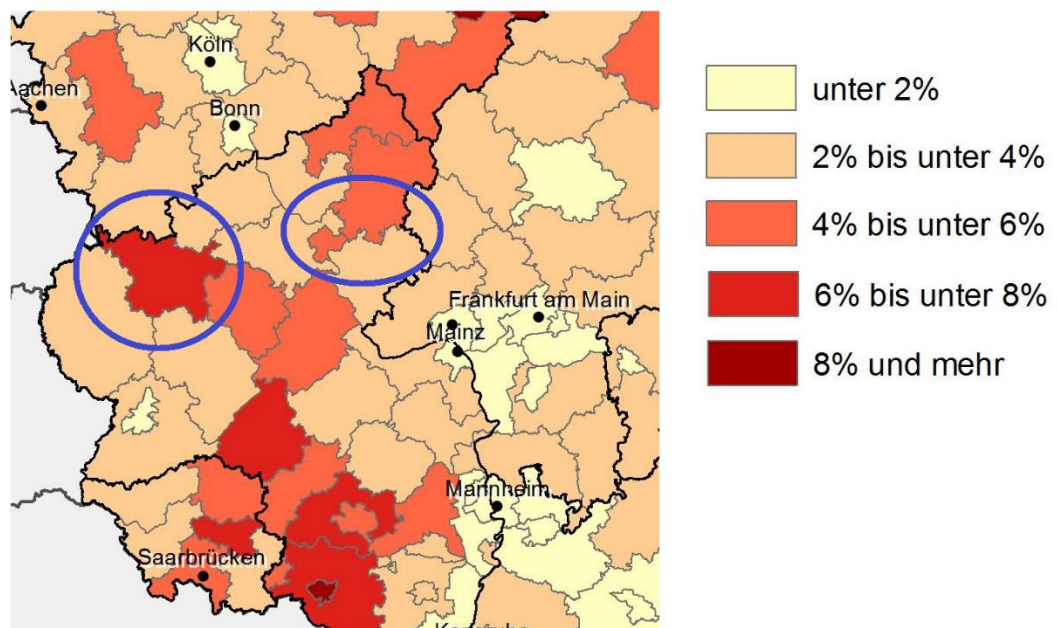


Abbildung 3-1: Leerstand in den Landkreisen

(Quelle: Angelehnt an CBRE-empirica-Leerstandsindex.de)

Bestehen keine Leerstände, so sind die Umsetzungsmöglichkeiten dieses Instruments schlichtweg nicht vorhanden. Die Verbandsgemeinde Montabaur liegt im Leerstandsbereich von 4% bis unter 6 %, die Gemeinden unmittelbar an der Grenze zum Rhein-Lahn-Kreis hingegen haben nur eine Leerstandsquote von 2% bis unter 4%. Diese Gemeinden verfügen also über einen geringeren Leerstand, als die Gemeinden der VG Daun, die im zweithöchsten Bereich von 6% bis unter 8% liegen. Somit sind die Möglichkeiten dieses Instruments in der VG Montabaur geringer als beispielsweise in der VG Daun.

3.5 Soziale Dorfentwicklung

Eines der bekanntesten und bewährtesten Instrumente, die Dorferneuerung, benötigt nach ARGE-Landentwicklung, aufgrund der neu anfallenden Herausforderungen, wie Demografie oder Integration, eine Erweiterung zur sozialen Dorfentwicklung. Hauptbaustein der sozialen Dorfentwicklung ist das soziale Miteinander der Bewohner, egal welchen Alters und welcher Herkunft, in Form von Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe, Vereinsstrukturen und ehrenamtlichem Engagement. Aus dem gemeinsamen Tatendrang sollen neue Arbeits-, Bildungs-, Kultur-, Freizeitgestaltungs-, Wohn- und Lebensformen entwickelt werden. Die Bürger sollen lernen, ihre eigenen Ideen und Kompetenzen zu entdecken, zu bündeln und organisiert umzusetzen, um laut Arbeitsgemeinschaft Akteure ihrer eigenen Lebensqualität zu werden. Oft haben ländliche Dörfer einen schlechten Ruf bezüglich ihrer Wohn- und Arbeitssituation, insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund. Mittels der sozialen Dorfentwicklung sollen deswegen die Gemeinden ihren Ruf verbessern.

Gerade in den ländlichen Regionen gibt es eine Vielzahl an Ehrenamtsstrukturen, die sich auch größtenteils ehrenamtlich um die Integrationsaufgaben kümmern. Um diesen neuen Herausforderungen gewachsen zu sein, müssen die Fortbildungsangebote erweitert werden. Neue Inhalte können laut der ARGE-Landentwicklung interkulturelles Training, interreligiöser Dialog, Rechtsfragen und Kenntnis über weiterführende Beratungseinrichtungen sein. Um diese erweiterten Fortbildungsangebote zu entwickeln, müssen neue fachkompetente Akteure angeworben werden. (z.B. Kirche, Caritas, Migrationsorganisationen, usw.) Auch die Akademien und Foren für ländliche Räume können bei der Fortbildung einbezogen werden.

Um direkt zu Beginn ein offenes Klima den Migranten gegenüber zu schaffen, sollte politische Bildung für die Bewohner, aber auch für die Migranten, geschaffen werden. Es soll eine Ebene geschaffen werden, in der über Integrationsprobleme und Sorgen geredet werden kann.

Dem Positionspapier zufolge wären professionelle Koordinierung der Ehrenamtsstrukturen zweckmäßig auf einer regionalen Ebene, durch beispielsweise den Landkreis. Außerdem sollte das Ehrenamt rechtlich abgesichert werden und zu guter Letzt sollten hauptamtliche Helfer eingestellt werden, um als professionelle Unterstützung und Manager zu fungieren. Das bürgerliche Engagement der Einwohner von Nentershausen, Stahlhofen und Steineberg spiegelt sich insbesondere in dem regen Vereinsleben wieder. Neben unterschiedlichsten Sportvereinen, die von Tennis über Reitvereine bis hin zu Tanz-Sport-Clubs reichen, haben

sich noch Fördervereine und Jugendgruppen, Musikvereine, Chorverbände, Karnevalsgruppen und natürlich die Freiwillige Feuerwehr in den untersuchten Gemeinden ausgebreitet. Insgesamt gibt es 16 Vereine in Nentershausen, um die acht Gruppen in Stahlhofen und drei sehr aktive Vereine in Steineberg, die die vielfältigsten Interessen vertreten. Karnevalsveranstaltungen, Grillfeste, Seniorentage, Kirmessen, Martinszüge und Weihnachtskonzerte gehören zum örtlichen Vereinsbild und zeugen von einem sozialen Zusammenhalt.

Stahlhofen ist zudem ein Musterbeispiel des sozialen Gemeinschaftslebens. Viele der Vereine in Stahlhofen haben schon erste Annäherungsschritte gemacht. Kirmesburschen haben die gleichaltrigen Migranten eingeladen, an ihren Kirmesveranstaltungen teilzunehmen und die Karnevalsgruppe studiert derzeit zusammen mit den älteren Migranten einen arabischen Tanz ein. In der Gemeinde Stahlhofen sind somit die Grundpfeiler für eine soziale Integration bereits erfolgreich gelegt. Eine Gruppe von betagten Damen pflegt ehrenamtlich den Kirchengarten, der als Begegnungsstelle dient, Bürger renovieren kostenfrei die örtliche Kirche, eine Elterninitiative hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Spielplätze zu säubern und zu renovieren und jedes Jahr melden sich über 150 ehrenamtliche Helfer für die Kirmesarbeiten (Ortsbürgermeister Stahlhofen, 2016).

In der gesamten Verbandsgemeinde Montabaur arbeiten ungefähr 150 ehrenamtliche Flüchtlingshelfer (Leiterin der ehrenamtlichen Helfer Montabaur, 2016). Um diese große Zahl zu koordinieren und um an den richtigen Stellen unterstützend mitzuwirken, wurden zwei hauptamtliche Flüchtlingshelferberaterinnen eingestellt. Beide wurden speziell wegen ihren beruflichen Kompetenzen ausgewählt (Eine Diplom-Pädagogin und eine Diplom-Sozialarbeiterin) und arbeiten jeweils in halber Arbeitsstelle (20-Stunden-Woche). Die Beraterinnen wurden sofort dankend angenommen und haben mit ihrem tatkräftigen Potential einige Projekte ins Rollen gebracht und Krisen gelöst.

Die Frage, ob spezielle Fortbildungsmöglichkeiten für die ehrenamtlichen Helfer existieren, wurde immer verneint. Es kristallisierte sich jedoch auch heraus, dass diese Angebote, zumindest für die Helfer der VG Montabaur, gar nicht nötig und auch rein zeitlich nicht machbar seien. Der ehrenamtliche Job als Flüchtlingshelfer sei eine hohe Belastung und ein Vollzeitjob, für Fortbildungen bleibe da schlichtweg keine Zeit mehr. Zudem stünden für komplexere Fragen und Situationen hauptamtliche Helfer zur Verfügung (Aussage ehrenamtliche Helfer Nentershausen und Stahlhofen).

Somit hat sich für die Möglichkeiten in Bezug auf dieses Instrument folgendes ergeben: Viele Dörfer, seien sie noch so klein, verfügen schon über eine attraktive soziale Lebensstruktur,

die als Basis zur Verbesserung von weiteren dörflichen Situationen genutzt werden kann. Ein Engagement existiert somit und kann ausgebaut werden. Die Idee, hauptamtliche Helfer einzustellen, lässt sich, gemessen am Beispiel der VG Montabaur, nur positiv unterstützen. Der Gedanke, Fortbildungsangebote anzubieten, wurde jedoch nicht unterstützt.

3.6 Gestaltete Lokale Veränderungsprozesse (LVP)

Gerade die lokale Ebene – sprich Kommune – muss sich mit den grundlegenden Aufgaben im Bereich der Integration auseinandersetzen. Da bei den Integrationsaufgaben aber größtenteils andere Grundlagen und Rahmenbedingungen vorherrschen, benötigen Kommunen Unterstützung bei dem Integrationsprozess. Die Kommune muss neben der Lösung von vielen sachlichen Problemen auch die hohen sprachlichen Anforderungen und Aufgaben bewältigen, da sie ihren Bürgern die Unerlässlichkeit der Integration aufzeigen und erklären muss. LVP sind hierfür aufgrund ihrer Prozessarchitektur auf Basis der Prinzipien des Change Management ein geeignetes Instrument (Soboth, 2016).

Lokale Veränderungsprozesse orientieren sich zudem stark an dem Change Management Acht-Stufen-Veränderungsplan nach Kotter (Soboth, 2016). Dieser Veränderungsprozess unterteilt sich in:

Vorbereitungen treffen:

1. Bewusstsein schaffen und ein Gefühl der Dinglichkeit erzeugen
2. Veränderungscoalition bilden

Entscheidungen fällen:

3. Visionen und Strategien entwickeln

Aktives Umsetzen:

4. Visionen und Strategien kommunizieren
5. Erfolge planen
6. Prozessorientiert steuern und Akteure befähigen
7. Erfolge festigen, Veränderungen institutionalisieren

Nachhaltigkeit sichern:

8. Neue Verhaltensweisen strukturieren und in der Kultur verankern

Ziel von LVP ist es, möglichst viele Bürger und Akteure für die Prozesse einzubeziehen. Dies kann aber nur gelingen, wenn eine flächendeckende Kommunikation stattfindet. Eine Erfolgsgarantie dafür sind die sogenannten Kümmerer. Bereits in den Leitlinien des Instruments „Wandel in den Köpfen“ wird auf die Kümmerer eingegangen. Grundsätzlich

lässt sich sagen, dass es sich bei Kümmerern um ehrenamtlich Tätige handelt, die für einen längeren Zeitraum engagiert werden, durch spezielle Qualifizierungsangebote befähigt werden, direkt vor Ort arbeiten, einen Bewusstseinswandel erreichen und konkrete Entwicklungsimpulse anstoßen sollen (Soboth, 2016).

Damit die Kümmerer eine erfolgsversprechende Arbeit leisten können, benötigen diese neben einer Qualifizierung in Form von Ausbildungs- und Schulungsangeboten auch eine professionelle und amtliche Struktur, wie Verwaltungen und Bildungsträger (Akademien ländlicher Räume) (Soboth, 2016). Da Kümmerer eine facettenreiche Aufgabenliste besitzen, wurden diese in LVP in „Spielarten“ eingeteilt. Die Unterteilung dieser Spielarten erfolgte über die Aufgabenbereiche und deren Qualifizierung.

Folgende Spielarten erdachte dabei die LVP (Soboth, 2016):

1. Kümmerer in laufenden Entwicklungsprozessen (wie LVP, ILE, LEADER etc.)

Damit sind Kümmerer gemeint, die sich nicht aus dem Wunsch heraus gemeldet haben, ein eigenes Projekt zu verfolgen, sondern vielmehr, weil sie an einem Gesamtprozess mitarbeiten wollen. Diese Kümmerer besitzen somit das Recht, bei allen operativen und strategischen Fragestellungen in der Entwicklungsprozessgestaltung mitzuentcheiden und diesen Prozess vor allem kommunikativ zu verbreiten. Somit sollen Kümmerer den bestehenden Entwicklungsprozess intensivieren.

Die VG Montabaur empfand dies als eine recht gute und brauchbare Idee. Allerdings wurde diese Spielart eher als Aufgabe der Ortsbürgermeister oder als Funktion des Gemeinderats angesehen (Generationenbeauftragte Montabaur, 2016).

2. Kümmerer zur umfassenden Unterstützung der lokalen Entwicklung

Hauptaufgabe dieser Kümmererart ist es, die Entwicklung ländlicher Gemeinden und Dörfer zu unterstützen. Dazu zählt es, die Bevölkerung in Bezug auf Fragen der lokalen Entwicklung aktiv anzusprechen, Informationen zu bündeln und weiterzugeben, sowie Prozesse anzustoßen und am Laufen zu halten. Das Aufgabengebiet reicht dabei von Organisation von Nachbarschaftshilfen und Fahrdiensten bis hin zur Initiierung, Durchführung und Moderation von Workshops zur Dorfentwicklung.

Diese Kümmererart ist vergleichbar mit der Aufgabe der Generationenbeauftragten in Montabaur. Hauptaufgabe ist es, Aufgaben und Ideen anzustoßen, Potentiale zu bündeln und diese umzusetzen. Die Generationenbeauftragte möchte die bestehenden Angebote für

die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen unterstützen und weiterentwickeln. Gemeinsam mit Ortsbürgermeistern, Gemeinderatsmitgliedern und engagierten Bürgern werden Angebote für eine gute Lebensqualität für alle Generationen ausgebaut, entwickelt und umgesetzt. Besonderer Schwerpunkt liegt hierbei auf das Wirken der einzelnen Generationen nach dem Motto „Alt hilft Jung, Jung unterstützt Alt“, den Versorgungsangeboten, den neuen Wohnformen sowie der Mobilität. Zusätzlich fungiert die Generationenbeauftragte als Ansprechpartnerin für ehrenamtlich engagierte Bürger, steht diesen mit Rat und Tat zur Seite, nimmt Ideen und Anregungen entgegen und baut Netzwerke und Kooperationen mit weiteren Institutionen, Beratungsstellen und anderen Verbandsgemeinden auf. (Generationenbeauftragen Montabaur, 2016)

3. Kümmerer, die sich für einen Bereich oder ein Projekt in der ländlichen Entwicklung einsetzen wollen

Unter diese Spielart fallen alle ehrenamtlich Tätigen, die sich um Fragestellungen und eigene Projekte der ländlichen Entwicklung betreffend kümmern.

Man unterscheidet:

Kümmerer, die eigene Projekte umsetzen wollen (meistens privater Natur):

- touristische Anlaufstellen in einem alten Gutshof schaffen
- Entwicklung des touristischen Potentials eines Ortes und der Umgebung
- Intergenerationale Wohnprojekte
- Förderung von beispielsweise kunstpädagogischen Zentren

Kümmerer, die sich in ländlichen Entwicklungsinitiativen einer besonderen Aufgabe widmen (z.B. Flüchtlingshilfe, Seniorenarbeit, Innenentwicklung):

Dabei unterscheidet man dann noch, dass sich entweder mehrerer Kümmerer auf ein Thema qualifizieren oder verschiedene Kümmerer, die sich auf unterschiedliche Themen spezialisieren.

Die Möglichkeiten, diese Kümmererart einzuführen, steht in einem guten Licht. Derzeit läuft die von der Landesregierung Rheinland-Pfalz gegründete Ehrenamtsinitiative „Ich bin dabei“. Die Initiative ist 2013 mit sechs Kommunen gestartet. Inzwischen gibt es die 3. Staffel mit bereits 16 Kommunen und rund 1250 engagierten Bürgern. Die Verbandsgemeinde Montabaur wirkt seit Beginn der 3. Staffel 2015 erfolgreich mit. Ziel dieser Initiative ist die Förderung des bürgerlichen Engagements und die Bürgerbeteiligung bei der Mitgestaltung des Gemeinschaftslebens in der

Verbandsgemeinde. Zielgruppe dieses Vereins sind alle aktiven und engagierten Mitbürger, egal welcher Alter- und Herkunftsgruppe, die ihre Ideen, Erfahrungen und Kompetenzen in das Gemeinschaftsleben einbringen wollen. Die Entfaltung der eigenen Idee steht hierbei vollkommen im Vordergrund. Die Teilnehmer sollen eigene Projekte selbstständig entwickeln und in eigener Verantwortung umsetzen. Die bisherigen Projektangebote reichen von Flüchtlingsbetreuung über Technik-Werkstätten bis hin zu organisierten Betriebsbesichtigungen, und stellen die Entwicklern vor keine Grenzen. In regelmäßig stattfindenden „Projekte-Werkstätten“ werden die neuen Erfahrungen mit den Mitgliedern anderer Projekte ausgetauscht und Impulse für neue Projekte geschaffen. Geleitet wird diese Initiative von einem Moderatoren-Team (Verbandsgemeinde Montabaur, 2016).

4. Kümmerer als kommunalpolitisch Tätige

Unter kommunalpolitisch tätigen Personen versteht man Ortsvorsteher, Ortsbeiräte, Ortsbürgermeister usw. Auch diese können als gewählte Kümmerer angesehen werden.

Über die Jahre hat sich das Aufgabenverhältnis der kommunalpolitisch Tätigen verändert, weswegen neue Qualifizierungsangebote vermittelt werden sollten. (Aspekte des Dorfumbaus, Flüchtlingsbetreuung, Leitbild der sorgenden Gemeinde). In den Verbandsgemeinden Daun und Montabaur finden solche Qualifizierungsangebote schon statt. Informationsveranstaltungen wie „Leitbild der sorgenden Gemeinde“ wurden in der VG Montabaur angeboten. Zudem wird einmal im Jahr eine Betrachtung der engagierten Ortsbürgermeister von laufenden Projekten in anderen Verbandsgemeinden durchgeführt. Eine Verkopplung aller Kümmererarten findet sich in der Verbandsgemeinde Daun in den WEGE-Botschaftern wieder. WEGE steht hierbei für Wandel-Erfolgreich-Gestalten. Die sogenannten WEGE-Botschafter sollen als Kümmerer vor Ort fungieren und die Veränderungsprozesse (auch WEGE-Prozesse genannt) in die Fläche bringen. Zwei ehrenamtliche WEGE-Botschafter sollen die Bewusstseinsbildung in den Dörfern vorantreiben und vor Ort für konkrete Umsetzung der demografiesensiblen Entwicklungsstrategien werben (Verbandsgemeinde Daun, 2016).

Die Möglichkeiten, die im neuen Instrument vorgeschlagenen Kümmerer und ihre Aufgaben einzusetzen, sind in den Gemeinden somit größtenteils gegeben.

Um eine abgestimmte Entwicklungs- und Integrationsstrategie zu erarbeiten, sind in LVP die Bevölkerung und weitere wichtige Akteure der ländlichen Gemeinden miteinzubeziehen.

Folgende Akteure wurden dafür von Frau Soboth erdacht:

- Die kommunalpolitischen Gremien (Ortsbeiräte, Ortsgemeinderäte, etc.)
- Die Verwaltung der ländlichen Gemeinde
- Die Verwaltung des Kreises, sowie Vertreter der regionalen Ebene (LAG)
- Die Ämter für den ländlichen Raum (Dienststellen der Fachverwaltung)
- Die örtlichen Vereine und Verbände (Feuerwehren, Musikvereine, Sportvereine etc.)
- Die Kirchen und diakonischen Einrichtungen
- Banken, Sparkassen
- Lokale Wirtschaft, touristische/gastronomische Leistungsträger
- Architekten, Immobilienwirtschaft, Ingenieure
- Pflegeheime, Kindertagesstätten, Betreuungseinrichtungen
- Träger von Mobilitätsangeboten
- Helferkreise der Flüchtlingsarbeit, Migrantenvereine
- Umwelt- und Naturschutzgruppen

In den Gesprächen hat sich herauskristallisiert, dass ausnahmslos alle Gesprächspartner die Einteilung der Akteure als zweckmäßig und sinnvoll empfinden. In manchen Verbandsgemeinden herrscht derzeit ein Netzwerkproblem zwischen den unterschiedlichen Verwaltungsebenen. Insbesondere bei der nachhaltigen Integration von Migranten sind Netzwerke unter den einzelnen Ebenen jedoch von besonderer Wichtigkeit. Diese Problematik wird im neuen Instrument aufgrund der Einbindung von Akteuren aus allen Verwaltungsebenen direkt entgegengewirkt. Zudem umfasst LVP damit alle wichtigen Akteure für die unterschiedlichen Integrationsabschnitte. So besitzen Verwaltungen zu Beginn der Integration einen höheren Stellenwert. Allerdings verlagert sich die Priorität der Mitwirkenden im Laufe des Verfahrens auf die örtlichen Mitarbeiter, sowie die Vereine und Ortsbürgermeister.

Wichtigste Akteure sind nach Meinung der Ortsbürgermeister die Träger von Mobilitätsangeboten, da ein ausgeprägtes Mobilitätsnetz in den untersuchten Gemeinden kaum vorhanden ist. Nur mit einer funktionierenden Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Kreisverwaltung und den ÖPNV-Anbietern kann eine Mobilitätsnetzveränderung eintreten.

LVP bietet aufgrund der weit gefächerten Palette von Akteuren eine solide Grundbasis, um solche Problematiken nachhaltig zu lösen.

Als derzeit problematischsten Akteur nannten die Vertreter der Gemeinde Stahlhofen die Kirche und diakonischen Einrichtungen und sehen die Zusammenarbeit mit der Kirche und den anderen Beteiligten eher kritisch. Natürlich ist die Kirche aufgrund ihrer sozialen Angebotsstruktur ein wichtiger Akteur, im Laufe der derzeitigen Integrationsarbeiten traten jedoch oft Probleme bei der Projektvernetzung untereinander auf. Oftmals möchte die Kirche lieber ihre eigenen Projekte fördern, statt andere Integrationsangebote zu unterstützen, so der Ortsbürgermeister von Stahlhofen.

3.7 Akademien und Foren für den ländlichen Raum

Die Aufgaben der Akademie Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz reichen von Schulungsveranstaltungen zur Unterstützung der Akteure in den ländlichen Räumen bis hin zu Qualifizierungslehrgängen. Gleichzeitig dient sie als Informationsplattform für die einzelnen Parteien. Ziel der Veranstaltungen ist es, Akteure der ländlichen Entwicklung, aber auch engagierte Bürger bei ihren Entwicklungsprozessen in den Gemeinden zu unterstützen. Neue Erfordernisse, wie Integrationsaufgaben und veränderte Handlungsstränge, setzen zudem neue Kenntnisse bei den Beteiligten voraus und werden in den Akademien und Foren für ländliche Räume erlernt. Für den aktuellen Fall der Integration von Migranten, müssen die Instrumente, neben den üblichen Methodenkompetenzen, um neue entsprechende Informations-, Qualifizierungs- und Beratungsangebote erweitert werden. Zusätzlich sind Kümmerer speziell für Integrationsfragestellungen auszubilden. Um solch ein Konzept zielgerichtet zu erarbeiten, braucht es fachkundige Begleiter. Für die derzeitige Integrationslage benötigen Gemeinden mit kleinen Verwaltungen, aber auch Vereine, Organisationen und andere beteiligte Personengruppen wie ehrenamtlich Engagierte, komplexe Unterstützung, um die anfallenden Herausforderungen zu bewältigen. Insbesondere erfordert es eine fachliche Unterstützung, Begleitung und ggf. Moderationen der gemeinsamen Aktionen, wie auch Qualifizierung, Coaching und Begleitung zur Umsetzung und Entwicklung ihrer Ideen (ARGE-Landentwicklung, 2016).

Die Akademien und Foren für den ländlichen Raum sind in der Verbandsgemeinde Montabaur bekannt. Viele Kurse wurden von den Mitarbeitern schon interessiert betrachtet. Die Generationsbeauftragte möchte an den nächsten Akademietagen sogar teilnehmen. Für ehrenamtliche Helfer ist diese Art von Fortbildung noch mit gemischten Gefühlen zu

betrachten. Wie schon im Instrument „soziale Dorfentwicklung“ erwähnt, wurde die Idee von Fortbildungsangeboten als nicht brauchbar und zeitlich nicht umsetzbar eingestuft. Im Laufe des Gesprächs mit der hauptamtlichen Beraterin der Flüchtlingshelfer hat sich herausgestellt, dass für die Personengruppe der hauptamtlich Angestellten hingegen ein Interesse an Informationsveranstaltungen und Fortbildungsmöglichkeiten in Bezug auf Flüchtlingshilfe besteht.

3.8 Modellvorhaben

Der Sinn des Modellvorhabens ist es, modellhaft Vorgehensweisen zu erproben, um dadurch praktische Erfolgsmodelle für die Projektion auf andere Vorhaben zu erhalten. Modellvorhaben können somit nach ARGE-Landentwicklung, ein wichtiger Baustein zur ländlichen Entwicklung werden, da sie direkt spezielle Fragen behandeln, unter anderem auch Integrationsfragen, und als Leitfaden für andere Vorhaben dienen können.

Der Einsatz von Modellvorhaben kann bundesweit, sowie auch speziell in den Ländern, ausgeführt werden. In den vergangenen Jahren sind einige Programme mit einem Modellcharakter gelaufen, wie das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung. Prämierungen bereits vorhandener Projekte und Initiativen können zudem auch als Erfolgsmodellsammlung dienen. Einige dieser Auslobungen und Modelle besaßen schon Ansatzpunkte zur nachhaltigen Integration von Migranten.

Viele der Modelle wie „Unser Dorf hat Zukunft“ oder „Menschen und Erfolg“ waren in den Verbandsgemeinden bekannt und werden für eigene Projekte als Leitfaden genutzt. Ein Dorf aus der Verbandsgemeinde Montabaur hat sogar bei dem Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ erfolgreich mitgemacht. Frau Gläser, Generationenbeauftragte der VG Montabaur, bezog schon oft Wissen aus dem prämierten Projekt „Sorgende Gemeinschaft“ und besucht andere Gemeinden, um dort Ideen und Erfahrungsberichte zu sammeln (Generationenbeauftragte Montabaur, 2016).

3.9 Instrumente der Landsiedlung

Deutschland hat bereits 1954 auf der Grundlage des Reichssiedlungsgesetzes Fluchtsuchende in deutschen Gemeinden angesiedelt. Damals konnten 229.000 Familien Flächen kaufen, 188.000 Familien Kleinsiedlungen aufbauen sowie Nebenerwerbs- und Vollerwerbsstellen bedienen. Wichtige Akteure waren damals, neben den Siedlungsunternehmen mit ihrem Bodenfonds, die Siedlungs- und Landesrentenbank, die aus Steuermitteln ein Zweckvermögen für öffentliche Darlehen eingerichtet hatten. Diesen

Bestand nutzte man für den Bodenzwischenerwerb der Landgesellschaften und für die Erwerbsdarlehen.



Abbildung 3-2: Landsiedlungsgesellschaften Deutschland

(Quelle: blg-berlin.de)

Landsiedlung könnte dahingehend genutzt werden, Migranten einen temporären Wohnraum, eine wirtschaftliche Existenz und somit auch eine soziale Integration in die Dorfgemeinschaft zu gewährleisten. Der BLG würde damit ein wichtiger Akteur zur nachhaltigen Integration von Migranten werden.

Ob das Instrument für die Integration geeignet ist und die Landgesellschaften mit diesen Aufgaben beauftragt werden, muss eindeutig politisch entschieden werden. Hinzu kommt noch, dass Voraussetzungen wie verfügbare geeignete Flächen und eingerichtetes Zweckvermögen gegeben sein müssen.

Weder die Verbandsgemeinde Daun, noch die VG Montabaur fanden dieses Instrument umsetzbar. Als Möglichkeit für eine nachhaltige Integration wäre dieses Instrument nicht mehr zeitgenössisch. Viele früheren Landsiedlungsgebiete sind heute von Ghettobildung geprägt. Personen gleicher Kultur und somit auch Interessensgebieten schließen sich lieber zusammen und erachten dadurch eine Integration in die Gesellschaft als unnötig. Für eine nachhaltige Integration von Migranten ist dies somit kontraproduktiv. In keinem der

Deutschland verfügt über neun gemeinnützige Landsiedlungsgesellschaften, eingeteilt in zehn Flächenländern und zwei Stadtstaaten als Organe der Landespolitik zur Entwicklung ländlicher Räume. Aufgabe des Bundesverbands der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) ist es, ländliche Siedlungswesen, den Natur-, Land- und Tierschutz zu fördern, sowie die Realisierung und Weiterentwicklung von Maßnahmen zur nachhaltigen, integrierten Entwicklung und Neuordnung ländlicher Räume (BLG-Berlin). Das Instrument der

untersuchten Dörfer gab es zudem verfügbare, geeignete Flächen für eine Neuansiedlung. Derzeit wird in den ländlichen Gemeinden die Innenentwicklung gefördert. Ausschreiben von neuem Bauland entspricht, laut Abteilungsleiter der Bauverwaltung, aber genau gegen diese Innenentwicklungslinien. Die Möglichkeiten, dieses Instrument umzusetzen, sind somit sehr eingeschränkt (WEGE-Büro Daun, 2016).

4. Fristformen und Meinungen

In Gesprächen mit den Vertretern der drei Gemeinden, der Verbandsgemeinden und den ehrenamtlichen Helfern wurden neben Einsatzmöglichkeiten auch Fristformen und Meinungen zu den einzelnen Instrumenten besprochen. Diese wurden gesammelt und werden im folgenden Text erläutert und diskutiert. Das Für und Wider der einzelnen Instrumente wird mit Bezug der Ergebnisse einander gegenübergestellt und aufgezeigt. Ein erfolgsversprechendes Beispiel wird in Relation zu den drei exemplarisch dargestellten Gemeinden zum Schluss ausführlich aufgezeigt und erläutert.

4.1 Die Instrumente und ihr reeller Bezug zu den exemplarischen Gemeinden

Als erstes Instrument wird die **Schaffung von Arbeitsplätzen** aufgezeigt, das unter Berücksichtigung der Rechercharbeiten und deren Auswertung als mittelfristige Maßnahme eingestuft wurde, da die Migranten für freie Stellen vorgesehen werden und in reell wenigen Fällen für die Berufe, für welche sie qualifiziert sind und in welchen sie wahrscheinlich auch langfristig gedenken zu arbeiten.

Arbeitsplätze sind gerade für Migranten im ländlichen Raum eine Hauptvoraussetzung, um in der Gemeinde sesshaft zu werden. Ein fester Arbeitsplatz, oder auch eine Ausbildung, ist einer der ersten Schritte in Richtung einer dauerhaften Integration in die vorherrschende Gesellschaft. Gerade in Deutschland, wo eine vergleichsweise strenge Arbeitsmentalität herrscht und Menschen mit festem Job angesehener sind als solche ohne (siehe als Negativbeispiel Langzeitarbeitslose, die nicht selten aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden und mit Vorurteilen belastet sind), ist eine Anstellung eines der wichtigsten Kriterien für eine erfolgreiche Integration. Die Bevölkerung sieht damit, dass Migranten sich in die Gesellschaft einbringen, etwas leisten und dafür auch etwas zurückbekommen, nämlich Akzeptanz, ein festes Einkommen und die Möglichkeit, sich aktiv mit der vorherrschenden Kultur und Bevölkerung zu vernetzen.

Die Problematik hinter diesem Instrument ist jedoch, dass die aufgezeigten Gemeinden einen starken Mangel an Arbeitsplätzen aufweisen. Gemeinden wie Steineberg etwa verfügen gerade einmal über sieben Kleinstbetriebe, die nicht als spätere Arbeitgeber für Migranten fungieren können. Die meisten Bewohner der kleinen Ortschaften müssen selbst einen hohen Aufwand bringen, um zu ihren Arbeitsplätzen in den nächstgrößeren

Gemeinden oder Städten zu gelangen und somit ist es fast utopisch anzunehmen, dass Migranten in den Gemeinden Berufe finden, die sie dauerhaft ausüben können.

Die lokale Arbeitsbeschaffung ist zweifelsohne eine wichtige Maßnahme, allerdings lässt es sich aufgrund der oben aufgeführten Problematiken in vielen abgeschiedenen Regionen von Rheinland-Pfalz schlichtweg nicht wie geplant verwirklichen.

Als weiteres mittelfristiges Instrument lässt sich die **Anpassung der Daseinsversorgung** einstufen. Dies begründet sich dadurch, dass viele Integrationsprobleme, welche sich auch in diesem Bereich ergeben, nur in den Anfangsmonaten oder -jahren vorherrschen, bis Migranten sich selbstständig in der Gesellschaft zurechtfinden und fortbewegen können.

Ein großes Problem der ländlichen Gemeinden ist die unsachgemäße Daseinsversorgung. Dies bezieht sich, neben einer teilweise lückenhaften Grundversorgung, auch auf in den Gemeinden vorherrschende Integrationsangebote wie Sprach- oder Integrationskurse in örtlichen Einrichtungen. Oft ist es so, wie bereits in den vorhergegangenen Erläuterungen, dass eine Grundversorgung, vor allem in den kleinsten Dörfern, einfach nicht gewährleistet werden kann. Die vielen kleinen Betriebe und Wirtschaftszweige, die in den Dörfern einstmals existierten, haben kaum noch eine existentielle Grundlage, sind in die urbanen Gebiete ausgewandert oder haben einfach geschlossen. Um solche alltäglichen Dinge wie Einkäufe zu erledigen, muss man weite Wege bis zum nächsten Supermarkt zurücklegen und das ist für Menschen, die *nicht* mobil sind – und das sind Migranten zu Beginn des Integrationsprozesses – kaum machbar. Mobile Grundversorgungsstrukturen könnten hier Abhilfe schaffen, doch die Realisierbarkeit dieses Instruments lässt sich mit Rückblick auf die örtlichen Diskussionen teilweise kaum verwirklichen. Einige Gemeinden, wie beispielsweise Stahlhofen, nehmen diese mobilen und temporären Einrichtungen nicht wahr und wollen sie auch nicht akzeptieren, wodurch sie langfristig nicht gesichert sind. Eine weitere Problematik ergibt sich aus den Gewohnheiten und der Unkenntnis in Bezug auf einheimische Lebensmittel der Migranten. Viele unserer Nahrungsmittel haben nicht den religionstraditionellen Standard, den vielleicht arabische oder muslimische Speisen haben oder haben sollten. Deshalb kann es durchaus sein, dass Migranten sich lieber auf ausländische Spezialitätengeschäfte fixieren, statt deutsche Speisen, die die örtlichen Supermärkte und ebenso solche mobilen Grundversorgungseinrichtungen beherbergen, auszuprobieren. Diesem Instrument könnte, je nach Beschaffenheit und Eigenschaften der Gemeinschaften und Migranten, die Existenzgrundlage fehlen.

Die meisten Bürger, die in ländlichen Regionen leben, empfinden die lückenhafte Grundversorgung auch nicht als sonderlich schlimm, da in diesen Gegenden noch eine hohe

Nachbarschaftshilfe herrscht. Diejenigen, die kein Auto besitzen, bekommen Hilfe von denen, die eines haben und regelmäßig außerhalb einkaufen gehen. Viel wichtiger ist es, bei diesem Instrument auf die dorfgemäßen Gemeinschaftseinrichtungen einzugehen, welche ebenfalls unter die Daseinsversorgung fallen. Solche gesellschaftlich wichtigen Örtlichkeiten beherbergen viele notwendige Integrationskurse und soziale Schnittstellen, an welchen das Kennenlernen und gegenseitige Verstehen gefördert wird. Deshalb ist es wichtig, diese zu unterstützen.

Ein weiteres Instrument, welches nah an dem vorherigen ansetzt, allerdings eher als langfristig einzuordnen ist, ist die **Gestaltung von Mobilitätsnetzen**. Wie sich aus den zuvor genannten Problematiken herauskristallisiert, ist Mobilität vor allem im ländlichen Raum ein eklatanter Aspekt. Wer kein eigenes Auto besitzt, ist auf ausgewogene öffentliche Mobilitätsangebote angewiesen, da ohne diese viele der Aktivitäten schlichtweg nicht realisierbar sind.

Allerdings sind die Angebote derzeit rückläufig, wie in 3.3 „Gestaltung von Mobilitätsnetzen“ bereits ersichtlich wurde. Der vorgelegte Ideenansatz zur Mobilitätsenerweiterung durch die Einführung von Elektrofahrrädern ist sicher in einigen Regionen Deutschlands eine gute Maßnahme, in den hügeligen und stark bewaldeten Gebieten von Rheinland-Pfalz jedoch kaum eine Alternative. Insbesondere in den langen und kalten Wintermonaten – welche Migranten aus wärmeren Regionen ohnehin zu schaffen machen – wäre diese Mobilitätsalternative eher eine weitere, weniger angenehme Herausforderung statt eine Bereicherung.

Aufgrund dieses noch nicht ganz ausgereiften Lösungsansatzes, welcher sich auch nur individuell anwenden lässt, sollte die Gestaltung von Mobilitätsnetzen eine langfristige Maßnahme sein. Die Mobilitätsangebote werden in den nächsten Jahren ohne neue innovative Erweiterungen stetig schrumpfen. Dies ist ein großes Problem in den ländlichen Regionen, welches sich auch in den Exempeln widerspiegelt, und deshalb entsprechend Zeit und langfristige Ideen erfordert.

Neben den bisher diskutierten Instrumenten ist auch die **Umnutzung von Gebäudesubstanz** als eher langfristige Maßnahme anzusehen, welche einige positive Aspekte aufweist. Viele ländliche Gemeinden kämpfen gegen die wachsenden Leerstandzahlen, so auch die untersuchte Gemeinde Steineberg. Durch diese Leerstände verkommen die vorhandenen Bauten und die Ortszentren sterben aus. Eine Umnutzung dieser Bausubstanzen könnte den laufenden Prozess stoppen und zudem neue Wohnsituationen für die Schutzsuchenden schaffen, für die ein fester Wohnsitz ein

wichtiger Punkt in Sachen Integration und Ankommen in der neuen, sicheren Gesellschaft ist. Die überstrapazierten Erstaufnahmelager für Migranten würden somit entlastet und neues Leben in die aussterbenden Dörfer gebracht. Problematisch ist dabei jedoch, dass man nicht pauschal sagen kann, alle ländlichen Gemeinden und Dörfer seien von Leerständen betroffen. Von drei untersuchten Ortschaften wiesen zwei nicht nur keine Leerstände auf, sondern auch noch einen Mangel an freien Mietobjekten. In solchen Ortschaften ist dieses Instrument schlichtweg nicht umsetzbar.

Ein fester Wohnsitz ist in Summe, neben einer Arbeitsstelle, eine der wichtigsten Maßnahmen im Integrationsprozess. Eine langzeitliche Unterbringung vermittelt ein Gefühl des Ankommens und fördert die Bereitwilligkeit, sich in die vorherrschende Bevölkerung zu integrieren. Solche Wohnsitze sollten auch nicht temporär sein, sondern so gut es geht permanent, um die Migranten, die oftmals schwer traumatisiert sind, nicht noch mehr zu verschrecken. Für solche Vorhaben Leerstände zu nutzen, ist in jedem Falle eine gute Idee. Allerdings sollte man dabei berücksichtigen, dass nicht jede Ortschaft über solche verfügt und diese teilweise – wie in Steineberg beispielsweise – enorme Renovierungsarbeiten benötigen, um wieder als bewohnbar zu gelten, da sie schon sehr lange leer stehen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der in den bisher erwähnten Instrumenten wenig Beachtung fand, ist die **Soziale Dorfentwicklung**. Diese kümmert sich – neben den LVP, die ebenfalls noch genauer beleuchtet werden – um die soziale Integration der Migranten. Dies geschieht in diesem Instrument durch die Weiterentwicklung des dörflichen Lebens, welches mithilfe des engagierten Miteinanders der Bewohner gefördert werden soll. Hierbei ist es sinnvoll, die Ehrenamtsstrukturen übersichtlich zu koordinieren, um einen guten Überblick über die vorhandenen sozialen Integrationsprozesse zu erhalten und jedem Helfer und jeder Helferin die gleiche Unterstützung zukommen zu lassen. Eine solche Koordinierung wurde in den untersuchten Ortschaften bereits angestrebt. Allerdings stellte diese sich als weitaus schwieriger realisierbar heraus, als die Theorie vorsieht.

Viele ehrenamtliche Helfer engagieren sich spontan, wenn sie merken, dass ihre Hilfe gebraucht wird. Sie umgehen häufig in Unwissen oder aufgrund einer vorherrschenden Dringlichkeit die vorhergesehene Autoritätskette und wenden sich direkt an die nächste Kontaktperson – in diesem Falle die ehrenamtlichen Helfer – und nicht an die Verbandsgemeinde oder den Kreis, der die Ehrenamtlichen koordinieren soll. So wird die Verwaltungsebene umgangen und eine ordentliche Erfassung der Helfer erschwert. Dieses

Verfahren erklärt sich durch die oft noch stark vorherrschende Nachbarschaftshilfe der ländlichen Gemeinden, die eben direkt und unmittelbar dort hilft, wo Hilfe gebraucht wird. Aus den Maßnahmen der sozialen Dorfentwicklung sollten sich Kümmerer ergeben, die direkt mit den ersten Integrationsschritten und der Betreuung der Migranten beauftragt werden. Sie sollten Helfer mobilisieren, Bürger informieren, Mobilitäts- und Nachbarschaftshilfen anbieten, um die Organisation zu erleichtern. Diese Maßnahmen sollten jedoch nur mittelfristig angewandt werden und keinesfalls einen langfristigen Charakter entwickeln, da es im Integrationsprozess in jedem Falle erstrebenswert ist, den Migranten Eigenständigkeit zu vermitteln. Sie sollten nur als vorübergehende Hilfestellung dienen.

Im Verlauf der sozialen Integration spielen die **Lokalen Veränderungsprozesse** als Instrument eine wichtige Rolle. Im Gegensatz zu anderen Instrumenten haben die LVP einen stark lokal gebundenen Ablauf und finden deshalb direkt vor Ort statt. Eine individuelle Anpassung an die verschiedenen Bedürfnisse der Ortschaften ist daher möglich und wichtig. Den LVP liegt ein ganz wichtiges Prinzip zugrunde, nämlich das der Vernetzung der Gesellschaft. Die Gemeinschaft wird gestärkt und in einer gesunden Willkommenskultur gefördert, die die Integration unterstützt und erleichtert. Die einzige Problematik, die sich aus ihnen ergeben könnte, sind Bürger, die sich eventuell nicht engagieren wollen. Diese stellen jedoch zumindest in den untersuchten Gemeinden kaum ein Problem dar. In Vergleichsprojekten wie „Ich bin dabei“ der VG Montabaur beteiligen sich insbesondere pensionierte Bürger an der Integrationsarbeit, da diese über die nötige Zeit und Zuwendung verfügen, um solchen Prozessen nachzugehen. Sie sind ein wichtiger Bestandteil dieses Instruments. Für viele Berufstätige wird Integrationsarbeit eine Belastung darstellen, was den potentiellen Kreis der Kümmerer einschränken könnte. Allerdings sehen sich viele Mitbürger, die über vorangehende Instanzen ausreichend und gut informiert und in die ehrenamtliche Arbeit eingeführt wurden in der Lage, bei kleineren Schwierigkeiten oder Tätigkeiten gerne zu helfen. Insofern bieten die LVP durch das Prinzip der Kümmerer – auf welche ein besonderes Augenmerk gelegt werden sollte – eine soziale Struktur in ihrem Aufbau, die das Gemeinschafts- und Heimatgefühl verstärkt und die Integration somit maßgeblich positiv beeinflussen wird. Zudem ist das Instrument individuell anwendbar und bietet somit einen guten Leitfaden in der Arbeit mit Migranten. Die LVP Anwendungen decken durch ihre Integrationsschritte den vollständigen Zeitraum der Integration ab und können somit teilweise langfristig angewendet werden. Einzelne Funktionen, wie die

Einführung von speziellen Kümmerern, sind hingegen als mittelfristige Maßnahme anzusehen, die im langfristig angesetzten Prozess immer wieder auftreten können.

Viele der bisher aufgeführten Instrumente stellen eine große Belastung für die Gemeinden dar. Diese können durch **Akademien und Foren für ländliche Räume** mittelfristig entlastet werden, da Qualifizierungen und Lehrgänge vor und zu Beginn der Integrationsarbeit eine wichtige Rolle spielen.

Ein großer Pluspunkt der Akademie ländlicher Raum ist ein großflächiges Einzugsgebiet. Dadurch lassen sich in kürzester Zeit eine Vielzahl von Kümmerern aus den unterschiedlichsten Gebieten von Rheinland-Pfalz ausbilden. Ein Nachteil ist hingegen, dass die Angebote der Akademie rein freiwilliger Natur sind. Die Verbandsgemeinden können selbst entscheiden, ob ihre Kümmerer diese Art von Qualifizierungen benötigen oder nicht. Außerdem sind ehrenamtliche Helfer häufig keine Zielgruppe dafür. Aus den Gesprächen mit den ehrenamtlichen Helfern der untersuchten Gemeinden kristallisierte sich heraus, dass diese bereits zeitlich absolut ausgelastet sind und oft nicht auch noch über die Zeit verfügen, nebenbei Qualifizierungskurse zu belegen. Diese Kurse wirken zudem durch die zusätzliche Belastung, die damit einhergeht, abschreckend für die ehrenamtlichen Helfer. Die Angebote der Akademie sind dementsprechend eher für hauptamtliche Helfer und Vertreter der Gemeinden von Nutzen. Diese wiederum können dann fachlich unterstützend für die Ehrenamtlichen wirken.

All die bisher aufgeführten Instrumente haben ihre Vor- und Nachteile. Um diese genauer an die individuellen Ortschaften anzupassen, gibt es das **Modellvorhaben**. Dieses ist hilfreich, wenn neue Instrumente erprobt werden sollen. Das Modellvorhaben ist ein Forschungs-Praxis-Projekt von hoher Bedeutung, um Handlungsempfehlungen, Herausforderungen und Rahmenbedingungen zu erforschen. Somit ersparen sich insbesondere kleinere Gemeinden unnötige Arbeit, da sie sich auf Erfahrungen und Handlungssträngen von anderen verlassen können und neue Ideen aus dem Bestehenden ziehen können. Die Auszeichnung und Nominierung von besonderen Entwicklungsleistungen sind für die Dörfer zudem von hoher Wichtigkeit. Ihnen wird damit gezeigt, dass sie alles richtig gemacht zu haben und das spornt sie für weitere Maßnahmen an. Allerdings ist es den Gemeinden selbst überlassen, ob sie Ratschläge und gute Vergleichsbeispiele anschauen, daraus lernen und Prinzipien übernehmen wollen. Die entwickelten Rahmenbedingungen lassen sich außerdem nicht pauschal auf alle Gemeinden anwenden und erfordern somit trotz guter Umsetzbarkeit ein gewisses Maß an Arbeit.

Die Grundidee des Modellvorhabens ist es, Modellprojekte zu entwickeln und diese Maßnahme sollte langfristig eingesetzt werden, und auf immer neu anfallende Entwicklungsprozesse angewendet werden, nicht nur mittelfristig, wie es die meisten Gemeinden derzeit tun.

Das letzte langfristige Instrument ist auch zugleich eines, welches als permanent eingestuft werden kann, denn es handelt sich um das Instrument der **Landsiedlung**. Dieses soll Migranten die Möglichkeit bieten, sich ihre Wohn- und Arbeitssituation selbst aufbauen zu können. Die Landsiedlung könnte als großartiger Baustein für Migranten dienen, sich eine eigene Existenz im neuen Land aufzubauen und ein Heimatgefühl für diese neue Gesellschaft zu entwickeln.

Problematisch könnte es hierbei sein, dass die meisten Migranten, die derzeit Deutschland erreichen, stark traumatisiert sind und kaum mehr Kraft haben, sich eine komplett neue Existenz aufzubauen, wenn ihre alte im Krieg, der in der fernen Heimat herrscht, zerstört wurde. Eine bereits fertige Wohneinheit für die Migranten wäre bei diesem Hintergedanken vorzuziehen. Zudem haben laut einer Umfrage der syrisch-deutschen Initiative „Adopt a Revolution“ gerade mal 8% der Migranten den Wunsch, in Deutschland zu bleiben. Da es sich aber bei der Neuansiedlung um eine dauerhafte Maßnahme handelt, würde diese Integrationsmaßnahme gerade mal diese 8% der Migranten abdecken.

Die Landsiedlung als Instrument hat also durchaus Potential, allerdings auch seine Schwächen, was in jedem Fall individuell zu betrachten ist.

4.2 Erfolgsversprechendes Beispiel- Hofheimer Allianz

Als Erfolgsversprechendes Beispiel für die Anwendung der oben genannten Maßnahmen ist zweifellos die „Hofheimer Allianz“ zu nennen. Seit Beginn des Flüchtlingsstroms engagierte sich das Hofheimer Land vorbildlich für die Migranten, die in ihrer Region Schutz suchen. Die „Hofheimer Allianz“ wurde 2008 im Kreis Haßberg in Bayern gegründet und ist ein Zusammenschluss von sieben Gemeinden mit ca. 15.000 Einwohnern auf einer Fläche von knapp 300 km² (Uhlich, 2016).



Abbildung 4-1: Hofheimer-Allianz Mitglieder (Quelle: www.hofheimer-land.de)

Die Allianz hat sich zusammengeschlossen, um eine gemeinsame Verbesserung der Lebenssituation im nördlichen Landkreis Haßberge zu schaffen. Grundpfeiler sind hierbei die innergemeinschaftliche Selbsthilfe und gemeindeübergreifende Projekte.

Da es bis Anfang 2016 weder konkrete Handlungsweisen für die Eingliederung von Migranten, noch eine detaillierte Zukunftsplanung über Ausbildungs-, Arbeits-, oder Wohnbeschaffenheit gab, erstellte die Allianz ein Pilot-Programm unter dem Namen „Integration von Migranten im ländlichen Raum der Hofheimer Allianz“.

Das Programm

- stellt den Flüchtlingsfamilien im ländlichen Raum revitalisierte Häuser und Wohnungen zur Verfügung
- bemüht sich um Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten
- erarbeitet Lösungen bei schwieriger Verkehrsanbindung
- sucht und unterstützt die soziale Integration in den Gemeinden

All diese Programmpunkte gelten zunächst nur modellhaft für den Landkreis Haßberge/Unterfranken, sollen aber nach ausreichender Erfahrungssammlung ausgedehnt werden. Insgesamt sieht das Pilot-Programm die Flüchtlingssituation als Chance und nutzt sie für einen verknüpfenden Effekt zwischen „Wirtschaftsraum ländlicher Raum“ und „Integration von Flüchtlingen“. Erste Erfolge sind bereits zu erkennen (Uhlich, 2016).

4.2.1 Bekannte Entwicklungsinstrumente umnutzen

Da LVP noch nicht offiziell bekannt ist, nutzt die Hofheimer Allianz anstelle dieser Abläufe die von der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) geschaffene Organisationsstruktur und verknüpft diese mit der ehrenamtlichen Struktur des örtlichen Asylvereins „Freundeskreis Asyl“, um eine größere Effizienz und Durchschlagskraft der Organisationen, sowie eine intensive Verwurzelung in der Gesamtbevölkerung zu schaffen (Borst, 2016).

So wurden folgende ILE-Konzepte für die Asylarbeit umgenutzt:

Leerstandsmanagement	→	Wohnraum für Asylsuchende
Nachbarschaftshilfe	→	Unterstützung durch Ehrenamtliche
Nahversorgung schaffen	→	Einkaufsmöglichkeiten direkt vor Ort
Wirtschaftliche Entwicklung	→	Vermittlung von Arbeitsplätzen
Mobilitätskonzepte	→	Sicherstellung der dauerhaften Mobilität (Bürgerbusse/Carsharing)

4.2.2 Organisation / Asylkoordinator

Um das Pilot-Programm zu orientieren, müssen organisatorische Strukturen aufgebaut werden. Zeitliche, örtliche, personelle, sowie thematische Definitionen der Projekte sind festzulegen. Dabei soll es nur ein Minimum an Vorschriften geben, um allen Beteiligten Ideen- und Tatenfreiheiten zu lassen. Seit dem ersten August besitzt die Hofheimer Allianz eine eigene Asylkoordinatorin. Aufgabe dieser Koordinatorin ist es, Projekte zur Integration von Flüchtlingen umzusetzen und als Ansprechpartner für das Thema „Asyl“ im Gebiet der Hofheimer Allianz zu dienen (Uhlich, 2016).

4.2.3 Dezentrale, gesplitterte Verteilung

Als alternative Unterbringungsmethode zu dem Landsiedlungsprinzip nutzte die Region die Methode der dezentralen, gesplitterten Verteilung.

Die dezentrale Verteilung dient als Grundbasis, um alle weiteren Maßnahmen erfolgreich umsetzen zu können. Die Migranten wurden auf 22 von 26 Gemeinden verteilt, um sie dort nochmal jeweils auf eine bis zehn individuelle Unterkünfte zu verteilen. In Hofheim werden die Flüchtlinge nicht in Massenunterkünfte untergebracht, sondern verteilt in der Stadt und den umliegenden Ortschaften, so dass Kontakt mit den Einheimischen nahezu immer gegeben ist. Vorgesehen ist, dass sich innerhalb der Allianz-Region vier bis fünf von insgesamt sieben Kommunen finden lassen, die jeweils bis zu zwei Flüchtlingsfamilien

aufnehmen und somit im ersten Jahr etwa 25 Personen langfristig integriert werden können. Positiver Effekt dieser gesplitteten Unterbringung ist, dass sich, laut „Freundeskreis Asyl“, schon Freundschaften zwischen Dorfbewohnern und Migranten gebildet haben und in vielen Asylsuchenden der Wunsch aufgekeimt ist, in der bereitgestellten Unterbringung dauerhaft zu bleiben (Uhlich, 2016).

4.2.4 Helferkreise vor Ort schaffen

Auch im Hofheimer Land ist die Wichtigkeit der ehrenamtlichen Helfer und die Koordinierung dieser bekannt.

Seit 2014 betreut der Helferkreis „Freundeskreis Asyl Hofheim E.V.“ Asylbewerber im Gebiet der Hofheimer Allianz und ist ein wichtiger Kooperationspartner für das Pilot-Programm. Mit über 50 Mitgliedern, einem Team von acht Deutschunterrichtenden und einem Kreis von engagierten Helferinnen, betreut der Helferkreis derzeit mehr als 90 Migranten. Das Leistungsspektrum des „Freundeskreis Asyl“ ist weit gespannt und besitzt eine Vielzahl von Bildungs- und Gesundheitseinheiten wie Deutschkurse, Fortbildung, Verkehrserziehung, Internet und Medien, ärztliche und zahnärztliche Betreuung, Öffentlichkeitsarbeit, aber auch Freizeitbeschäftigungen in Form von Gartenarbeit, sportliche Betätigungen, Fahrradwerkstätten, Koch- und Backtreffen, Kulturwerkstätten, Opern- und Konzertabenden. Des Weiteren arbeitet der Verein mit Schulen und Kindergärten der Region zusammen. Ein besonderes Augenmerk legt der Helferkreis auf die Sprachförderung. Von Montag bis Donnerstag findet in Hofheim ein Integrationskurs der VHS Haßberg statt. Ergänzend dazu bietet der Verein noch ehrenamtlichen Unterricht, Hausaufgabenhilfe und Einzelnachhilfe an. Im Laufe der Zeit hat sich im Verein sowohl die Organisationsform von Einzelpersonenaufträgen zu Einsätzen mit kleineren, spezialisierten Arbeits-Gruppen, wie auch die Einsatzorte von speziellen Aktionen in Hofheim auf die komplette Nachbargemeinschaft geändert und der Situation angepasst. Aufgrund der langjährigen Integrationserfahrung, des koordinierten Helfersystems und des weit gefächerten Integrationsangebotes, ist der „Freundeskreis Asyl“ einer der wichtigsten Partner für die Allianz. (Uhlich, 2016)

4.2.5 Leerstandsrevitalisierung

Die Hofheimer-Allianz hat schon über 200 Gebäude revitalisiert, einen vermehrten Zuzug (auch von jüngeren Personen) in den Ortskernen zu verzeichnen und ist somit eine der erfolgversprechendsten Beispiele für das Instrument der Gebäudeumnutzung. Unterstützt

haben sie diese Projekte mit Eigenmitteln in der Höhe von über 1 Mio. €. Zur Nutzung der Leerstände durch Asylbewerber haben sie zwei Modellvorstellungen entwickelt (Uhlich, 2016):

Modellvorstellung 1:

Gemeinden, aber auch Behörden wie das Landratsamt oder die Bezirksregierung, mieten eine Immobilie zu günstigen Konditionen an. Die erforderlichen Restaurierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen werden, um Kosten zu sparen, in Eigenregie durch beispielsweise den eigenen Bauhof erledigt und später mit der Miete verrechnet (Refinanzierung).

Modellvorstellung 2:

Sollten die leerstehenden Immobilien nur durch einen Kauf erworben werden können, werden die notwendigen Mittel durch Spenden, einen Fond und/oder Unterstützungsprogramme aufgebracht. Das weitere Verfahren läuft wie unter 1 beschrieben ab.

4.2.6 Eigene Mobilität schaffen

Fehlende Mobilität ist auch im Pilot-Programm einer der Schwerpunkte. Um diese Problematik zu lösen, erdachte die Allianz eine Car-Sharing-Modelllösung. Das Modell soll wie folgt aufgebaut werden:

Falls sich die Migranten für eine langfristige Unterbringung im ländlichen Raum entschieden haben, werden diese, falls Interesse besteht, mit einer Fahrerlaubnis ausgestattet. Viele Migranten besitzen schon Fahrerführungen und haben in ihrer früheren Heimat eine Fahrerlaubnis besessen. Diese sind jedoch nicht durch Fahrprüfungen überprüft worden und deswegen in Deutschland ungültig. Finanziert werden sollen die Führerscheine erst durch eine Vorfinanzierung von Seiten des Landes. Besonders günstige Konditionen oder Zahlungsmodalitäten werden derzeit erarbeitet. Die neuen Führerscheinbesitzer können dann im Laufe der Zeit einen Teil der Kosten durch die Übernahme von Fahrdiensten für die Allgemeinheit zurück erarbeiten. Hauptkostenverursacher bei dem Modell sind die benötigten Fahrzeuge. Um die Kosten von privaten Fahrzeugen zu kürzen, erdachte die Allianz kostengünstige, eventuell gebrauchte Fahrzeuge vom Typ „Car-Sharing“ in den Ortschaften zu installieren. Das Ganze benötigt eine verbindliche Benutzungsordnung mit verpflichtenden Regeln für die Benutzer,

inklusive Fahrtenbuch. Sinn des Ganzen ist es, neue Fahrlinien, die zusammen mit den verantwortlichen ÖPNV erarbeitet werden, mit Kleinbussen zur Unterstützung des ÖPNV zu schaffen (Uhlich, 2016).

4.2.7 Technische Basis schaffen

In der heutzutage dauerhaft vernetzten Welt ist schnelles Internet zu einem Muss geworden. Viele Migranten halten über Interneteinrichtungen Kontakt zu ihrer Heimat und ihrer Familie. Ein wichtiger Schritt ist somit der Breitbandausbau in allen ländlichen Regionen. So auch in dem Allianzgebiet. In absehbarer Zeit soll auch der Haßberger Kreis einen Breitbandanschluss erhalten. Um diese verbesserte Technik zudem für alle nutzbar zu machen, werden momentan sowohl über ein Förderprogramm des Freistaates Bayern, als auch über private Initiativen finanzierte W-LAN Hotspots im Allianzgebiet ausgebaut (Uhlich, 2016).

4.2.8 Wirtschaftskontakte knüpfen

Die Hofheimer Allianz nutzt ihre engen Kontakte zu den örtlichen Betrieben, um für die Migranten möglichst wohnortnahe Einstiege in das Erwerbsleben zu schaffen. Erste Erfolge bei der Arbeitsbeschaffung sind nach Aussage der Hofheimer Allianz bereits zu verzeichnen (Uhlich, 2016).

5. Prioritäten für die Anwendung der Instrumente

Obwohl sich die analysierten Gemeinden in einigen Aspekten unterscheiden, zeigte die Untersuchung großes Potential für die Integration von Migranten in den ländlichen Räumen, die zu spezifischen Anforderungen an die allgemeine kommunale Integrationsarbeit führen. Aus diesen Anforderungen haben sich Handlungsprioritäten für die Integrationsarbeiten in den Gemeinden ableiten lassen.

Da Integrationsarbeit nicht nur von einer Seite aus erfolgen muss, sondern von beiden Parteien – integrierende Kommune wie auch zu integrierende Migranten –, lassen sich die Prioritäten ebenfalls in zwei Stränge unterteilen. Einerseits gibt es die Prioritäten, die auf Seiten der Gemeinde und der Bevölkerung liegen und deren Interessen und Ansichten vertreten. Andererseits gibt es Prioritäten, die explizit die Migranten betreffen. Im folgenden Abschnitt wird insbesondere auf die Prioritäten zu Beginn der Integrationsarbeit eingegangen. Die Einteilung dieser Schwerpunkte stützt sich auf die Ergebnisse der Interviews.

5.1 Prioritäten für die Gemeinde

5.1.1 Aufgabenverteilung zwischen Gemeinde und Kreis

Einige ländliche Gebiete, so auch die VG Daun, haben zum Zeitpunkt der Recherche keine Integrationskooperationen zwischen Landkreis und Verbandsgemeinde hergestellt, was sich in der Unwissenheit über die einzelnen laufenden Projekte widerspiegelt hat und zu folgender Schlussfolgerung führte:

Vernetzung zur Integrationsarbeitsaufteilung zwischen Landkreisen und kreisgehörigen Gemeinden sind aufgrund der geringen Integrationsangebotsdichte und der weiten Wege unabdingbar. Auch für die Bereitstellung und Erweiterung von infrastrukturellen Angeboten sind interkommunale Kooperationen von hoher Bedeutung, um die nötigen Angebote zu bündeln und gestreut anwenden zu können. Landkreise können zudem mit ihren meist überregionalen Vernetzungen, ihrem facettenreichen Know-how und ihren Ressourcen die Prozesse der Migrationsverwaltung in den kleineren Gemeinden unterstützen. Darum sollte eine regelmäßige und gute Verständigung zwischen Landkreis und Gemeinden über die Ziele, Aufgabenteilung und über die notwendigen Integrationsmaßnahmen stattfinden.

5.1.2 Willkommenskultur und Bürgergesellschaft stärken

Wolfgang Ewald, Bayrischer Referatsleiter, erklärte, dass eine nachhaltige Integration von Migrant*innen nur gelingen könne, wenn dieser gesellschaftliche Veränderungsprozess vor Ort, von Anfang an, aktiv gestaltet würde (Borst, W. 2016). Dies erfordere neben einer hohen kulturellen Offenheit auch den Willen des gemeinsamen Gestaltens. Instrumente wie Soziale Dorfentwicklung, Change Management und Lokale Veränderungsprozesse basieren stark auf sozialem Engagement und dem Zusammenhalt der Bürger. Instrumentelle Eigenschaften wie diese sind, insbesondere im einleitenden Abschnitt des Integrationsprozesses, von hoher Bedeutung. Die Instrumente sollten deswegen dahingehend genutzt werden, die Bürgergesellschaft zu stärken, eine Willkommenskultur zu gestalten und aktiv zu leben. Sinn dahinter ist es, direkt ein soziales Gemeinschaftsgefühl bei den Migrant*innen und Bürgern zu wecken und dadurch soziale Integrationsschritte von Anfang an zu erleichtern. In Zeiten der Veränderung – und sei es nur durch die Ankunft neuer Bürger – können zudem schnell abweisende Dorfkulturen entstehen. Menschen mit Migrationshintergrund stellen jedoch für viele ländliche Kommunen ein wichtiges Zukunftspotential dar. Die Verankerung einer neuen offensiven Willkommens- und Anerkennungskultur ist somit auch eine zentrale Zukunftsfrage für den ländlichen Raum. Bewohnern sollte die Aufnahme von Flüchtlingen als zukunftsfördernde Chance nähergebracht werden. Sie sollten direkt zu Beginn aufgeklärt und miteinbezogen werden, um eventuellen Anfeindungen direkt entgegen zu wirken. Um dieses Leitbild zu fördern und in der Gemeinschaft zu verankern, sind gezielte Informationsveranstaltungen hilfreich und empfehlenswert (Schader Stiftung, 2011).

5.2 Prioritäten für die Migrant*innen

5.2.1 Spracherwerb

Grundlage für eine nachhaltige Integration ist der Spracherwerb. Ohne einen funktionierenden Sprachtausch zwischen Migrant*innen und Bewohnern lassen sich nur schwer soziale Kontakte knüpfen. Viele Migrant*innen verständigen sich derzeit mit den sprichwörtlichen Händen und Füßen und oft im gebrochenen Durcheinander aus Deutsch und Englisch. Für knappe Unterhaltungen ist dies auch noch machbar. Komplizierte, längere Gespräche stellen jedoch eine Herausforderung dar. Die Migrationsbetreuerinnen aus Stahlhofen und Nentershausen erläuterten beide, dass es anstrengend und langwierig sei, tiefgreifende Gespräche mit den Flüchtlingen zu führen. Dorfbewohner, die keinen

regelmäßigen Kontakt zu Migranten pflegten, besäßen aufgrund dieser Sprachproblematik eine soziale Hemmschwelle. Das Knüpfen von sozialen Kontakten oder sogar Freundschaften weist deshalb von vornherein eklatante Barrieren auf. Besonders hervorzuheben sind hierbei nochmals die Migranten und Bürger in der Altersgruppe von dreißig Jahren und mehr. Jüngere haben oft, im Vergleich zu der so genannten Elterngeneration, geringere Probleme, sich im Notfall auf Englisch zu unterhalten. Nur knapp 29,5 Prozent der 30- bis 39-Jährigen können sich auf Englisch unterhalten. Bei den Jüngeren im Alter von 20 bis 29 liegt die Quote der Englischsprechenden schon bei über 54 Prozent (Quelle: www.Expat-news.com). Für ältere Migranten und Bürger wird es somit nochmals schwerer, sich auszutauschen.

Darüber hinaus sei es laut Aussage der ehrenamtlichen Migrationsbetreuer so gut wie unmöglich, einen festen Arbeitsplatz zu erhalten. Die Untersuchung hat gezeigt, dass einige Betriebe bereit sind, Migranten für Praktika und sogar für reguläre Berufsbeschäftigungen einzustellen. Die Hauptvoraussetzung für diese Anstellungen ist aber ausnahmslos immer eine fundierte Grundkenntnis der deutschen Sprache. Ein Betrieb in Nentershausen hat im Bewerbungsverfahren um eine Festanstellung das Auswahlkriterium nicht wie erwartet auf die Leistungen, sondern auf die sprachlichen Kenntnisse gelegt. Grund für dieses Kriterium sei, dass alle Migranten gleiche berufliche Voraussetzungen besäßen, aber man nur eine reelle Chance auf Anstellung habe, wenn die Bewerber in der Lage seien, Erklärungen und Handlungsabläufe auf Deutsch zu verstehen. Firmen und Unternehmen sehen somit die Einstellung nicht nur von der Integrationsseite, sondern auch von der wirtschaftlichen Seite. Migranten, die neben einer beruflichen Qualifikation noch die Deutsche Sprache beherrschen, sind eine Bereicherung für viele Unternehmen, stellen keine Belastung dar und wirken somit ansprechend für viele Unternehmen und Firmen, insbesondere im ländlichen Raum, wo ein hoher Fachkräftemangel herrscht (Ehrenamtliche Helferin Nentershausen und Stahlhofen, 2016).

5.2.2 Arbeitsschaffung

Eine Hauptvoraussetzung dafür, dass Migranten im ländlichen Raum sesshaft werden, ist neben einer dauerhaften Bleibe auch ein fester Arbeitsplatz. Dieser ist vorrangig zu behandeln, denn für einen dauerhaften und akzeptablen Wohnsitz, in dem sich die Migranten wohl- und angekommen fühlen können, ist ein fester Arbeitsplatz absolut vonnöten. Aus diesem Grund sollte der Arbeitsplatzbeschaffung eine vergleichsweise höhere Priorität beigemessen werden. Urbane Regionen besitzen neben einer kulturellen Diversität,

die für viele Migranten von hoher Wichtigkeit ist, auch eine größere Auswahl an Arbeitsplätzen. Für einige Migranten ist die Aussicht auf einen Arbeitsplatz folglich einer der Hauptgründe, sich in urbanen Regionen niederzulassen. Um diesem potentiellen Wegzug aus den ländlichen Regionen entgegenzusteuern, sollten Migranten nach Ankunft in den Gemeinden in Praktika und anderen Arbeitsformen untergebracht werden. Des Weiteren ist die Arbeit eine Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen.

5.2.3 Wohnraum

Wohnraum ist, insbesondere für Familien, ein wichtiger Integrationspunkt. Wohneigentum bedeutet für die Migranten nicht nur eine materielle Absicherung von Wohn- und Lebenssituation, es ist gleichzeitig ein Zeichen zur symbolischen Gemeindezugehörigkeit und eine Steigerung des sozialen Status. Ein fester Wohnsitz weckt zudem in vielen Schutzsuchenden ein Heimatsgefühl und das Gefühl, endlich angekommen zu sein und ist gerade für die traumatisierten Migranten von besonderer Bedeutung. Neben einer festen Arbeit ist für viele Migranten ein dauerhafter Wohnsitz von ebenfalls hoher Priorität und ein wichtiges Kriterium, um in ruralen Gebieten zu bleiben. Des Weiteren unterstützt das Wissen, über eine permanente Unterbringung zu verfügen, die soziale Integration. Es fällt vielen Migranten leichter, sich mit Nachbarn und anderen Dorfbewohnern anzufreunden, wenn man diese regelmäßig antrifft und sie zu bekannten Gesichtern werden (Ortsbürgermeister Nentershausen, 2016).

5.3 Fazit

Aufgrund der unterschiedlichen Integrationsstände in den ländlichen Gemeinden lassen sich im Allgemeinen keine Prioritäten festlegen. So sollte die Lage jeder Gemeinde separat analysiert werden und sich aus den Analyseergebnissen Prioritäten herauskristallisieren. Im Grunde besitzt jedes einzelne Instrument aufgrund seiner Vielschichtigkeit eine gleich hohe Priorität, jedoch zu unterschiedlichen Integrationszeitpunkten, weshalb sich keine Verallgemeinerungen treffen lassen. Gerade zu Beginn der Integration sind Instrumente, die sich um die Integrationsaufgabenerstellung und -leitung, Bevölkerungskultur und Bleibeperspektiven kümmern, von besonderer Wichtigkeit, um eine solide Basis für die weiteren Instrumente zu schaffen. Im späteren Verlauf der Integration sollte dann der Fokus auf Anwendungen für die Koordinierung, Weiterbildung der Integrationskurse und der Ehrenamtsstrukturen, sowie langzeitliche Maßnahmen wie Verbesserungen der Daseinsversorgung und der Mobilitätsangebote liegen, um eine dauerhafte und nachhaltige

Integration zu gewährleisten. Die Hauptpriorität sollte aber sein, Integration von Anfang an zu fördern und somit für alle Beteiligten gute Integrationslösungen zu finden.

6. Verbesserungsvorschläge

Im folgenden Abschnitt wird auf die Verbesserungsansätze für die folgenden Instrumente eingegangen: Schaffung von Arbeitsplätzen, Gestaltung von Mobilitätsnetzen und Lokale Veränderungsprozesse. Die Verbesserungsvorschläge stützen sich auf die Analyseergebnisse der Gespräche, welche mit Vertretern der drei Gemeinden, der Generationenbeauftragten der VG Montabaur und den ehrenamtlichen und amtlichen Migrationsbetreuern geführt wurden und somit direkt am tatsächlichen Integrationsprozess ruraler Gegenden entwickelt wurden.

6.1 Schaffung von Arbeitsplätzen im Pflegebereich

In dem Gespräch mit der Generationenbeauftragten der VG Montabaur kam auf, dass neben handwerklichen oder grünen Arbeitsplätzen auch Pflegeberufe eine berufliche Chance für die Migranten darstellen. Wirft man einen Blick in die Krankenhäuser und Altenheime unseres Landes, stellt man schnell fest, dass in allen Bereichen Personalmangel herrscht. So ist es auch in den ländlichen Regionen. Migranten könnten somit neue Träger dieses Berufszweigs werden. Spracherwerb und Qualifizierungen sind auch hierfür natürlich eine wichtige Voraussetzung.

In Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wird in den nächsten Jahren zudem der Anteil der Patienten, die aus anderen Kulturkreisen stammen, stark zunehmen. Begründung dafür ist die Altersstruktur der Zuwanderer. Der größte Teil der Migranten in Deutschland kam zwischen Mitte der 50er und Anfang der 70er Jahre, um den Deutschen Arbeitsmarkt zu unterstützen. Viele dieser Migranten sind auch heute noch ein Teil der Gesellschaft. Insgesamt 12,7% der deutschen Bevölkerung hat einen ausländischen Hintergrund. Die Pflege dieser Menschen stellt das derzeitige Pflegepersonal vor große Herausforderungen, da oftmals ein Unverständnis für die fremde Kultur vorliegt. Kultursensible Pflege wäre für diese Problematik eine Lösung. Unter kultursensibler Pflege versteht man die Pflege von Menschen, die einen anderen kulturellen Hintergrund haben als die Pflegekraft, mit Berücksichtigung der kulturellen Unterschiede. Pflegekräfte mit dem gleichen

Migrationshintergrund wie ihre Patienten, also auch Flüchtlinge aus den arabischen Regionen, wären eine potentiell passendere Pflegekraft, da sie sich unter anderem besser in die kulturellen Bedürfnisse der Patienten hineinversetzen können.
(Kultursensible Pflege, 2016)

6.2 Mobilitätsangebote verbessern

In einigen Gemeinden von Deutschland sind Mobilitätsangebote wie Schleifenbusse und Anruf-Sammel-Taxi schon ein Begriff. Angebote wie diese wären auch eine Möglichkeit, die bestehenden Mobilitätsangebote zu erweitern.

Das Prinzip des Anruf-Sammel-Taxis ist eine Mischung aus Taxi- und Busfunktion. Die AST fahren grundsätzlich zu Zeiten, in welchen keine Busverbindungen existieren und dienen als Ergänzung für die Fahrangebotslücken in den Abendstunden und am Wochenende. Die AST halten sich an vorgeschriebene Fahrlinien und müssen von den Gästen telefonisch bis 30 Minuten vor Abfahrtszeit vorbestellt werden (Montabaur, 2010). Schleifenbusse hingegen fahren nur eine Strecke zu festen Zeiten und ähneln vom Prinzip her dem normalen Busbetrieb. Die Busse funktionieren wie folgt: Der Schleifenbus fährt, wie der Name schon sagt, schleifenförmig durch die umliegenden Gemeinden und sammelt die Gäste ein, bringt diese in die nähere Stadt, verweilt dort für mehrere Stunden und fährt dann wieder die gleiche Strecke zurück. Im Gegensatz zu den AST sind die Schleifenbusse ein Teil des öffentlichen Personennahverkehrs und unterliegen den dort geltenden Bestimmungen (Stadt Selters, 2013).

Um diese schon vorhandenen Mobilitätsangebote weiterzuentwickeln und somit auch für Migranten ansprechender zu gestalten, kam in einer belebten Diskussion mit der Generationenbeauftragten und der ehrenamtlichen Helferin aus Stahlhofen auf, diese durch technische Bedienungsformen zu erweitern bzw. zu verbessern. Fakt ist, dass alle Migranten, insbesondere in den ersten Monaten ihrer Integration, mit starken Sprachbarrieren zu kämpfen haben und sich meistens nur über Gestik und Mimik unterhalten können. Telefongespräche sind somit undenkbar und eine unüberwindbare Hemmschwelle, so die Aussage der Flüchtlingsbetreuerin. Mögliche Mobilitätsangebote für Migranten wie das Anruf-Sammel-Taxi müssen allerdings telefonisch vorbestellt werden. Da Migranten sehr an ihre Smartphones gebunden sind, kam die Idee auf, diese Angebote durch auf das Smartphone gestützte Apps zu erweitern und somit beispielsweise die Terminvereinbarungen und Linienangebote über die App laufen zu lassen. Eine zusätzliche Erweiterung wäre dann noch, diese App in unterschiedlichen Sprachen anzubieten.

Im Instrument der Gestaltung von Mobilitätsangeboten wurde schon angesprochen, dass der Ausbau der Breitbandinfrastruktur für innovative und zukunftsweisende Lösungen der Mobilität ein wichtiger Aspekt ist. Im Laufe der Gespräche entwickelte sich der Ansatz, diesen Gedanken zu erweitern. Um das mobile Internet besser zu gestalten und die Internetangebote der neuen Mobilitätsangebote leichter nutzen zu können, wäre es sinnvoll, öffentliche Hotspots, insbesondere in öffentlichen Institutionen wie Ämtern, zu installieren.

6.3 Akteure der Lokalen Veränderungsprozesse

Wie im Unterpunkt 3.6 erwähnt, stellt sich LVP für eine abgestimmte Entwicklungs- und Integrationsstrategie Akteure aus folgenden Bereichen vor:

- Die kommunalpolitischen Gremien (Ortsbeiräte, Ortsgemeinderäte etc.)
- Die Verwaltung der ländlichen Gemeinde
- Die Verwaltung des Kreises, sowie Vertreter der regionalen Ebene (LAG)
- Die Ämter für den ländlichen Raum (Dienststellen der Fachverwaltung)
- Die örtlichen Vereine und Verbände (Feuerwehren, Musikvereine, Sportvereine etc.)
- Die Kirchen und diakonischen Einrichtungen
- Banken, Sparkassen
- Die lokale Wirtschaft, touristische und gastronomische Leistungsträger, sowie die Landwirtschaft
- Architekten, Immobilienwirtschaft, Ingenieure
- Pflegeheime, Kindertagesstätten, Betreuungseinrichtungen
- Träger von Mobilitätsangeboten
- Helferkreise der Flüchtlingsarbeit, Migrantenvereine
- Umwelt- und Naturschutzgruppen

Teil meines Fragenkatalogs war die Hinterfragung auf Ergänzungen und Zweckmäßigkeit dieser vorgesehenen Akteure.

Die ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuerin aus Nentershausen erklärte, eine der wichtigsten Ergänzungen in der Liste der Akteure seien Sprachkursleiter, die speziell auf die Flüchtlinge abgestimmte Sprachkurse entwickeln und eine dauerhafte Sprachbetreuung für Flüchtlinge, aber auch für Flüchtlingsbetreuer, gewährleisten. Viele ehrenamtliche Helfer verfügen oft über nur geringe Fremdsprachenkenntnisse so auch die Helferin aus Nentershausen und Stahlhofen, was zu großen Kommunikationsproblemen zwischen Migranten und Helfern

führt. Für alle Arten von Behördengängen, Arztbesuchen und insbesondere für Dokumentenbeschaffung bzw. -beglaubigung, benötigen die Migranten eine sprachliche Unterstützung. Gerade zu Beginn sind solche Maßnahmen von besonderer Wichtigkeit. Denn ohne gültige Dokumente und regelmäßige, effiziente Besuche beim Jobcenter sind weitere Integrationsschritte wie Arbeitsbeschaffung nicht möglich. Ein offizieller Betreuer, der speziell auf diese Problematiken ausgebildet ist, würde in vielen Situationen die benötigte Sprachhilfestellung leisten können.

In vielen Instrumenten der ARGE-Landentwicklung wird erwähnt, wie wichtig die Bürger für die Umsetzung dieser Maßnahmen sind. Doch kein Instrument sieht die Bürger so stark als Hauptakteure, wie die Lokalen Veränderungsprozesse. In den vorgeschlagenen Akteuren spiegelt sich dies jedoch nur gering wider. Zwar werden lokale Verbände und Vereine erwähnt, allerdings reicht dies einigen Vertretern der untersuchten Gemeinden nicht als örtlich zentralaktiver Akteur aus. Die Generationenbeauftragte, sowie die Leiterin der ehrenamtlichen Helfer der Verbandsgemeinde Montabaur, erläuterten, dass die Ergänzung in Form eines Dorfsprechers vonnöten sei. Die Funktion dieses Dorfsprechers ist mit dem der Kümmerer zu vergleichen. Der Dorfsprecher soll, genau wie die Kümmerer, alle wichtigen Integrations- und Entwicklungsinformationen kommunikativ weiterleiten und -verbreiten. Sinn dahinter ist es, die Bürger direkt zu Beginn aufzuklären und somit eine engagierte Willkommenskultur zu entwickeln. Wichtig ist ebenfalls zu erwähnen, dass das Kolloquium den Standpunkt vertrat, diese Kommunikationsaufgabe nicht dem Ortsbürgermeister zu übertragen. Grund für diese Einstellung ist, dass es in der VG Montabaur in der Vergangenheit einen Bürgermeister gab, welcher abweisend auf Migranten reagierte und dementsprechend keinen Anlass sah, seine Bevölkerung mit Informationen zu versorgen und sie einzuweisen und sich somit vollständig von der Integrationsaufgabe distanzierte. Die Folge dessen war, dass die Bewohner erst nach Wochen bemerkten, dass Migranten in ihrer Gemeinde Schutz gesucht hatten und ihre Unterstützung brauchten. Um diese unglückliche Situation nicht noch einmal aufkommen zu lassen und aus vergangenen Fehlern zu lernen, seien speziell mit dieser Aufgabe betreute Akteure sinnvoll.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der sich in den Gesprächen ergeben hat, war, dass die Akteure um Ansprechpartner der lokalen Schulen, insbesondere Volkshochschulen, weiterführende Schulen und Berufsschulen, erweitert werden sollten. Manche Migranten besitzen nur eine geringe Schulbildung oder sind sogar noch im schulpflichtigen Alter. Schulen könnten somit zu einer der ersten Integrationsschnittstellen für Migranten werden.

7. Allgemeines Fazit

Die zu Beginn durchgeführte Analyse der Gemeinden zeigte auf, dass insbesondere in den Bereichen Kulturunterschiede, lokale Daseinsversorgung, Arbeitsplatzchancen und Mobilitätsangebote Herausforderungen existieren. Viele ländliche Betriebe, wie der früher bekannte Familienbäcker, sind in den letzten Jahren aufgrund der geringen Kundennachfrage wirtschaftlich zu Grunde gegangen. Gleichzeitig haben sich viele Hauptarbeitgeber der ländlichen Regionen in die umliegenden Ballungsgebiete niedergelassen. Umso wichtiger wurde auf Grund dessen die Mobilität doch zeigt sich ein deutlicher Rückgang der öffentlichen Mobilitätsangebote.

In den Auswertungen der Gespräche wurde ein großes Umsetzungspotential einiger Instrumente ersichtlich, welche den oben genannten Problematiken entgegenwirken können. Viele Gemeinden haben in den letzten Monaten der Integration eigene Lösungswege entworfen und gelangten auf dieselben Erkenntnisse wie die ARGE-Landentwicklung. Handlungspunkte wie Gemeinschaftsleben, soziale Integration, Daseinsversorgung, Langzeitunterbringung, Arbeitsbeschaffung und Mobilität die im Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft erläutert sind, wurden in den untersuchten Gemeinden bereits größtenteils behandelt und sogar erfolgreich umgesetzt.

Darüber hinaus hat sich herausgestellt, dass alle Instrumente aufgrund ihrer Vielschichtigkeit eine gleich hohe Priorität, jedoch zu unterschiedlichen Integrationszeitpunkten, besitzen. Zu Beginn der Integration sind insbesondere Instrumente die sich mit der Integrationsaufgabenerstellung und -leitung, Bleibeperspektiven und Bevölkerungskulturen beschäftigen wichtig, da sie die Basis für weitere Handlungsaufgaben schaffen.

Nur in wenigen Einzelfällen wurden kleine Verbesserungsvorschläge für die Instrumente angemerkt. Verbesserungsvorschläge waren unter anderem: Erweiterung der potentiellen Arbeitsplatzchancen durch den Pflegebereich, technische Erweiterung von bereits vorhanden Mobilitätsangebote wie Schleifenbusse und Anruf-Sammel-Taxi sowie die Optimierung und Erweiterung der Akteure der Lokalen Veränderungsprozesse.

Als eins der wichtigsten Integrationsinstrumente hat sich eindeutig das Instrument Lokale Veränderungsprozesse herausgestellt, da es alle wichtigen Integrationsschritte für die Gemeinde beinhaltet. Ein bekanntes, afrikanisches Sprichwort besagt es braucht ein ganzes Dorf um ein Kind zu erziehen. Genauso braucht es eine offene, kümmernde Dorfgemeinschaft um Migranten zu integrieren. Es genügt nicht, wenn sich nur einzelne

Personen um eine Integration bemühen. Die Dorfgemeinschaft aber auch die Migranten müssen lernen zusammen zu agieren und ihre eigene Tatenkraft entdecken, um eine erfolgreiche nachhaltige Integration zu gewährleisten. Der soziale Zusammenhalt bildet die Stützpfeiler für eine gelungene Integration. LVP unterstützen diesen sozialen Weg und leitet die Bevölkerung mittels Kümmerer und Entwicklungsprojekten in eine selbstengagierte Entwicklungsrichtung.

Literaturverzeichnis

ARGE-Landentwicklung (2016): Positionspapier zur nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten in ländlichen Räumen

BLG-Berlin: Die gemeinnützigen Landgesellschaften.

<http://www.blg-berlin.de/die-gemeinnuetzigen-landgesellschaften/die-mitglieder/> (Datum des Zugriffs: 08.08.2016)

Borst, W. (2016): Unterstützung einer nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten: Herausforderungen und Chancen für Kommunen in ländlichen Räumen. In: Arge Ländlicher Raum (Hg.): Dokumentation der Veranstaltung im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung am 20.01.2016 in Berlin.

Ehrenamtliche Helferin Nentershausen (2016): Interview- Informationen zur Integration von Migranten. Interviewer- L. Weisbarth. (Datum des Interwies: 09.08.2016)

Ehrenamtliche Helferin Stahlhofen (2016): Interview- Informationen zur Integration von Migranten. Interviewer- L. Weisbarth. (Datum des Interwies: 05.08.2016)

Ewald, W. (2016): Weiterentwicklung und Einsatzmöglichkeiten der Instrumente der Landentwicklung zur Unterstützung nachhaltiger Integrationsprozesse. In: Arge Ländlicher Raum (Hg.): Dokumentation der Veranstaltung im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung am 20.01.2016 in Berlin.

Generationenbeauftrage Montabaur (2016): Interview: Informationen zur Integration von Migranten. Interviewer- L. Weisbarth. (Datum des Interwies: 26.07.2016)

Kultursensible Pflege (2016): Interkulturelle Kompetenz

http://www.kultursensibelpflege.de/interkulturelle_kompetenz.html (Datum des Zugriffs: 16.08.2016)

Leiterin der ehrenamtlichen Helfer Montabaur (2016): Interview: Informationen zur Integration von Migranten. Interviewer- L. Weisbarth. (Datum des Interwies: 26.07.2016)

Montabaur (2010): Anruf-Sammel-Taxi (AST)

<http://www.montabaur.de/montabaur/de/B%C3%9CRGERSERVICE/Verkehr%20-%20Busse%20&%20Bahnen/Anruf-Sammel-Taxi%20AST/> (Datum des Zugriffs: 17.07.2016)

Nentershausen (2016): Ortsgemeinde Nentershausen im Westerwald

<http://www.nentershausen-westerwald.de/> (Datum des Zugriffs: 01.07.2016)

Ortsbürgermeister Nentershausen (2016): Interview- Informationen zur Integration von Migranten. Interviewer- L. Weisbarth. (Datum des Interwies: 09.08.2016)

Ortsbürgermeister Stahlhofen (2016): Interview- Informationen zur Integration von Migranten. Interviewer- L. Weisbarth. (Datum des Interwies: 04.08.2016)

Ortsbürgermeister Steineberg (2016): Interview: Informationen zur Integration von Migranten. Interviewer- L. Weisbarth. (Datum des Interwies: 19.07.2016)

Rhein-Mosel-Bus (2016): Ortsgemeinde Nentershausen http://www.rhein-mosel-bus.de/bin/tmt_parser.pl (Datum des Zugriffs: 06.07.2016)

Rhein-Mosel-Bus (2016): Ortsgemeinde Stahlhofen http://www.rhein-mosel-bus.de/bin/tmt_parser.pl (Datum des Zugriffs: 29.07.2016)

Schader Stiftung (Hg.) (2011): Handbuch- Integrationspotentialen: Erfolgreiche Integration im ländlichen Raum - Handlungsempfehlungen und Gute Praxis-Beispiele

Soboth, A. (2016): Einsatz von Veränderungsmanagement zur Gestaltung nachhaltiger Integration von Migrantinnen und Migranten in ländlichen Räumen. In: Arge Ländlicher Raum (Hg.): Dokumentation der Veranstaltung im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung am 20.01.2016 in Berlin.

Soboth, A. (2016): Gestaltete lokale Veränderungsprozesse(LVP) - Change Management in der ländlichen Entwicklung. Flächenmanagement und Bodenordnung (fub) 03, 2016

Soboth, A. (2016): Lokale Veränderungsprozesse Kapitel 6. Dissertation, Gießen 2016

Stadt Selters (2013): Fahrplan Schleifenbus

http://www.stadt-selters.de/download/schleifenbus_flyer_web.pdf (Datum des Zugriffs: 17.07.2016)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2015, Nentershausen): OG Nentershausen.

<http://www.infothek.statistik.rlp.de/MeineHeimat/detailInfo.aspx?topic=14335&ID=3537&kke=0714304051&l=3> (Datum des Zugriffs: 01.07.2016)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2015, Steineberg): OG Steineberg.

<http://www.infothek.statistik.rlp.de/MeineHeimat/detailInfo.aspx?topic=14335&ID=3537&kke=0723301067&l=3> (Datum des Zugriffs: 05.07.2016)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2015, Stahlhofen): OG Stahlhofen.

<http://www.infothek.statistik.rlp.de/MeineHeimat/detailInfo.aspx?topic=14335&id=3537&kke=0714304072&l=3> (Datum des Zugriffs: 28.07.2016)

Steineberg (2016): Ortsgemeinde Steineberg

http://www.steineberg.de/joomla/index.php?option=com_content&task=view&id=13&Itemid=40 (Datum des Zugriffs: 05.07.2016)

Uhlich, E. (2016): Entwurf eines Pilotprogramms- Integration von Migranten im ländlichen Raum. Hofheimer Land. Unveröffentlicht

Verbandsgemeinde Daun (2016): Wege Botschafter

http://www.vgv-daun.de/vg_daun/Der%20WEGE-Prozess/WEGE-Botschafter/ (Datum des Zugriffs: 12.08.2016)

Verbandsgemeinde Montabaur (2016): Ehrenamtsinitiative: Ich bin dabei!

http://www.vg-montabaur.de/vg_montabaur/B%FCrgerservice/Ehrenamtsinitiative/

(Datum des Zugriffs: 15.08.2016)

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur (2015, Nentershausen): Ortsgemeinde und

Stadt, Nentershausen- Gemeindestatistik. (Datum des Zugriffs: 01.07.2016)

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur (2015, Stahlhofen): Ortsgemeinde und Stadt,

Stahlhofen- Gemeindestatistik. (Datum des Zugriffs: 28.07.2016)

Verkehrsverbund Region Trier (2016): Ortsgemeinde Steineberg <http://www.vrt->

[info.de/aushangfahrplan.php](http://www.vrt-info.de/aushangfahrplan.php) (Datum des Zugriffs: 06.07.2016)

WEGE-Büro Daun (2016): Interview: Informationen zur Integration von Migranten.

Interviewer- L. Weisbarth. (Datum des Interwies: 19.07.2016)

Positionspapier

**zur nachhaltigen Integration von Migrantinnen und
Migranten in ländlichen Räumen**

Landentwicklung im Lichte der Flüchtlingssituation

17. Februar 2016

Mitglieder des Arbeitskreises I „Grundsatzangelegenheiten“ der ArgeLandentwicklung

Juergen Blucha, Schleswig-Holstein
Detlef Brodtmann, Schleswig-Holstein
Dr. Friedhelm Budde, Niedersachsen
Rudolf Dielmann, Rheinland-Pfalz
Thomas Ebert-Hatzfeld, Sachsen
Wolfgang Ewald, Bayern
Karl-Heinrich Franz, Hessen
Andrea Heidenreich, Baden-Württemberg
Klaus-Dieter Karweik, Niedersachsen
Prof. Axel Lorig, Rheinland-Pfalz
Barbara Meierhöfer, Saarland
Dr. Ulrich Neubauer, BMEL, Berlin
Dr. Karl-Martin Prell, Thüringen
Thomas Reimann, Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Michael Schaloske, Nordrhein-Westfalen
Michael Stief, Sachsen-Anhalt
Tobias Wienand, Brandenburg

unter Beratung und Mitwirkung von

- Gerlinde Augustin, Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL) Thierhaupten
- Dr. Maren Heincke, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)

unter wissenschaftlicher Vorarbeit, Beratung, Mitwirkung und redaktioneller Bearbeitung

- Andrea Soboth, Institut für Regionalmanagement (IFR)

Leitung: Vorsitzender des AK I, Ministerialrat Prof. Axel Lorig, Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz

Inhaltsverzeichnis

1. Herausforderungen und Handlungsdruck.....	4
1.1. Einleitung.....	4
1.2. Potenziale der ländlichen Räume und Chancen durch Zuwanderung	4
1.3. Aktuelle Herausforderungen und Leitlinien der Landentwicklung	5
2. Instrumente der Landentwicklung und ihre Anwendung mit Blick auf die nachhaltige Integration von Migranten	6
2.1. Wandel in den Köpfen	6
2.2. Integrierte Entwicklungskonzepte - ILEK.....	6
2.3. ILE-Regionalmanagement.....	7
2.4. Kommunale Entwicklungskonzepte	8
2.5. Entwicklung von Dörfern und kleinen Städten	8
2.6. LEADER	9
2.7. Fazit	10
3. Weiterentwicklung des Instrumentariums	11
3.1. Schaffung von Arbeitsplätzen in grünen Berufen, Handwerk und Dienstleistungen.....	11
3.2. Anpassungen in der Daseinsvorsorge	11
3.3. Gestaltung von Mobilitätsnetzen.....	12
3.4. Umnutzung von Gebäudesubstanz	13
3.5. Soziale Dorfentwicklung, Gestaltung von sozialen Netzwerke und Aktivierung ehrenamtlichen Engagements	13
3.6. Neues Instrument „Lokale Veränderungsprozesse“ LVP	14
3.7. Akademien und Foren für ländliche Räume.....	15
3.8. Modellvorhaben.....	16
3.9 Instrumente der Landsiedlung	17
4. Handlungsempfehlungen.....	18

Hinweis:

Im hier vorliegenden Positionspapier wird sich aus Gründen der Lesbarkeit auf die Nennung der männlichen Form beschränkt. Selbstverständlich ist damit immer auch die weibliche Form eingeschlossen.

1. Herausforderungen und Handlungsdruck

1.1. Einleitung

Urbane Zentren und ländliche Räume stehen angesichts der hohen Zahl an Flüchtlingen, die aus unterschiedlichen Gründen Schutz suchen und Asyl in Deutschland beantragen, vor immensen Herausforderungen. Das betrifft die Erstversorgung, aber auch die nachfolgende Integration von Menschen mit Bleibeperspektive.

Bei hohen Anerkennungsquoten ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der eingereisten Menschen dauerhaft in Deutschland Aufnahme findet. Auch wenn davon auszugehen ist, dass viele Asylsuchende mit Bleiberecht in Metropolen, urbanen und stadtnahen Räumen leben werden, sind die ländlichen Kommunen gefordert, annehmbare Lebensbedingungen für die Menschen zu gewährleisten, die ländliche Gemeinden oder kleine Städte als ihren Lebensmittelpunkt wählen.

Ländliche Räume bieten Chancen für die Integration von Migranten. Deshalb befasst sich dieses Positionspapier mit den Beiträgen der Landentwicklung zur Integration von Migranten in ländlichen Räumen. Herausragendes Ziel der Landentwicklung ist es, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für die ländlichen Räume in Deutschland insbesondere unter den Bedingungen der Globalisierung und des demografischen Wandels nachhaltig zu sichern. Dieses Ziel wird auch weiterhin unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung verfolgt.

1.2. Potenziale der ländlichen Räume und Chancen durch Zuwanderung

Ländliche Räume sind vielgestaltig und haben mit Blick auf die Integration von Migranten spezifische Potenziale. Dazu zählt die Überschaubarkeit einer Dorfgemeinschaft, das große Engagement der Bürger und von vielen ländlichen Akteuren. Kleinere Strukturen machen einen persönlichen und direkten Kontakt leichter, in Dörfern findet sich häufig ein hohes Gemeinschaftsgefühl. Nachbarschaft wird in vielen Bereichen gelebt, Bürger engagieren sich ehrenamtlich im Dorf- und Vereinsleben und betätigen sich zum Wohle der Gemeinschaft.

Diese Potenziale sind es vor allem, die mit Blick auf die Integration von Migranten eine Willkommenskultur begründen und daher positiv wirken können. Viele Beispiele gelungener Integration bauen genau auf diesen Faktoren auf, wie eindrucksvoll die prämierten Initiativen beim Wettbewerb „Menschen und Erfolge“¹ und andere Projekte verdeutlichen.

Ländliche Räume entwickeln sich in wirtschaftlicher und demografischer Hinsicht unterschiedlich. So ist die Aufnahmefähigkeit von Migranten in prosperierenden Regionen anders zu beurteilen als in peripheren Räumen. Durch Zuwanderung von Migranten können sich auch Chancen ergeben, ohne dass sich dadurch die Probleme des demografischen Wandels grundlegend verändern. Aspekte wie Leerstand, Infrastruktur in ländlichen Gemeinden oder Fachkräftemangel sind aber neu zu bewerten und im Zusammenhang mit der Landentwicklung zu beachten.

Neben der Einbeziehung von arbeitsberechtigten Migranten in den Arbeitsmarkt ist die Versorgung mit Wohnraum ein zentrales Problem. Eine nachhaltige Integration gelingt nur in der Ermöglichung eines eigenständigen Lebens, hier ist die eigene Wohnung eine wichtige Voraussetzung. Leerstehende Gebäude in ländlichen Kommunen könnten teilweise für Gemeinschaftsunterkünfte und eigene Wohnungen genutzt werden, sofern die

¹ Die Wettbewerbsrunde „Menschen und Erfolge“ des BMUB 2015 hat 17 Projekte unter dem Motto „In ländlichen Räumen willkommen“ ausgezeichnet, die Flüchtlingen eine neue Heimat geben (vgl.: <http://www.menschenunderfolge.de/>)

Rahmenbedingungen (Gebäudesubstanz) geeignet sind und eine Integration in die Dorfgemeinschaft bzw. Nachbarschaft möglich ist.

Bei einer nachhaltigen Integration von Migranten besteht ein Mehrbedarf an Daseinsvorsorge. Bspw. haben Kinder und Jugendliche ein Recht auf Betreuung und Bildung – dies sind neue Nutzer für Kitas und Schulen. Dies kann als Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge gesehen werden, wenngleich darauf hinzuweisen ist, dass dies zu einer qualitativen Weiterentwicklung in den Einrichtungen führen muss (interkulturelle Kompetenz, Sprachkompetenz etc.).

Die Zuwanderung kann auch vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft als Chance gesehen werden. Viele der jungen Migranten möchten sich hier eine Existenz aufbauen und eine Familie gründen. Dies kann in den ländlichen Räumen verjüngend wirken. Zudem herrscht in vielen Bereichen Fachkräftemangel, beispielsweise in der Landwirtschaft, im Tourismus und in der Pflege. In bestimmten Branchen könnten diese Menschen Beschäftigung finden. Damit dies gelingt, ist jedoch eine schnelle Integration der Menschen in den Arbeitsmarkt erforderlich (Sprachkurse, Anerkennung von beruflichen Qualifikationen etc.). Für die ländlichen Räume besonders zu betrachten ist, welche Chancen sich in den grünen Berufen ergeben.

Die Integrationsaufgabe wird deshalb auch als Chance für die ländlichen Räume gesehen, da diese mit helfen kann, demografischen Auswirkungen zu begegnen. Wie diese Aufgabe in die Landentwicklung hineinwirkt, soll nachfolgend angerissen werden.

1.3. Aktuelle Herausforderungen und Leitlinien der Landentwicklung

Die nachhaltige Integration von Migranten kann nur gelingen, wenn dieser gesellschaftliche Veränderungsprozess vor Ort in den Dörfern, ländlichen Gemeinden und kleinen Städten, in den Landkreisen und Regionen aktiv gestaltet wird. Dies erfordert eine hohe kulturelle Offenheit und den Willen des gemeinsamen Gestaltens. Dazu ist eine transparente Kommunikation über auftauchende Probleme in diesem Prozess zwingend. Denn: Nicht überall ist davon auszugehen, dass eine Willkommenskultur verankert und gelebt wird. Auch sind nicht immer die Rahmenbedingungen ländlicher Räume für eine nachhaltige Integration von Migranten optimal. Das betrifft z.B. Regionen mit Mobilitätserschwerenissen oder ungenügenden Beratungs- und Begleitungsangeboten.

Auf diese und andere Herausforderungen werden ländliche Räume für sich spezifische Antworten finden müssen. Die Landentwicklung kann dabei einen Beitrag leisten. Das Positionspapier orientiert sich in Inhalt und Gliederung weitgehend an den „Leitlinien Landentwicklung“ der ArgeLandentwicklung, wobei die Instrumente der Landentwicklung mit Blick auf die Anwendung zur nachhaltigen Integration von Migranten beurteilt werden. Zudem werden Hinweise zur grundsätzlichen Weiterentwicklung des Instrumentariums gegeben².

² Die in den „Leitlinien Landentwicklung“ dargestellten Instrumente Bodenordnung, Breitbandversorgung, Gestaltung von Wegenetzen, Begrenzung der Flächeninanspruchnahme und Umsetzung ökologischer Fachplanungen haben für die Landentwicklung weiterhin hohe Bedeutung, werden jedoch in diesem Positionspapier mit Blick auf das Thema nicht weiter betrachtet.

2. Instrumente der Landentwicklung und ihre Anwendung mit Blick auf die nachhaltige Integration von Migranten

Zur Bewältigung der Herausforderungen in ländlichen Räumen initiiert und begleitet die Landentwicklung auf kommunaler und regionaler Ebene Entwicklungsprozesse maßgeschneidert und kundenorientiert und bietet vielfältige Lösungen an. Es gilt diese Möglichkeiten gezielt auch zur dauerhaften Integration von Migranten in den ländlichen Räumen einzusetzen. Dabei kommen insbesondere nachfolgende Instrumente in Frage:

2.1. Wandel in den Köpfen

„Wandel in den Köpfen“ - synonym für den Einsatz von Change Management zur Gestaltung von Veränderungsprozessen - kann für die nachhaltige Integration von Migranten in ländlichen Räumen eingesetzt werden.

Es ist ein Instrument, das gezielt für die Gestaltung von Veränderungsprozessen konzipiert ist und in der praktischen Anwendung vor allem für den Umgang mit dem gesellschaftlichen, insbesondere dem demografischen Wandel erprobt wurde. Hier stand bisher vor allem die Auseinandersetzung mit dem „Weniger“ und dem „Älter“ auf der Agenda, im Einsatz für die nachhaltige Integration von Migranten ist das „Bunter“ zu betonen.

Neben der Landentwicklung konnte Change Management bereits erfolgreich im Bereich von Integrationsprozessen eingesetzt werden.

Grundsätzlich ist dieses Instrument auf die Gestaltung langfristiger Prozesse ausgerichtet und weist von Anfang an eine hohe Umsetzungsorientierung auf. Besonders herauszuheben ist die Entwicklung aus der Vision heraus. Hier steht dahinter, dass ein wünschenswertes Bild der Zukunft geschaffen werden muss, das die weitere Entwicklung orientiert. Dass eine intensive Erarbeitung einer neuen Vision notwendig ist, korrespondiert mit der Entwicklung einer kulturellen Offenheit, die Basis für eine gelingende Integration ist.

„Wandel in den Köpfen“ spricht alle an, denn solche Veränderungsprozesse müssen breit gesellschaftlich getragen werden. Der Einsatz von „Kümmerern“, die kleinteilig vor Ort den Prozess begleiten, ist daher wichtig. Fokussiert sich der Veränderungsprozess auf die nachhaltige Integration von Migranten, muss über viele Fragen intensiv, breit und kleinteilig vor Ort informiert und diskutiert werden. Hier können „Kümmerer“, die für diese Fragen auch qualifiziert sprechen können, wichtige Multiplikatoren sein. Das erfordert, „Kümmerer“ gezielter für Integrationsfragestellungen auszubilden und einzusetzen.

Dieses vergleichsweise neue Instrument der Landentwicklung ist für die hier aufgerufene Fragestellung sehr geeignet, da die Prozessanlage auf Probleme passt, die bei der nachhaltigen Integration von Migranten gelöst werden müssen.

2.2. Integrierte Entwicklungskonzepte - ILEK

Integrierte Ländliche Entwicklungskonzepte (ILEKs) als strategisch-planerische Grundlage haben die Aufgabe integriert auf alle Bereiche zu blicken, die die Entwicklungsfähigkeit ländlicher Regionen berühren. Dazu gehört auch die Integration von Migranten, die in diesem Umfang als eine neue strategische Aufgabe in der ländlichen Entwicklung gesehen werden kann.

Die Konzepte bauen dabei neben einer Bestandsaufnahme auf einer Stärken-Schwächen-Analyse auf und leiten daraus Handlungsfelder und Projektportfolios ab. Mit ihnen wird zudem der Einsatz der Umsetzungsinstrumente der Landentwicklung geprüft und vorbereitet.

ILEKs sind geeignet, für die hier aufgerufene Fragestellung konzeptionell eingesetzt zu werden. Besonders herauszuheben ist dabei, dass sie durch ihren integrierten Ansatz den Anspruch haben eine Strategie für die gesamte ländliche Region zu erarbeiten. ILEKs sind keine spezifischen Fachkonzepte, sondern haben die Belange der Region sowie künftig auch der Migranten als „neue Bevölkerung“ zu berücksichtigen.

Sie können daher einen konzeptionellen Rahmen liefern, um analytisch neue Bedarfe zu analysieren und mit den bisher formulierten Notwendigkeiten der ländlichen Entwicklung abzugleichen. Dazu müssen vorhandene ILEKs jedoch in Umfang und Tiefe weiterentwickelt werden.

ILEKs werden beteiligungsorientiert erarbeitet, so dass Formate der Information und Beteiligung von Bürgern und Akteuren etabliert sind. Diese können für die hier aufgerufene Fragestellung zur Bewusstseinsbildung und Akzeptanzförderung genutzt werden und einen Raum für notwendige Diskussionsprozesse liefern. Der Prozess der ILEK-Erarbeitung sollte mit Blick auf die nachhaltige Integration von Migranten intensiver werden und sich ggf. in Schwerpunkten unterschiedlich fokussieren.

Die Bewältigung des demografischen Wandels (neben anderen Herausforderungen) war und ist Anlass ein dichtes Netz integrierter Konzepte in ländlichen Räumen zu erarbeiten. Diese Konzeptionen sind nun inhaltlich hinsichtlich der Möglichkeiten für eine nachhaltige Integration von Migranten zu erweitern. Die bestehenden ILEKs sollten daher fortgeschrieben werden.

Die Weiterentwicklung der Konzepte ist über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) förderfähig. Diese Fortschreibung sollte prozesshaft unter enger Einbeziehung der Gemeinden und aktiver Beteiligung der Bürger und Akteure erfolgen.

2.3. ILE-Regionalmanagement

Mit einem ILE-Regionalmanagement wird die Umsetzungsphase eines ILEKs begleitet. Hier steht die praktische Umsetzung von Projekten insbesondere auf interkommunaler und kommunaler Ebene im Vordergrund. Dabei kann das ILE-Regionalmanagement die Umsetzung einzelner Projekte in der Form des Projektmanagements übernehmen. Mit dem ILE-Regionalmanagement sollen die Bevölkerung aktiviert sowie praktische und erlebnisorientierte Aktionen in den Regionen angestoßen werden. Die wichtigste Aufgabe des ILE-Regionalmanagement besteht darin, Impulse zu geben, die verfügbaren Ressourcen zu planen und zu verwalten, Verhandlungen zu führen und Entscheidungsprozesse zu moderieren. Das ILE-Regionalmanagement ist wichtiges Bindeglied zwischen den regionalen Akteuren und der öffentlichen Verwaltung und kann durch die GAK gefördert werden. Damit können - sofern dies im ILEK angelegt ist - konkrete Projekte, die sich mit nachhaltigen Integrationsfragen beschäftigen, in die Umsetzung gebracht werden. Ggf. ist die Zusammenarbeit mit der LEADER-Region möglich, sofern sich die Gebietskulissen überlagern.

Als besonderer Vorteil, der sich aus dem integrierten Ansatz ergibt, ist die Möglichkeit der Umsetzung von Projekten, die sich an den Entwicklungsbedürfnissen der lokalen Bevölkerung orientieren. Die nachhaltige Integration von Migranten als neue, aber nicht alleinige Aufgabe ländlicher Entwicklungsprozesse zu sehen und sie in einen umgreifenden Prozess einzubinden, kann zu einer besseren Akzeptanz der Integrationsaufgaben führen.

Ein ILE-Regionalmanagement richtet sich zudem an die lokale Ebene und hat dabei besonders im Fokus, was das Zusammenwirken von öffentlichen, privaten und zivil gesellschaftlichen Akteuren bewirken kann. Hier ist die Integrierte ländliche Entwicklung bisher immer besonders stark.

Die lokalen Akteure sind diejenigen, die bei einer nachhaltigen Integration von Flüchtlingen besonders aktiv sein können. Ein ILE-Regionalmanagement ergänzt hierbei staatliches Handeln (bspw. die Kreisebene mit der Erstellung konkreter Integrationskonzepte für den Landkreis). An der Schnittstelle zwischen Staat und Zivilgesellschaft kann bei entsprechender Ausrichtung viel Positives entstehen. Dazu ist das zu beteiligende Akteursnetzwerk jedoch zu verändern, indem neue Akteure eine stärkere Bedeutung erhalten (wie z.B. Kirchengemeinden, kulturelle Träger, Flüchtlings-Helferkreise).

Mit dem ILE-Regionalmanagement kann damit in besonderem Maße die Integration von Migranten in der Region unterstützt werden. Die Erfahrungen bei der Aktivierung der Bürger, in der Moderation und beim Aufbau von Netzwerken können sofort nutzbringend eingesetzt werden. So kann bspw. zusammen mit den Gemeinden ein Netzwerk aus Funktionsträgern und Ehrenamtlichen aufgebaut werden, in das alle relevanten fachlichen Themen und Fragen zur Integration (z.B. Unterbringung, Kindergarten, Schule, ärztliche Versorgung, Arbeitsplätze, Vereine, Sozialfragen, Mobilität etc.) eingebunden sind. Darüber hinaus gilt es, das bürgerschaftliche Engagement, das Vereins- und Gemeindeleben, den sozialen Zusammenhalt sowie die Dorfkultur für eine erfolgreiche Integration der neuen Mitbürger zu nutzen und so eine Willkommenskultur aufzubauen.

Dieses Instrument für die nachhaltige Integration von Migranten sollte weiterentwickelt werden. Die Prozessorientierung ist dabei zu stärken, entsprechende Ressourcen müssen ergänzt werden. Die nachhaltige Integration von Migranten ist eine neue, komplexe und kommunikationsintensive Aufgabe die neben das bestehende Aufgabenportfolio gestellt wird.

2.4. Kommunale Entwicklungskonzepte

Ziel gemeindlicher Entwicklungsprozesse (länderspezifisch: IKEK Integriertes Kommunales Entwicklungskonzept, IGEK Integriertes Gemeindliches Entwicklungskonzept) ist es, im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes Anpassungserfordernisse und Anpassungsstrategien in allen Bereichen der kommunalen Entwicklung aufzuzeigen, die durch den demografischen und sozio-ökonomischen Wandel und andere Herausforderungen betroffen sind und für die die Kommune Verantwortung trägt.

Im Ergebnis sind kommunale Entwicklungskonzepte ein praktikables, auf einen mittelfristigen Zeithorizont angelegtes Planungsinstrument. Sie dienen als Orientierungshilfe zur Einordnung öffentlicher und privater Planungen und Projekte in den gemeindlichen Zielrahmen und regionalen Zusammenhang. Sie erfüllen zugleich die Funktion eines Steuerungs- und Kontrollinstruments, mit dessen Hilfe überprüft werden kann, in welchem Umfang die gesetzten Ziele der Stadt- bzw. Gemeindeentwicklung tatsächlich erreicht wurden.

Kommunale Entwicklungskonzepte definieren ein Leitbild der Gemeinde, Oberziele, spezifische Ziele und klare Prioritäten der Gemeindeentwicklung sowie Strategien für deren Umsetzung.

Sie sind daher geeignet Integrationsherausforderungen in einen gesamtstrategischen Rahmen einzuordnen. Durch die Schaffung integrationspolitischer Arbeitsstrukturen kann ein Netzwerk zur Integration von Migranten initiiert und gefördert werden. Bspw. kann ein Integrationskoordinator ein Netzwerk mit Akteuren aus den Verwaltungsbereichen, den Bereichen Kinder/Jugend/Bildung, Parteien, Kirchen, Aussiedlern und Migranten etc. leiten.

2.5. Entwicklung von Dörfern und kleinen Städten

Die Dorferneuerung/Dorfentwicklung ist ein bewährtes Instrument, bei dem in den letzten Jahren die Innenentwicklung von Dörfern und kleinen Städten in den Mittelpunkt gerückt wurde. Das betrifft insbesondere Maßnahmen, um mit leerstehenden und ungenutzten Wohn-

und Wirtschaftsgebäuden, modernisierungsbedürftigen Wohnhäusern, Baulücken und Dorfbrachflächen umgehen zu können. In diesem Kontext kann auch die Dorfflurbereinigung im Verbund mit der Dorfentwicklung ein wichtiges Instrument zur Mobilisierung von Innenbereichsflächen sein.

Umnutzung ist integraler Bestandteil ländlicher Siedlungsentwicklung. Eine Vielzahl ländlicher Gemeinden sind infolge des wirtschaftlichen und agrarstrukturellen Wandels und insbesondere durch die demografische Entwicklung mit einer Zunahme an leer stehender und ungenutzter Wohnbausubstanz in den Ortskernen sowie leer stehender und ungenutzter gewerblicher Immobilien konfrontiert.

Für die Bewältigung dieser Herausforderung - zum Beispiel durch die Revitalisierung von Ortskernen in Verbindung mit der Reduktion der Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrsflächen - hat sich die Umnutzung bestehender Bausubstanz als Instrument der Entwicklung ländlicher Gemeinden bereits bewährt. Hierfür ist es erforderlich, dass die Gemeinden leer stehende Bausubstanz erfassen und für ihre Umnutzung und die damit ggf. verbundenen notwendigen Investitionen realistische Nach- bzw. Neunutzungen planen. Das betrifft z.B. Wohnnutzungen, ggf. ein altersgerechter Umbau. Auch finden sich (dorf-) gemeinschaftliche Nachnutzungen z.B. für die Freizeitgestaltung, die (generationenübergreifende) Kommunikation und das lebenslange Lernen sowie die Einrichtung von Angeboten und Dienstleistungen der Grundversorgung und Daseinsvorsorge.

Die nachhaltige Integration von Migranten in ländliche Gemeinden stellt eine Chance für zusätzliche Nachnutzungen leer stehender Bausubstanz dar. Zwar soll hierbei eine hohe räumliche Konzentration von Migranten vermieden werden, jedoch verlangt die Berücksichtigung der sozialen und kulturellen Wurzeln, dass eine Mindestanzahl an Personen einer Community in erreichbarer Nachbarschaft leben kann. Dies wiederum bedeutet, dass nicht nur die Umnutzung von leer stehender Bausubstanz für Wohnzwecke für Migranten in die Konzeptionen der Gemeinden einzubeziehen ist, sondern auch solche Umnutzungen, die zum Beispiel der Kommunikation und Begegnung von Migranten untereinander oder der Versorgung mit spezifischen Lebensmitteln dienen.

Mit konzeptionellen Instrumenten der Landentwicklung können die Erfassung ungenutzter und unnutzbarer Bausubstanz und die Planung zukunftsfähiger Neunutzungen unterstützt werden. Soweit erforderlich, können notwendige Grundstücksstrukturen durch Baulandumlegungen und Verfahren der ländlichen Bodenordnung (Dorfflurbereinigung) unterstützt werden.

2.6. LEADER

LEADER steht für „Verbindung zwischen Aktionen zur ländlichen Entwicklung“. LEADER ermutigt die Akteure in den ländlichen Räumen, neue Wege zu erkunden, um wettbewerbsfähig zu werden oder zu bleiben. Aktuellen Herausforderungen soll begegnet werden. LEADER baut auf dem Verständnis eines „aktivierenden Staates“ auf, der davon ausgeht, dass Initiative und Durchführung von ländlichen Entwicklungsprozessen von Bürgern und Akteuren selbst ergriffen und getragen werden kann.

Regionale Verantwortungsgemeinschaften, sog. Lokale Aktionsgruppen (LAG), die sich aus öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Partnern zusammen setzen, haben Entscheidungskompetenzen und Finanzmittel und agieren als Impulsgeber für die ländliche Entwicklung. Der LEADER-Prozess wird begleitet von einem professionellen Regionalmanagement.

Der Mehrwert von LEADER liegt in der Stärkung der regionalen Identität, einer ständig lernenden Partnerschaft zwischen öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren – sowohl innerhalb des LEADER-Gebietes als auch mit anderen Regionen.

LEADER kann die nachhaltige Integration von Migranten in ländlichen Räumen wirksam unterstützen, da LEADER zum einen Fördermittel für Projekte zur Verfügung stellen und zum anderen das Thema auf der regionalen Ebene kommunizieren kann.

Wird in der LAG die nachhaltige Integration von Migranten als relevantes, regional bedeutsames Thema platziert, das gestaltbar oder sogar als Chance für die ländliche Entwicklung zu sehen ist, kann dies die öffentliche Meinungsbildung positiv beeinflussen und Willkommenskultur befördern.

Eine Erweiterung des regionalen Akteursnetzwerkes ist mit Blick auf die Integrationsthematik anzustreben. LEADER kann zudem konkrete Projekte zur nachhaltigen Integration von Migranten fördern, sofern dies mit der regionalen Strategie konform ist. Hierfür gibt es bereits einzelne Projekte.

Eine Projektförderung ist in vielen LAGn grundsätzlich möglich.

Integrationsprojekte können mit in der Strategie aufgenommen Zielen bzw. Handlungsfeldern (wie z.B. Querschnittsziel Demografie, Willkommenskultur, Bürgerschaftliches Engagement, Kultur) verknüpft werden, da in den meisten Fällen Integration nicht als eigenes Handlungsfeld in den Strategien ausgewiesen sein dürfte.

LEADER legt zudem eine hohe Bedeutung auf die ländliche Wirtschaft und bietet hier ggf. die Chance, die dringend notwendige Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Eine Anpassung der Strategien sollte bei der nächsten Fortschreibung in der laufenden Förderperiode erfolgen.

2.7. Fazit

Beim Einsatz der Instrumente der Landentwicklung zur Unterstützung einer nachhaltigen Integration von Migranten in ländlichen Räumen ist grundsätzlich darauf zu achten, dass auf den bisherigen Erfahrungen und Anwendungen der einzelnen Instrumente aufgebaut wird.

Die Beschäftigung mit Integrationsaufgaben erfordert eine Weiterentwicklung des Aufgabenspektrums der Landentwicklung. Neue Herangehensweisen sollten erprobt und die Zusammenarbeit mit neuen Partnern, insbesondere aus dem Sozial- und Integrations-Bereich, gefördert werden.

Im nachfolgenden Kapitel wird dargelegt, wo Weiterentwicklungen des Instrumentariums und der Zusammenarbeit möglich und sinnvoll sind.

3. Weiterentwicklung des Instrumentariums

3.1. Schaffung von Arbeitsplätzen in grünen Berufen, Handwerk und Dienstleistungen

Entscheidend für die nachhaltige Integration von Migranten in ländlichen Räumen ist das Vorhandensein von wohnortnahen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Spracherwerb und (Nach)qualifizierungen sind hierfür Voraussetzung und müssen auch in ländlichen Räumen angeboten werden.

Gerade in ländlichen Räumen tragen die Landwirtschaft, das Handwerk sowie mittelständische Unternehmen der Industrie und der vielfältigen Dienstleistungsbereiche ganz wesentlich dazu bei, Wirtschaftskraft und Lebensqualität auf dem Land zu sichern und Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten. Durch die Instrumente der Landentwicklung können Netzwerke zu Unternehmensverbänden, Dienstleistern und grünen Berufen aufgebaut werden. Auch verstärkte Verknüpfungen zwischen Schulen und Wirtschaft können unterstützt und Partnerschaften gegründet werden.

Für die Unterstützung der Gründung und Weiterentwicklung von Klein- und Kleinstunternehmen bestehen mitunter länderspezifische Programme, die auch seitens der Migranten in Anspruch genommen werden können. Es wäre zweckmäßig, diese durch eine Bund-Länder-Förderung zu verstärken.

Durch die Einbindung dieser Förderung in regionale LEADER-Prozesse kann nicht nur auf eine möglichst gute Kompatibilität des Gründungs- oder Entwicklungsvorhabens mit den regionalen Entwicklungszielen hingearbeitet, sondern auch der Austausch und die Vernetzung von Unternehmen mit anderen regionalen Akteuren gefördert werden. Unternehmerisch tätigen Migranten wird auf diese Weise die Integration in die Gesellschaft erleichtert.

3.2. Anpassungen in der Daseinsvorsorge

Die Gewährleistung einer Grundversorgung mit Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Migranten in die ländlichen Räume ziehen und dort bleiben. Gleichzeitig bietet die nachhaltige Integration von Migranten in ländlichen Gemeinden die Chance, dass sich eine bedarfsgerechte Daseinsvorsorge und Infrastruktur wieder besser trägt.

Es gilt daher innovative und alternative - d. h. mobile oder ambulante, nicht stationäre Grundversorgungsstrukturen, die auch in dünn besiedelten Gebieten nachhaltig tragfähig sind - zu entwickeln und einzuführen. Vielerorts fehlen jedoch multifunktionale Gemeindeeinrichtungen, die die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Aufnahme temporärer, aber regelmäßiger Dienstleistungsangebote erfüllen.

Mit der Sicherung und Weiterentwicklung dorfgemäßer Gemeinschaftseinrichtungen sollen lokale Dienstleistungen und Infrastrukturangebote zur Grundversorgung für die ländliche Bevölkerung und Wirtschaft bereitgestellt, gesichert und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Hierunter fallen insbesondere soziale Einrichtungen (z. B. zur Kinder- und Jugendbetreuung, als Begegnungsstätten in Form von Kinder-, Jugend-, Seniorentreffs), Kultur- und Freizeiteinrichtungen (z. B. Dorfgemeinschaftshäuser, Kultur-, Vereins- und Versammlungsräume, Bibliotheken), Einrichtungen für Gesundheits- und Pflegedienstleistungen, Einrichtungen zur Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen (z. B. Dorfladen, Bank, Post, Gastronomie, Friseur) sowie die sportliche Infrastruktur für den Breitensport.

Dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen zählen zu den kostenintensiven Infrastrukturinvestitionen, sind jedoch für die Menschen und deren Lebensverhältnisse von großer Bedeutung.

Auch wenn die dörflichen Strukturen gute Voraussetzungen für eine Integration von Migranten bieten (ausgeprägtes bürgerschaftliches Engagement, Vereinsstrukturen, engere und überschaubarere zwischenmenschliche Beziehungen, Dorfgemeinschaft), bestehen zahlreiche Herausforderungen, denen darüber hinaus mit einer Weiterentwicklung dorfgemäßer Gemeinschaftseinrichtungen begegnet werden kann. So können z. B. auch spezifische Integrationsangebote (Welcome-Cafés, interkulturelles Kochen, gemeinsame Fahrradwerkstätten, Deutschkurse, Teestuben etc.) angeboten werden. Auch ist zu überlegen, ob der Außenbereich bspw. als Gärten genutzt werden könnte.

Im Hinblick auf eine zielgerichtete Nutzung von dorfgemäßen Gemeinschaftseinrichtungen für die Integrationsthematik erscheinen die folgenden Erweiterungen bzw. Flexibilisierungen bei den förderrechtlichen Bestimmungen zweckmäßig: Zum einen sollte der Kreis der Zuwendungsempfänger erweitert werden. Investitionen in Gemeinschaftseinrichtungen sollten künftig auch für natürliche Personen und Personengesellschaften sowie juristische Personen des privaten Rechts förderfähig sein. Oftmals ist es gerade dieser Personenkreis, der eine erhebliche Bedeutung für die dörfliche Entwicklung hat; auch scheint damit eine stärkere Einbeziehung von Menschen mit Unternehmergeist und Innovationsbereitschaft möglich. Der Kreis der juristischen Personen des öffentlichen Rechts sollte nicht auf kommunale Zuwendungsempfänger beschränkt werden. Zum anderen sollte eine Erhöhung des Fördersatzes für integrationsspezifische Projekte vorgesehen werden.

3.3. Gestaltung von Mobilitätsnetzen

Mobilität ist eine Voraussetzung für soziale Teilhabe der ländlichen Bevölkerung. Jedoch besteht der öffentliche Personenverkehr in vielen ländlichen Regionen oft nur noch als Schülerverkehr ergänzt um einige wenige Zug- oder Busverbindungen.

Da Migranten in der Regel auf öffentliche Mobilitätsangebote angewiesen sind, wird die Integration in ländlichen Räumen hierdurch extrem erschwert. Allerdings kann diese Situation nicht isoliert gelöst werden, vielmehr müssen Mobilitätsdienstleistungen für verschiedene andere Gruppen (z.B. Senioren, sozial Schwache, Auszubildende sowie Mobilitätseingeschränkte) gleichermaßen gewährleistet werden.

Es ist daher erforderlich, neue Mobilitätsdienstleistungen durch innovative Kooperations- und Vermarktungsstrategien in ländlichen Räumen einzuführen und nachhaltig zu sichern. Bei der Entwicklung neuer Kooperationen sind alle relevanten Akteure wie z.B. Mobilitätsanbieter, Bildungs- und soziale Einrichtungen, Schülerfreizeiteinrichtungen, Gastgewerbe und Kommunen mit einzubeziehen.

Weiterhin ist es erforderlich, den bisherigen öffentlichen Personennahverkehr durch neuartige Bedienungsformen in der Fläche oder neuartige Finanzierungsformen zukunftsgerecht zu gestalten. So sollten neuartige Verknüpfungen von privatem und öffentlichem Verkehr erprobt und eingeführt werden, wie z.B. von (Elektro-)Fahrrädern mit öffentlichem Personennahverkehr und Smartphone-gestützte Mitfahrgelegenheiten. Diese Formen sind von besonderem Interesse für Migranten. Auch zeigen diese Beispiele wie wichtig der Ausbau der Breitbandinfrastruktur für innovative und zukunftsweisende Lösungen der Mobilität ist.

Mit der Gestaltung von Mobilitätsnetzen werden drei Ziele verfolgt. Zum einen soll der Aufbau von Plattformen und Netzwerken der Mobilität in ländlichen Räumen erfolgen, zum anderen sollen moderne Bedienformen eingerichtet und gesteuert werden. Zudem sollen neue Mobilitätsansätze beworben und verbreitet werden.

Eine Bund-Länder-Förderung für die Gestaltung von Mobilitätsnetzen ist erforderlich.

3.4. Umnutzung von Gebäudesubstanz

Für die Finanzierung von Investitionen, die an leer stehender Bausubstanz in ländlichen Gemeinden für deren nachhaltige Nachnutzung erforderlich sind, bestehen mitunter länderspezifische Programme. Mit den Grundsätzen für die Förderung der Integrierten ländlichen Entwicklung des Rahmenplans der GAK ist zwar ein bundeseinheitlich anwendbares Instrument für die Förderung der Dorferneuerung und -entwicklung gegeben, jedoch ist hier hinsichtlich der Umnutzung von Bausubstanz die Förderfähigkeit auf Maßnahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe an ihren Gebäuden begrenzt. Diese Begrenzung ist angesichts der oben dargestellten Herkunft leer stehender und nachnutzbarer Gebäude für die Förderung der Integrierten ländlichen Entwicklung unzuweckmäßig. Im Zusammenhang der nunmehr zusätzlichen Herausforderung der nachhaltigen Integration von Migranten in den ländlichen Räumen ist der Kreis der zulässigen Zuwendungsempfänger zu erweitern.

3.5. Soziale Dorfentwicklung, Gestaltung von sozialen Netzwerke und Aktivierung ehrenamtlichen Engagements

Das bewährte Instrument der Dorferneuerung bedarf der Weiterentwicklung zur sozialen Dorfentwicklung, da sich soziale und räumliche Prozesse gegenseitig bedingen.

Ein Schlüssel zum Erfolg sozialer Dorfentwicklung liegt im tatkräftigen Miteinander der Menschen in Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe, Vereinsstrukturen und ehrenamtlichem Engagement. Dabei werden neue Arbeits-, Bildungs-, Kultur-, Freizeitgestaltungs-, Wohn- und Lebensformen angesprochen. In den integrierten Konzepten zur Dorf- und Gemeindeentwicklung und deren Umsetzung sind deshalb alle Lebensbereiche zu berücksichtigen.

Darüber hinaus gilt es die Menschen zu befähigen, möglichst Akteure ihrer eigenen, besseren Lebensqualität zu werden, ihre eigenen Kräfte und Kompetenzen zu entdecken, zu bündeln und zu organisieren. Insgesamt geht es um das Miteinander und den gegenseitig bereichernden Umgang zwischen den Bürgern verschiedener Altersgruppen, zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen, zwischen Altansässigen und Zugezogenen - d.h. auch Migranten aus anderen Kulturkreisen. Vor Ort gilt es aber auch, den dort lebenden Migranten zu verdeutlichen, dass von ihnen selbst die Bereitschaft ausgehen muss, sich in die Gemeinschaft einzubringen.

Mit Hilfe der sozialen Dorfentwicklung sollen ländliche Gemeinden zudem ihr Image verbessern und so zu attraktiven Wohn- und Arbeitsorten werden. Dies gilt insbesondere für junge Familien mit Migrationshintergrund, die für eine Lebensperspektive in den ländlichen Räumen neue Anreize benötigen.

In den ländlichen Räumen gibt es zumeist eine große Vielfalt an Ehrenamtsstrukturen, viele ehrenamtliche Helfer übernehmen Integrationsaufgaben. Um den besonderen Herausforderungen gerecht zu werden, müssen die Fortbildungsangebote der Ehrenamtlichen entsprechend angepasst werden. Neue Inhalte können z. B. interkulturelles Training, interreligiöser Dialog, Rechtsfragen, Kenntnis von geeigneten weiterführenden Beratungseinrichtungen etc. sein.

Zur Erstellung von entsprechenden Fortbildungsangeboten ist es oft hilfreich, die Fachkompetenzen verschiedener regionaler Institutionen zu bündeln (z. B. Ausländerbeiräte, Wohlfahrtsverbände, Migrantenorganisationen, Kirchen, Vereine, Pro Asyl etc.).

Wo möglich können auch die Akademien und Foren für ländliche Räume für die Qualifizierung von Ehrenamtlichen einbezogen werden, bspw. mit der Ausbildung von „Kümmerern“ und „ehrenamtlichen Integrationsbegleitern“.

Ehrenamtliches Engagement hängt zudem stark vom gesamtgesellschaftlichen Klima gegenüber der Integration von Migranten ab. Deshalb sind breiter angelegte Angebote zur politischen Bildung für Ankömmlinge wie Einheimische wichtig (z. B. ein intensiver Diskurs über gesamtgesellschaftliche Werte, Erläuterung von Fluchtursachen etc.). Es gibt eine Vielzahl an Institutionen und Akteuren, die solche regionalen Prozesse gemeinsam tragen könnten. Wichtig ist dabei, dass ein Klima der Offenheit geschaffen wird, in dem auch reale Integrationsprobleme, berechnete Befürchtungen etc. angesprochen werden können.

Grundsätzlich sollte Ehrenamt in den bisher bewährten Strukturen rechtlich abgesichert werden. Eine Fortführung von Formen der Anerkennungskultur ist zur dauerhaften Sicherung des ehrenamtlichen Engagements außerdem notwendig. Auch die Migrantenselbsthilfe ist als Form des Ehrenamts einzubeziehen. So bestehen z. B. über den Bundesfreiwilligendienst Möglichkeiten, dass Flüchtlinge mit Bleibeperspektive anderen Flüchtlingen helfen.

Eine professionelle Koordinierung der Ehrenamtsstrukturen bezüglich der Migranten ist auf regionaler Ebene sinnvoll (z.B. durch die Landkreise, LEADER-Management, Interkommunale Kooperationsstellen etc.).

Um die hohen Anforderungen an das Ehrenamt auf längere Sicht meistern zu können, benötigen ehrenamtliche Unterstützer von Migranten nicht nur Qualifizierungsangebote im Sinne eines kontinuierlichen Fortbildungs- und Beratungsangebot, sondern auch hauptamtliche Ansprechpartner. Diese Hauptamtlichen müssen in der Lage sein, auch ein professionelles Konfliktmanagement durchzuführen. Ohne hauptamtliche Unterstützung besteht das Risiko, dass der Umgang mit sensiblen Problemstellungen wie z. B. Traumata von Flüchtlingen nicht gelingen wird. Außerdem besteht die Gefahr der Überforderung vieler Ehrenamtlicher.

3.6. Neues Instrument „Lokale Veränderungsprozesse“ LVP

Um die nachhaltige Integration von Migranten in ländlichen Räumen befördern zu können, sollte ein speziell darauf ausgerichtetes Instrument erprobt werden. Das neue Instrument „Lokale Veränderungsprozesse“ (LVP) baut auf den Erfahrungen mit „Wandel in den Köpfen“, ILEK und ILE-Regionalmanagement auf und verbindet diese mit den neu hinzukommenden Integrationsanforderungen.

Dieses Instrument richtet sich an die lokale Ebene, da gerade die kommunale Familie am deutlichsten mit Integrationsaufgaben konfrontiert ist. Zudem ist auf der lokalen Ebene die Schnittstelle zwischen öffentlichem und zivilgesellschaftlichem Handeln am besten zu gestalten. Dabei ist darauf achten, dass die „Integrationsaufgabe“ nicht als das allein bestimmende Thema der kommunalen Entwicklung wahrgenommen wird.

LVP ist ein ganzheitlicher, integrierter Prozessansatz, mit dem die Gesamtentwicklung unter Berücksichtigung der Integrationserfordernisse gestaltet werden kann. LVP weisen eine hohe Umsetzungs- und Prozessorientierung auf und verstehen sich als ein Prozess, in dem auch eine Strategie erarbeitet wird.

Charakteristisch für alle Veränderungsprozesse ist, dass sie mit einem hohen kommunikativem Impuls beginnen. Der Information und Bewusstseinsbildung kommt gerade zu Beginn eine hohe Bedeutung zu, da hier die Akzeptanz für einen solchen Prozess und die Beteiligung der Bürger sowie der Akteure sichergestellt werden muss. Dieser Ansatz deckt sich daher gut mit den Anforderungen, die bei einer stärkeren Berücksichtigung des Themas der nachhaltigen Integration von Migranten auf die Kommune zukommen werden. Gerade hier wird der Gesprächsbedarf hoch sein.

Lokale Veränderungsprozesse sind weiterhin so anzulegen, dass sie bis auf die kleinste Einheit (das Dorf, die Nachbarschaft) wirken. Dies muss bereits bei Prozessbeginn angelegt werden, daher ist eine intensive Beteiligung der Dorfgemeinschaften vorzusehen. Ziel ist es, möglichst viele Bürger und Akteure in den Veränderungsprozess einzubeziehen und zum Mitmachen zu bewegen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn in LVP eine flächendeckende, dezentrale Kommunikation aufgebaut wird.

Der Einsatz von „Kümmerern“ kann dies sinnvoll unterstützen und ist daher auf jeden Fall angeraten. Nur durch ehrenamtlich Tätige, die den Prozess in die Fläche tragen, ist es möglich, dauerhaft kleinteilig Kommunikationsangebote zu setzen und Ansprechpartner in der Fläche zu haben. Zur Qualifizierung solcher Kümmerer kann mit den Akademien und Foren für ländliche Räume zusammen gearbeitet werden.

Zur strategischen und operativen Steuerung muss in einem LVP ein Leitungsteam eingesetzt werden. Veränderungsprozesse sind grundsätzlich Chefsache. Sie können mit Blick auf das Prinzip „leadership“ nicht nach unten delegiert werden. Die Besetzung des Leitungsteams muss vor Ort geklärt werden, es sollte jedoch klein und schlagkräftig bleiben.

Damit ein LVP erfolgreich sein kann, ist zu Beginn eine Veränderungscoalition zu begründen. Alle Veränderungsprozesse, aber insbesondere solche die sich auch mit der nachhaltigen Integration von Migranten beschäftigen, brauchen einen breiten politischen Konsens. Dies ist durch belastbare Beschlüsse in kommunalpolitischen Gremien zu gewährleisten.

Zentrales Element eines jeden Veränderungsprozesses ist die Erarbeitung einer Vision als wünschenswertes Bild der Zukunft. Eine positive Entwicklung kann nicht allein aus der Problemlage heraus begründet werden, vielmehr muss man wissen, wo man hin will. Eine Vision, die für viele Menschen anschlussfähig ist, dient hier als Orientierungskraft. Eine Vision ist immer wertebasiert. Mit Blick auf die anstehenden Integrationserfordernisse fällt auf, dass genau diese Wertefrage viele Menschen tief bewegt. Deshalb ist die offensive Auseinandersetzung mit dieser Wertefrage in einem LVP besonders notwendig.

Die Vision ist mit einer Strategie zu unterlegen. Die Strategie berücksichtigt alle inhaltlichen Bereiche, die für einen lokalen Veränderungsprozess in den ländlichen Räumen relevant sind – und vor allem ihre Wechselwirkungen. Dies korrespondiert mit den Notwendigkeiten der nachhaltigen Integration, denn auch diese greift auf viele Bereiche zu (Wohnen, Bildung, Gesundheitsversorgung, Betreuung, Mobilität, Arbeit ...). In der Strategie ist Integration daher Querschnittsaufgabe, die aber im besonderen Fokus steht.

Üblicherweise wird die Strategie weiter durch Ziele, Handlungsfelder und Maßnahmenbereiche sowie Projekte und Maßnahmen konkretisiert. Da LVP auf der lokalen Ebene angesiedelt sind, können hier besonders gut auch Maßnahmen und Projekte an der Schnittfläche zwischen öffentlichem und zivilgesellschaftlichem Handeln bearbeitet werden. Im weiteren Prozess sind viele Projekte und Maßnahmen in die Umsetzung zu bringen.

Ein LVP ist ein langfristiger Prozess von mehreren Jahren. Dieser muss professionell begleitet werden.

Das Instrument kann als integraler Teil von LEADER und in ILE eingesetzt werden, sollte aber auch als eigenständiges Instrument vorgesehen werden.

3.7. Akademien und Foren für ländliche Räume

Die Akademien und Foren für ländliche Räume greifen die relevanten Fragen der ländlichen Entwicklung auf. Sie dienen dem Austausch von Informationen und der Fortbildung zu Handlungsansätzen aus und für die Praxis. Ihr Angebotsspektrum ist vielfältig und reicht von Einzel-

veranstaltungen über Seminare und Workshops bis hin zu zertifizierten Qualifizierungslehrgängen. Sie richten sich an die Akteure der ländlichen Entwicklung, aber auch an engagierte Bürger.

Neue Erfordernisse und veränderte Handlungsansätze setzen bei den Akteuren und Beteiligten entsprechende Kenntnisse voraus. Die Qualifizierung dieses Personenkreises ist eine der Aufgaben der Akademien und Foren für ländliche Räume. Für diesen Wissenstransfer werden dort verschiedene Formate angeboten, um Fachinformationen weiterzugeben und auch die Methodenkompetenz der Engagierten über entsprechende Veranstaltungsangebote zu steigern. In den Prozessen und Projekten der Landentwicklung wird immer stärker deutlich, wie wichtig eine zeitgemäße Methodenkompetenz für nachhaltige Ergebnisse ist.

Die Anleitung bzw. Steuerung solcher Prozesse zählt zu den bewährten Aufgaben der Landentwicklung und hat dort in letzter Zeit weiter an Gewicht gewonnen. Im Rahmen der Integration von Migranten in ländlichen Räumen müssen die Instrumente der ländlichen Entwicklung durch neue Informations-, Qualifizierungs- und Beratungsangebote erweitert und unterstützt werden. Es ist zudem erforderlich „Kümmerer“ gezielter für Integrationsfragestellungen auszubilden.

Mit entsprechenden Bausteinen muss die Erarbeitung von Konzepten fachkundig begleitet und eine Projektumsetzung zielgerichtet unterstützt werden.

Kommunen mit kleinen Verwaltungen brauchen vielschichtige Unterstützung, um die Herausforderungen zu bewältigen und dabei Raum für neue Ideen und deren Umsetzung zu schaffen. Organisationen, Vereine und andere Gruppen brauchen fachliche Unterstützung, Begleitung und ggf. Moderation der gemeinsamen Aktivitäten. Ehrenamtlich Engagierte brauchen Qualifizierung und Begleitung zur umsetzungsreifen Entwicklung ihrer Ideen und ein intensives Coaching im weiteren Umsetzungsprozess.

3.8. Modellvorhaben

Modellvorhaben in ländlichen Räumen können einen wichtigen Beitrag zur ländlichen Entwicklung leisten, da sie gezielt auf spezifische Fragen ausgelobt werden können. Das kann auch die Integration von Migranten betreffen. Ziel solcher Modellvorhaben ist es, modellhaftes Vorgehen zu erproben und Best-practice-Beispiele für die Übertragung zu erhalten.

Der Einsatz von Modellvorhaben erfolgt sowohl bundesweit als auch in den Ländern. Exemplarisch kann hier auf das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) mit der in 2015 aktuellen Auslobung von Modell- und Demonstrationsvorhaben „Soziale Dorfentwicklung“ verwiesen werden.

Im Zentrum dieses Modellvorhabens stehen dabei Anreize für eine Lebensperspektive in den ländlichen Räumen. So soll der soziale Zusammenhalt in Kleinstädten und Dörfern unterstützt werden. Dabei geht es u.a. um das Miteinander von Alteingesessenen und Neuzugezogenen, womit auch Integrationsprojekte angesprochen sind.

Auch das Modellvorhaben Land(auf)schwung hat Ansatzpunkte zur nachhaltigen Integration von Migranten. So hat bspw. der Landkreis Wittmund (Niedersachsen) die Leitidee „Migration als Schlüssel zur Regionalentwicklung“ gewählt. Die Zuwanderer sollen sich von Anfang an willkommen fühlen und zum Wohle des Landkreises eine dauerhafte Bleibperspektive entwickeln. Die Maßnahmen sollen auf eine entsprechend ausgerichtete soziale Dorfentwicklung und auf die Förderung der unternehmerischen Initiative der (potentiellen) Zuwanderer konzentriert werden. Insbesondere für Migranten ist eine dezentrale Unterbringung und Betreuung grundsätzlich integrationsfördernd und damit wünschenswert, setzt aber entsprechende

Versorgungsstrukturen und ein Mindestmaß an Mobilitätsangeboten voraus. Sofern entsprechende Angebote bestehen, sind sie oftmals von großem ehrenamtlichem Engagement im Landkreis getragen, wie es insbesondere die Integrationslotsen zeigen. Darüber hinaus sollen gut ausgebildete Migranten für einen dauerhaften Verbleib im Landkreis gewonnen werden. Weitere Förderregionen des Modellvorhabens Land(auf)Schwung planen einzelne Projekte zur Integration von Migranten.

In den Ländern laufen Modellvorhaben mit ähnlicher Intention.

Prämierungen bereits vorhandener Projekte und Initiativen haben einen ähnlichen Charakter wie Modellvorhaben. Sie können aber zur Sammlung von Best-practice-Beispielen dienen, wie das bereits benannte Beispiel „Menschen und Erfolge“ im Jahr 2015 zeigt. Beim Bundesentscheid des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ ist die Vergabe eines Integrationspreises vorgesehen.

3.9 Instrumente der Landsiedlung

Deutschland hat historische Erfahrungen bei der Ansiedlung von Vertriebenen und Flüchtlingen. So konnten nach 1945 auf der Grundlage des Reichssiedlungsgesetzes 229.000 Familien Flächen erwerben (fast 900.000 Personen, insgesamt 828.000 Hektar), 188.000 Familien sog. Kleinsiedlungen aufbauen (Haus und Fläche bis 5 Hektar) sowie Nebenerwerbs- und Vollerwerbsstellen erwerben. Dabei hatten die Siedlungsunternehmen mit ihren Bodenfonds eine herausragende Bedeutung in förder- und ordnungspolitischer Hinsicht. Zudem wurde bei der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank (DSL Bank Bonn) ab 1953 aus Steuermitteln in mehreren Jahrestanchen ein Zweckvermögen (3,4 Mrd. DM) für öffentliche Darlehen eingerichtet. Diese Mittel wurden zum einen für den Bodenzwischenerwerb der Landgesellschaften im Rahmen eines Siedlungsverfahrens, zum anderen für Darlehen zum Erwerb einer Siedlerstelle bzw. Anliegersiedlung eingesetzt (teilweise zins- und tilgungsfreie Anfangsjahre, nachfolgend geringe Zins- und Tilgungssätzen und Laufzeiten bis zu 50 Jahren).

Der Verbesserung der allgemeinen Wohnungssituation und Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen widmeten sich in besonderem Maß auch die gemeinnützigen Heimstätten (Wohnungs- und Siedlungsbaugesellschaften auf Grundlage des Reichsheimstättengesetzes von 1920, aufgehoben 1993; Gesellschafter waren Bund, Länder und Kommunen).

Die bestehenden neun gemeinnützigen Landgesellschaften / Landsiedlungsgesellschaften sind in zehn Flächenländern und zwei Stadtstaaten als Partner der Landespolitik zur Entwicklung ländlicher Räume tätig. Sie verfügen über einen umfangreichen Bodenfonds, besitzen ein Vorkaufsrecht zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen und sind ein wichtiger Partner für die Länder in Hinsicht auf Siedlung, Flächenmanagement und agrarstrukturelle Verbesserung.

Gegenwärtig sichten die gemeinnützigen Landgesellschaften bereits ihre Immobilienbestände und bieten Dienstleistungen bei Flächenbeschaffung, Planung und Baubetreuung an.

Die Instrumente der Landsiedlung könnten eine Möglichkeit für die Ansiedlung von Migranten sein; dazu gehört nicht nur die temporäre Bereitstellung von (günstigem) Wohnraum, sondern die Mithilfe beim Aufbau einer wirtschaftlichen Existenz für diese Familien und die soziale Integration in die Dorfgemeinschaft.

Grundsätzlich ist politisch zu entscheiden, ob die Instrumente der Landsiedlung für die Integration von Migranten in ländlichen Räumen geeignet sind und ob die Landgesellschaften mit diesen Aufgaben betraut werden. Die Anwendung der Prinzipien der Landsiedlung mit Flächenbereitstellung und Darlehensgewährung setzt voraus, dass geeignete Flächen zur Verfügung stehen und ein Zweckvermögen eingerichtet wird.

4. Handlungsempfehlungen

Die Instrumente der Landentwicklung können zielgerichtet für die Integration von Migranten eingesetzt und weiterentwickelt werden. Dabei sollten folgende Themenfelder im Vordergrund stehen:

Einsatz der bestehenden Instrumente für die Integration von Migranten

- ILEKs als strategisch-planerische Grundlage für Entwicklungsprozesse sind hinsichtlich der Möglichkeiten für eine nachhaltige Integration von Migranten zu erweitern, bestehende ILEKs sollten fortgeschrieben werden.
- ILE-Regionalmanagements können in besonderem Maße die Integration von Migranten in ländlichen Regionen befördern, sofern ihre Prozessorientierung gestärkt und entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.
- Kommunale Entwicklungskonzepte können dazu eingesetzt werden, Integrationsherausforderungen in einen kleinräumigen gesamtstrategischen Rahmen einzuordnen.
- LEADER kann für die nachhaltige Integration von Migranten in ländlichen Räumen eingesetzt werden, da LEADER Fördermittel für Integrationsprojekte zur Verfügung stellen und die Aufgabe der nachhaltigen Integration von Migranten auf der regionalen Ebene kommunizieren kann.

Weiterentwicklung der Instrumente für die Integration von Migranten

- „Wandel in den Köpfen“ ist als Instrument der Prozessgestaltung und Bewusstseinsbildung einzusetzen, „Kümmerer“ können vor Ort bei der Bewältigung der Integrationsaufgaben unterstützen.
- Auf Grundlage moderner Prozessmethoden (wie Change Management) ist ein neues Instrument der Landentwicklung zu erproben, um lokale Veränderungsprozesse zur Integration von Migranten professionell zu initiieren und zu begleiten.
- Das bewährte Instrument der Dorferneuerung bedarf der Weiterentwicklung zur sozialen Dorfentwicklung, da sich soziale und räumliche Prozesse gegenseitig bedingen.
- Zur professionellen Gestaltung der Integration bedarf es der laufenden Information, Bildung und Qualifikation aller beteiligten Akteure durch Akademien und Foren für ländliche Räume.
- Neue Mobilitätsnetze durch innovative Kooperations- und Vermarktungsstrategien sind einzuführen und zu stabilisieren
- Die Gewährleistung einer Grundversorgung mit Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Migranten in ländlichen Räumen sesshaft werden. Hierfür sind Anpassungen in der Daseinsvorsorge u. a. bei dorfgemäßen Gemeinschaftseinrichtungen erforderlich.
- Im Rahmen der bewährten Umnutzungsförderung muss der Kreis der Zuwendungsempfänger geöffnet werden, damit durch Um- und Weiternutzung unter- und ungenutzter Gebäude die Integration von Migranten unterstützt werden kann.

Insgesamt bedarf es einer Weiterentwicklung des Bund-Länder-Förderspektrums, um den Herausforderungen der Integration von Migranten in ländlichen Räumen Rechnung zu tragen.